

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 14. November 1985
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada
über Soziale Sicherheit
und der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens
sowie zu der Vereinbarung vom 14. Mai 1987
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Quebec
über Soziale Sicherheit und der Durchführungsvereinbarung hierzu**

A. Zielsetzung

Durch das deutsch-kanadische Abkommen und die deutsch-quebecische Vereinbarung soll im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherungen der Vertragspartner der soziale Schutz der beiderseitigen Staatsangehörigen insbesondere für den Fall, daß sie sich im anderen Staat aufhalten, sichergestellt und koordiniert werden. Die Übereinkünfte sollen an die Stelle des weniger umfassenden Abkommens vom 30. März 1971 treten.

B. Lösung

Das Vertragswerk beruht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und begründet Rechte und Pflichten von Einwohnern der Vertragspartner in bezug auf deren innerstaatlichen Rechtsvorschriften über die Rentenversicherung. Es verwirklicht die Grundsätze der Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen und der uneingeschränkten Zahlung von Leistungen bei Aufenthalt der betroffenen Personen im anderen Staat. Ferner ist vorgesehen, daß in der deutschen und kanadischen bzw. quebecischen Rentenversicherung zurückgelegte Versicherungszeiten zusammenzurechnen sind, soweit dies für den Erwerb des Leistungsanspruchs erforderlich ist.

Mit dem vorliegenden Entwurf des Vertragsgesetzes sollen die Übereinkünfte die nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erhalten.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet; für den Bund ergeben sich nicht nennenswerte mittelbare finanzielle Auswirkungen im Hinblick auf den Bundeszuschuß zur knappschaftlichen Rentenversicherung.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (311) – 806 06 – So 133/87

Bonn, den 21. Oktober 1987

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 14. November 1985 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada über Soziale Sicherheit und der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens sowie zu der Vereinbarung vom 14. Mai 1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit und der Durchführungsvereinbarung hierzu mit Begründung und Vorblatt.

Der Wortlaut der Übereinkünfte in deutscher, englischer und französischer Sprache sowie die Denkschrift hierzu sind beigelegt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 581. Sitzung am 16. Oktober 1987 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Kohl

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 14. November 1985
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada
über Soziale Sicherheit
und der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens
sowie zu der Vereinbarung vom 14. Mai 1987
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Quebec
über Soziale Sicherheit und der Durchführungsvereinbarung hierzu**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den folgenden Übereinkünften wird zugestimmt:

1. Dem am 14. November 1985 in Bonn unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada über Soziale Sicherheit und der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom selben Tage;
2. der am 14. Mai 1987 in Quebec unterzeichneten Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit und der Vereinbarung zur Durchführung hierzu vom selben Tage.

Die Übereinkünfte werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada (Artikel 1 Nr. 1) in Kraft zu setzen oder in Ermangelung solcher Vereinbarungen das Nähere zu regeln. Dabei können zur Anwendung und Durchführung des Abkommens insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer in Artikel 16 Abs. 1 des Abkommens genannter Stellen,
2. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den in Artikel 16 Abs. 1 des Abkommens genannten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
3. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,
4. das Verfahren beim Erbringen von Leistungen,
5. die gegenseitige Umrechnung von Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten.

(2) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec (Artikel 1 Nr. 2) in Kraft zu setzen oder in Ermangelung solcher Vereinbarungen über die Durchführung das Nähere zu regeln. Dabei können zur Anwendung und Durchführung der Vereinbarung insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer in Artikel 15 Abs. 1 der Vereinbarung genannter Stellen,
2. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den in Artikel 15 Abs. 1 der Vereinbarung (Artikel 1 Nr. 2) genannten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
3. die in Absatz 1 Nummern 3 bis 5 genannten Gegenstände.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die aufgrund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem

1. das Abkommen (Artikel 1 Nr. 1) nach seinem Artikel 28 Abs. 2 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 10 sowie
2. die Vereinbarung (Artikel 1 Nr. 2) nach ihrem Artikel 26 und die Vereinbarung zur Durchführung hierzu nach ihrem Artikel 10

in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf die in Artikel 1 Nr. 1 und 2 genannten Übereinkünfte findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit den Übereinkünften das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Mit dieser Vorschrift soll die Bundesregierung ermächtigt werden, durch Rechtsverordnung alles Erforderliche zur Durchführung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada und der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec zu tun. Dabei kann es sich um die Inkraftsetzung von Durchführungsvereinbarungen zwischen den Regierungen der Vertragsstaaten des Abkommens bzw. der Vertragsparteien der Vereinbarung oder um andere innerstaatliche Regelungen handeln.

Zu Artikel 3

Die Übereinkünfte sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem

1. das Abkommen (Artikel 1 Nr. 1) nach seinem Artikel 28 Abs. 2 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 10 sowie
2. die Vereinbarung (Artikel 1 Nr. 2) nach ihrem Artikel 26 und die Vereinbarung zur Durchführung hierzu nach ihrem Artikel 10

in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Für den Bund ergeben sich nicht nennenswerte mittelbare finanzielle Auswirkungen im Hinblick auf den Bundeszuschuß zur knappschaftlichen Rentenversicherung.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das allgemeine Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da Kosten für die Unternehmen und die betroffenen Personen nicht entstehen.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada
über Soziale Sicherheit

Agreement
on Social Security
between Canada and the Federal Republic of Germany

Accord
sur la sécurité sociale
entre le Canada et la République fédérale d'Allemagne

Die Bundesrepublik Deutschland
und
Kanada –

in dem Wunsch, die Beziehungen der beiden Staaten in der sozialen Sicherheit zu fördern und den Änderungen in ihren Rechtsvorschriften Rechnung zu tragen –

haben folgendes vereinbart:

Canada
and

the Federal Republic of Germany,

Desiring to further relations between the two States in the field of social security and to take account of changes in their legislation,

Have agreed as follows:

Le Canada
et

la République fédérale d'Allemagne,

Désireux de faire avancer les rapports entre les deux États dans le domaine de la sécurité sociale et de tenir compte des modifications apportées à leur législation,

Sont convenus des dispositions suivantes:

Teil I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

- a) „Hoheitsgebiet“
in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
den Geltungsbereich der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a genannten Rechtsvorschriften,
in bezug auf Kanada
dessen Hoheitsgebiet;
- b) „Staatsangehöriger“
in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
in bezug auf Kanada
einen kanadischen Staatsbürger;
- c) „Rechtsvorschriften“
in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
die Gesetze, Verordnungen und sonstigen allgemein rechtsetzenden Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a bezeichneten Zweige der sozialen Sicherheit beziehen,
in bezug auf Kanada
die in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b genannten Gesetze und Verordnungen;

Part I

General Provisions

Article 1

(1) For the purposes of this Agreement,

- (a) "territory" means,
as regards the Federal Republic of Germany, the territory in which the legislation specified in Article 2(1)(a) applies; and,

as regards Canada, the territory of Canada;
- (b) "national" means,
as regards the Federal Republic of Germany, a German citizen within the meaning of the Basic Law (Grundgesetz) of the Federal Republic of Germany; and,
as regards Canada, a Canadian citizen;
- (c) "legislation" means,
as regards the Federal Republic of Germany, the laws, regulations and other general legislative acts related to the branches of social security specified in Article 2(1)(a); and,

as regards Canada, the laws and regulations specified in Article 2(1)(b);

Titre I

Dispositions générales

Article 1^{er}

(1) Aux fins du présent Accord,

- (a) «territoire» désigne,
pour la République fédérale d'Allemagne, le territoire où s'applique la législation spécifiée à l'article 2 (1) (a);
et,

pour le Canada, le territoire du Canada;
- (b) «ressortissant» désigne,
pour la République fédérale d'Allemagne, tout citoyen allemand au sens de la Loi fondamentale (Grundgesetz) de la République fédérale d'Allemagne; et,
pour le Canada, un citoyen canadien;
- (c) «législation» désigne,
pour la République fédérale d'Allemagne, les lois, règlements et autres mesures législatives d'ordre général relatifs aux régimes de sécurité sociale spécifiés à l'article 2 (1) (a); et,

pour le Canada, les lois et règlements spécifiés à l'article 2 (1) (b);

- | | | |
|---|---|--|
| <p>d) „zuständige Behörde“
in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,

in bezug auf Kanada
den Minister oder die Minister, die für die Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b genannten Rechtsvorschriften zuständig sind;</p> | <p>(d) “competent authority” means,
as regards the Federal Republic of Germany, the Federal Minister of Labour and Social Affairs (Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung); and,
as regards Canada, the Minister or Ministers responsible for the application of the legislation specified in Article 2(1)(b);</p> | <p>(d) «autorité compétente» désigne, pour la République fédérale d'Allemagne, le Ministre fédéral du Travail et des Affaires sociales (Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung); et, pour le Canada, le ministre ou les ministres chargés de l'application de la législation spécifiée à l'article 2 (1) (b);</p> |
| <p>e) „Träger“
in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
die Einrichtung oder die Behörde, der die Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a genannten Rechtsvorschriften obliegt,
in bezug auf Kanada
die zuständige Behörde;</p> | <p>(e) “institution” means,
as regards the Federal Republic of Germany, the institution or authority responsible for the application of the legislation specified in Article 2(1)(a); and,

as regards Canada, the competent authority;</p> | <p>(e) «institution» désigne, pour la République fédérale d'Allemagne, l'institution ou l'autorité chargée de l'application de la législation spécifiée à l'article 2 (1) (a); et, pour le Canada, l'autorité compétente;</p> |
| <p>f) „zuständiger Träger“
den Träger, dem im Einzelfall die Anwendung der Rechtsvorschriften obliegt;</p> | <p>(f) “competent institution” means the institution which is responsible for applying the legislation in a specific case;</p> | <p>(f) «institution compétente» désigne l'institution chargée d'appliquer la législation dans un cas donné;</p> |
| <p>g) „Versicherungszeiten“
die Beitragszeiten oder die Zeiten des gewöhnlichen Aufenthalts, die in den Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt wurden, als Versicherungszeiten bestimmt oder anerkannt sind, sowie ähnliche Zeiten, soweit sie in diesen Rechtsvorschriften als den Versicherungszeiten gleichwertig anerkannt sind;</p> | <p>(g) “period of coverage” means a period of contribution or a period of residence which is defined or recognized as a period of coverage by the legislation under which it has been completed, or any similar period insofar as it is considered equivalent to a period of coverage by that legislation;</p> | <p>(g) «période d'assurance» désigne toute période de cotisation ou toute période de résidence définie ou reconnue comme une période d'assurance aux fins de la législation aux termes de laquelle ladite période a été accomplie, ou toute période semblable dans la mesure où elle est considérée équivalente à une période d'assurance aux termes de cette législation;</p> |
| <p>h) „Geldleistung“
eine Rente oder andere Geldleistung einschließlich aller Erhöhungen.

(2) Ausdrücke, deren Bedeutung in Absatz 1 nicht bestimmt ist, haben die Bedeutung, die sie nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften haben.</p> | <p>(h) “cash benefit” means a pension or any other cash benefit, including any increases.

(2) Any term not defined in paragraph (1) has the meaning assigned to it in the applicable legislation.</p> | <p>(h) «prestation en espèces» désigne toute pension ou toute autre prestation en espèces, y compris toute majoration.

(2) Tout terme non défini au paragraphe (1) a le sens qui lui est attribué par la législation applicable.</p> |

Artikel 2

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, bezieht es sich

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
auf die Rechtsvorschriften über
- i) die Rentenversicherung der Arbeiter,
 - ii) die Rentenversicherung der Angestellten,
 - iii) die knappschaftliche Rentenversicherung,
 - iv) die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,
 - v) die Altershilfe für Landwirte;

Article 2

(1) Unless otherwise provided in this Agreement, it shall apply:

- (a) as regards the Federal Republic of Germany, to the legislation concerning:
- (i) Wage Earners' Pension Insurance (Rentenversicherung der Arbeiter),
 - (ii) Salaried Employees' Pension Insurance (Rentenversicherung der Angestellten),
 - (iii) Miners' Pension Insurance (Knappschaftliche Rentenversicherung),
 - (iv) Steelworkers' Supplementary Insurance (Hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung),
 - (v) Farmers' Old Age Assistance (Altershilfe für Landwirte); and

Article 2

(1) Sauf dispositions contraires du présent Accord, il s'applique:

- (a) pour la République fédérale d'Allemagne, à la législation concernant:
- (i) l'assurance-pension des ouvriers (Rentenversicherung der Arbeiter),
 - (ii) l'assurance-pension des employés salariés (Rentenversicherung der Angestellten),
 - (iii) l'assurance-pension des travailleurs des mines (Knappschaftliche Rentenversicherung),
 - (iv) l'assurance-pension supplémentaire des travailleurs de la sidérurgie (Hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung),
 - (v) l'aide aux agriculteurs âgés (Altershilfe für Landwirte); et,

b) in bezug auf Kanada

auf die Rechtsvorschriften über

- i) die Volksrente (Old Age Security Act) und die Verordnungen dazu,
- ii) die Kanadische Rentenversicherung (Canada Pension Plan) und die Verordnungen dazu.

(2) Rechtsvorschriften im Sinne des Absatzes 1 sind nicht die Bestimmungen, die sich für einen Vertragsstaat aus zwischenstaatlichen Verträgen oder aus überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen.

Artikel 3

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gilt es für

- a) Staatsangehörige eines Vertragsstaats,
- b) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu dem genannten Abkommen,
- c) Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen,
- d) andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaats, einem Flüchtling oder einem Staatenlosen im Sinne dieses Artikels ableiten,
- e) Staatsangehörige eines anderen Staates als eines Vertragsstaats, soweit sie nicht zu den unter Buchstabe d bezeichneten Personen gehören.

Artikel 4

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, stehen die in Artikel 3 Buchstaben a bis d bezeichneten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats dessen Staatsangehörigen gleich.

(2) Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats werden den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaats, die sich außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsstaaten gewöhnlich aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort gewöhnlich aufhaltenden Staatsangehörigen des ersten Vertragsstaats.

Artikel 5

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gelten die Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats, nach denen Ansprüche auf Geldleistungen oder die Zahlung von Geldleistungen vom Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats abhängen, nicht für die in Artikel 3 Buchstaben a

(b) as regards Canada, to the following legislation:

- (i) the Old Age Security Act and the regulations made thereunder,
- (ii) the Canada Pension Plan and the regulations made thereunder.

(2) The legislation specified in paragraph (1) of this Article shall not include laws resulting for either Contracting State from international treaties or supranational laws or designed to implement such treaties or laws.

Article 3

Unless otherwise provided in this Agreement, it shall apply to:

- (a) nationals of either Contracting State;
- (b) refugees, within the meaning of Article 1 of the Convention Relating to the Status of Refugees of July 28, 1951 and of the Protocol of January 31, 1967 to that Convention;
- (c) stateless persons, within the meaning of Article 1 of the Convention Relating to the Status of Stateless Persons of September 28, 1954;
- (d) other persons to the extent that they derive rights from a national of either Contracting State, from a refugee or from a stateless person within the meaning of this Article;
- (e) nationals of a state other than a Contracting State, unless they are included in the group of persons specified in subparagraph (d).

Article 4

(1) Unless otherwise provided in this Agreement, persons specified in subparagraphs (a), (b), (c) and (d) of Article 3 who reside in the territory of one Contracting State shall, in the application of the legislation of either Contracting State, receive equal treatment with the nationals of the latter Contracting State.

(2) Benefits under the legislation of one Contracting State shall be awarded to nationals of the other Contracting State, resident outside the territories of both Contracting States, under the same conditions as they are awarded to the nationals of the first Contracting State who reside outside the territories of the Contracting States.

Article 5

Unless otherwise provided in this Agreement, the legislation of one Contracting State which requires that entitlement to or the payment of cash benefits be dependent on residence in the territory of that Contracting State shall not be applicable to the persons specified in subparagraphs (a), (b), (c)

(b) pour le Canada, à la législation suivante:

- (i) la Loi sur la sécurité de la vieillesse et les règlements qui en découlent,
- (ii) le Régime de pensions du Canada et les règlements qui en découlent.

(2) La législation spécifiée au paragraphe (1) du présent article ne comprend pas les lois découlant pour l'un ou l'autre des États contractants de traités internationaux ou de lois supranationales ou servant à appliquer lesdits traités ou lesdites lois.

Article 3

Sauf dispositions contraires du présent Accord, il s'applique:

- (a) aux ressortissants des États contractants;
- (b) aux réfugiés, au sens de l'article 1 de la Convention relative au statut des réfugiés du 28 juillet 1951 et du Protocole du 31 janvier 1967 s'y rattachant;
- (c) aux apatrides, au sens de l'article 1 de la Convention relative au statut des apatrides du 28 septembre 1954;
- (d) à toutes autres personnes dans la mesure où elles ont des droits provenant d'un ressortissant de l'un des États contractants, d'un réfugié ou d'un apatride au sens du présent article;
- (e) aux ressortissants d'un État autre qu'un État contractant, à moins qu'ils ne soient inclus dans le groupe de personnes spécifiées à l'alinéa (d).

Article 4

(1) Sauf dispositions contraires du présent Accord, aux fins de l'application de la législation de l'un des États contractants, les personnes spécifiées aux alinéas (a), (b), (c) et (d) de l'article 3 qui résident sur le territoire de l'un des États contractants reçoivent un traitement égal à celui accordé aux ressortissants de l'État dont la législation s'applique.

(2) Les prestations aux termes de la législation de l'un des États contractants sont accordées aux ressortissants de l'autre État contractant qui résident hors des territoires des deux États contractants, selon les mêmes modalités que celles qui sont accordées aux ressortissants du premier État contractant qui résident hors des territoires des États contractants.

Article 5

Sauf dispositions contraires du présent Accord, la législation de l'un des États contractants qui exige que le droit aux prestations en espèces ou que le versement de ces prestations soit subordonné à la résidence sur le territoire dudit État contractant n'est pas applicable aux personnes spéci-

bis d genannten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhalten.

Artikel 6

(1) Soweit die Artikel 7 bis 10 nichts anderes bestimmen, richtet sich die Versicherung eines Arbeitnehmers nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet er beschäftigt ist.

(2) Rechtsvorschriften im Sinne des Absatzes 1 und der Artikel 7 bis 10 sind

in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

die in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a bezeichneten Rechtsvorschriften, soweit sie sich auf die Versicherungspflicht in der Rentenversicherung beziehen,

in Bezug auf Kanada

die in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer ii bezeichneten Rechtsvorschriften.

Artikel 7

Wird ein Arbeitnehmer, der in einem Vertragsstaat beschäftigt ist, im Rahmen dieses Beschäftigungsverhältnisses von seinem Arbeitgeber in den anderen Vertragsstaat entsandt, um dort eine Arbeit für diesen Arbeitgeber auszuführen, so gelten in Bezug auf diese Beschäftigung während der ersten sechzig Kalendermonate der Beschäftigung im Hoheitsgebiet des zweiten Vertragsstaats allein die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats so weiter, als wäre er noch in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt.

Artikel 8

Würde eine Person, die als Mitglied der Besatzung eines Seeschiffs beschäftigt ist, ohne Anwendung dieser Bestimmung den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten unterliegen, so gelten in Bezug auf diese Beschäftigung allein die deutschen Rechtsvorschriften, wenn das Schiff berechtigt ist, die Flagge der Bundesrepublik Deutschland zu führen; in den anderen Fällen gelten allein die kanadischen Rechtsvorschriften.

Artikel 9

(1) Wird eine Person von der Regierung oder einem anderen öffentlichen Arbeitgeber eines Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beschäftigt, so gelten dessen Rechtsvorschriften in Bezug auf diese Beschäftigung nur, wenn die Person dessen Staatsangehöriger ist oder sich vor Beginn der Beschäftigung in dessen Hoheitsgebiet gewöhnlich aufgehalten hat und sich weiterhin dort gewöhnlich aufhält.

(2) Hat sich eine in Absatz 1 bezeichnete Person vor Beginn der Beschäftigung gewöhnlich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufgehalten und hält sie sich weiterhin dort gewöhnlich auf, so gelten in Bezug auf diese Beschäftigung die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats nicht,

and (d) of Article 3 who reside in the territory of the other Contracting State.

Article 6

(1) Except as otherwise provided in Articles 7 to 10, the coverage of an employee shall be determined only by the legislation of the Contracting State in whose territory he is employed.

(2) In paragraph (1) and in Articles 7 to 10, "legislation" means,

as regards the Federal Republic of Germany, the legislation described in Article 2(1)(a) insofar as it relates to mandatory pension coverage, and,

as regards Canada, the legislation described in Article 2(1)(b)(ii).

Article 7

When an employee who is employed in a Contracting State is sent by his employer to the other Contracting State within the context of that employment to perform services for that employer, only the legislation of the first Contracting State shall apply, in respect of those services, during the first sixty calendar months of the employment in the second Contracting State as though the employee were still employed in the territory of the first Contracting State.

Article 8

When, but for the application of this Article, a person employed as a member of the crew of a seagoing ship would be subject to the legislation of both Contracting States, only the German legislation shall apply in respect of that employment if the ship is entitled to fly the flag of the Federal Republic of Germany, and only the legislation of Canada shall apply in any other case.

Article 9

(1) When a person is employed by the government or other public employer of a Contracting State in the territory of the other Contracting State, the legislation of that other Contracting State shall apply to him in respect of that employment only if he is a national of that Contracting State or if he resided in its territory before the beginning of that employment and continues to reside there.

(2) In the case of the person described in paragraph (1) who resided in the territory of the second Contracting State before the beginning of the employment and who continues to reside there, the legislation of the latter Contracting State shall not apply to him in respect of that employment if he is a

fiées aux alinéas (a), (b), (c) et (d) de l'article 3 qui résident sur le territoire de l'autre État contractant.

Article 6

(1) Sauf dispositions contraires des articles 7 à 10, la participation d'un travailleur salarié à un régime d'assurance est fixée uniquement selon la législation de l'État contractant sur le territoire duquel il est occupé.

(2) Aux fins du paragraphe (1) et des articles 7 à 10, le terme «législation» désigne,

pour la République fédérale d'Allemagne, la législation visée à l'article 2 (1) (a) dans la mesure où celle-ci a trait à la participation obligatoire à un régime de pension et,

pour le Canada, la législation visée à l'article 2 (1) (b) (ii).

Article 7

Lorsqu'un travailleur salarié qui est occupé dans un État contractant est envoyé dans l'autre État contractant, par son employeur et dans le cadre de cet emploi, pour y effectuer un travail au service de cet employeur, la seule législation du premier État contractant est applicable en ce qui concerne ce travail et ce, pendant les soixante premiers mois civils de l'emploi dans l'autre État contractant, tout comme si le travailleur était encore occupé sur le territoire du premier État contractant.

Article 8

Lorsque, à défaut de cet article, une personne occupée comme membre de l'équipage d'un navire de mer serait assujettie à la législation des deux États contractants, la seule législation allemande est applicable en ce qui concerne cet emploi, si le navire est en droit de battre le pavillon de la République fédérale d'Allemagne; la seule législation du Canada est applicable dans tout autre cas.

Article 9

(1) Lorsqu'une personne est occupée au service du gouvernement ou d'un autre employeur du secteur public d'un État contractant sur le territoire de l'autre État contractant, la législation de ce dernier ne s'applique à cette personne, relativement à cet emploi, que si elle est ressortissante de cet État contractant ou que si elle résidait sur son territoire avant le début de l'emploi et continue d'y résider.

(2) Lorsqu'il s'agit de la personne visée au paragraphe (1), qui résidait sur le territoire du deuxième État contractant avant le début de l'emploi et qui continue d'y résider, la législation de ce dernier ne s'applique pas à cette personne relativement à cet emploi, si elle est ressortissante du premier

wenn sie Staatsangehöriger des ersten Vertragsstaats ist und binnen sechs Monaten nach Beginn der Beschäftigung die Anwendung der Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats wählt. Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären. Die gewählten Rechtsvorschriften gelten vom Tag der Erklärung an.

Artikel 10

(1) Auf Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten oder die von ihnen bezeichneten Stellen im gegenseitigen Einvernehmen Ausnahmen von der Anwendung der Artikel 6 bis 9 zulassen, wenn die in Betracht kommende Person den Rechtsvorschriften des einen oder anderen Vertragsstaats unterliegt.

(2) Absatz 1 gilt auch für Personen, die nicht Arbeitnehmer sind, auf die sich jedoch die in Artikel 6 Absatz 2 bezeichneten Rechtsvorschriften beziehen.

Artikel 11

In Bezug auf die kanadischen Rechtsvorschriften über die Volksrente gilt folgendes:

- a) Untersteht eine Person, die nicht Mitglied der Besatzung eines Seeschiffs ist, während einer Zeit des gewöhnlichen Aufenthalts im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland den Rechtsvorschriften über die Kanadische Rentenversicherung oder den Bestimmungen über die umfassende Rentenversicherung einer kanadischen Provinz, so gilt diese Zeit für die betreffende Person, ihren Ehegatten und unterhaltsberechtigten Personen, die sich bei ihr gewöhnlich aufhalten und nicht den deutschen Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht in der Rentenversicherung unterstehen, als Zeit des gewöhnlichen Aufenthalts in Kanada.
- b) Untersteht eine Person, die nicht Mitglied der Besatzung eines Seeschiffs ist, während einer Zeit des gewöhnlichen Aufenthalts im Hoheitsgebiet von Kanada den deutschen Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht in der Rentenversicherung, so gilt diese Zeit für die betreffende Person, ihren Ehegatten und unterhaltsberechtigten Personen, die sich bei ihr gewöhnlich aufhalten und nicht aufgrund einer Beschäftigung oder Tätigkeit den Rechtsvorschriften über die Kanadische Rentenversicherung oder den Bestimmungen über die umfassende Rentenversicherung einer kanadischen Provinz unterstehen, nicht als Zeit des gewöhnlichen Aufenthalts in Kanada.
- c) Wird die unter Buchstabe b bezeichnete Person wegen der gleichzeitigen Ausübung von mehr als einer Beschäftigung oder Tätigkeit den Rechtsvorschriften über die Kanadische Rentenversicherung oder den Bestimmungen über die umfassende Rentenversicherung einer

national of the first Contracting State and within six months from the beginning of the employment, he elects to have the legislation of that Contracting State apply to him. The election shall be made by giving notice to the employer. The legislation shall apply from the date of the notice.

Article 10

(1) At the request of the employee and his employer, the competent authorities of the Contracting States, or the agencies which they have designated for that purpose, may, by common agreement, permit exceptions in the application of Articles 6 to 9, provided that the person affected will be subject to the legislation of one or the other of the Contracting States.

(2) Paragraph (1) shall also apply in respect of persons who are not employees but who are nevertheless subject to the legislation described in Article 6(2).

Article 11

For the purposes of the Old Age Security Act of Canada:

- (a) if a person, other than a member of the crew of a seagoing ship, is subject to the Canada Pension Plan or to the comprehensive pension plan of a province of Canada during any period of residence in the territory of the Federal Republic of Germany, that period shall be considered as a period of residence in Canada for that person as well as for his spouse and dependants who reside with him and who are not subject to the German legislation regarding mandatory pension coverage;
- (b) if a person, other than a member of the crew of a seagoing ship, is subject to the German legislation regarding mandatory pension coverage during any period of residence in the territory of Canada, that period shall not be considered as a period of residence in Canada for that person or for his spouse or dependants who reside with him and who are not subject to the Canada Pension Plan or to the comprehensive pension plan of a province of Canada by reason of employment or self-employment;
- (c) if the person referred to in the preceding subparagraph becomes subject to the Canada Pension Plan or to the comprehensive pension plan of a province of Canada, by virtue of occupying simultaneously more than one employment or self-employment, that period

État contractant et si elle opte, dans les six mois du début de l'emploi, pour l'application de la législation de ce premier État contractant. L'option doit être exercée en donnant avis à l'employeur. La législation choisie s'applique alors dès la date de l'avis.

Article 10

(1) A la demande du travailleur salarié et de son employeur, les autorités compétentes des États contractants, ou les organismes qu'elles ont désignés à cet effet, peuvent d'un commun accord prévoir des dérogations aux dispositions des articles 6 à 9 à condition que la personne concernée soit assujettie à la législation de l'un ou l'autre des États contractants.

(2) Le paragraphe (1) est également applicable à l'égard des personnes qui, n'étant pas travailleurs salariés, sont pourtant assujetties à la législation visée à l'article 6 (2).

Article 11

Aux fins de la Loi du Canada sur la sécurité de la vieillesse:

- (a) si une personne, autre qu'un membre de l'équipage d'un navire de mer, est assujettie au Régime de pensions du Canada ou au régime général de pensions d'une province du Canada pendant une période de résidence sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, ladite période est considérée comme une période de résidence au Canada relativement à cette personne, à son conjoint et aux personnes à sa charge qui résident avec elle et qui ne sont pas assujettis à la législation allemande relative à la participation obligatoire à un régime de pension;
- (b) si une personne, autre qu'un membre de l'équipage d'un navire de mer, est assujettie à la législation allemande relative à la participation obligatoire à un régime de pension pendant toute période de résidence sur le territoire du Canada, ladite période n'est pas considérée comme une période de résidence au Canada relativement à cette personne, à son conjoint ou aux personnes à sa charge qui résident avec elle et qui ne sont pas assujettis au Régime de pensions du Canada ou au régime général de pensions d'une province du Canada en raison d'un emploi ou d'un emploi autonome;
- (c) si la personne visée à l'alinéa précédent devient assujettie au Régime de pensions du Canada ou au régime général de pensions d'une province du Canada, du fait qu'elle occupe simultanément plus d'un emploi ou plus d'un emploi autonome, ladite période n'est

kanadischen Provinz unterstellt, so gilt die Zeit dieser Beschäftigung oder Tätigkeit nicht als Zeit des gewöhnlichen Aufenthalts in Kanada.

shall not be considered as a period of residence in Canada.

pas considérée comme une période de résidence au Canada.

Teil II

Bestimmungen über Leistungen

Part II

Provisions Concerning Benefits

Titre II

Dispositions au sujet des prestations

Artikel 12

Sind nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten anrechnungsfähige Versicherungszeiten zurückgelegt, so berücksichtigt der zuständige Träger jedes Vertragsstaats für den Erwerb des Leistungsanspruchs nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften soweit erforderlich auch die Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats anrechnungsfähig sind und sich nicht mit Zeiten überschneiden, die nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften anrechnungsfähig sind.

Article 12

When creditable periods of coverage have been completed under the legislation of both Contracting States, the competent institution of each Contracting State shall, in determining eligibility for benefits under the legislation which it applies, take into account, to the extent necessary, periods which are creditable under the legislation of the other Contracting State, provided that such periods do not overlap with periods creditable under its legislation.

Article 12

Si des périodes d'assurance admissibles ont été accomplies aux termes de la législation des deux États contractants, l'institution compétente de chaque État contractant prend en compte, dans la mesure nécessaire, les périodes admissibles aux termes de la législation de l'autre État contractant, aux fins de la détermination du droit à des prestations aux termes de la législation qu'elle applique, à condition que lesdites périodes ne se superposent pas à des périodes admissibles aux termes de sa législation.

Artikel 13

Für die Bundesrepublik Deutschland gilt folgendes:

- a) Die nach Artikel 12 zu berücksichtigenden Versicherungszeiten werden dem Versicherungszweig zugeordnet, dessen Träger unter ausschließlicher Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften für die Feststellung der Rente zuständig ist. Ist danach der Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung zuständiger Träger, so werden die nach den kanadischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten in der knappschaftlichen Rentenversicherung nur dann berücksichtigt, wenn sie in einem bergbaulichen Betrieb unter Tage zurückgelegt sind.
- b) Für den Erwerb eines Leistungsanspruchs nach den deutschen Rechtsvorschriften bei Anwendung des Artikels 12
 - i) wird ein Monat, der am oder vor dem 31. Dezember 1965 endet und nach den kanadischen Rechtsvorschriften über die Volksrente als ein Monat des gewöhnlichen Aufenthalts anerkannt wird, als ein Beitragsmonat nach den deutschen Rechtsvorschriften anerkannt;
 - ii) wird ein Jahr, das am oder nach dem 1. Januar 1966 beginnt und in dem ein Beitrag zur Kanadischen Rentenversicherung entrichtet wurde, als zwölf Beitragsmonate nach den deutschen Rechtsvorschriften anerkannt;
 - iii) wird ein Monat, der am oder nach dem 1. Januar 1966 beginnt und der nach den kanadischen Rechtsvorschriften über die Volksrente als ein Monat des gewöhnlichen Aufent-

Article 13

The following shall apply as regards the Federal Republic of Germany:

- (a) The periods of coverage to be taken into account under Article 12 shall be assigned to that branch of insurance whose institution is responsible for determining entitlement to a pension if only German legislation is applied. If, according to the foregoing, the Miners' Pension Insurance is the competent institution, periods of coverage completed under the legislation of Canada shall be taken into account for the Miners' Pension Insurance only if they were completed in a mining enterprise in underground operations.
- (b) For purposes of determining eligibility for a benefit payable under German legislation through the application of Article 12:
 - (i) a month ending on or before December 31, 1965, which is recognized as a month of residence under the Old Age Security Act of Canada shall be considered as a month of contributions under German legislation;
 - (ii) a year commencing on or after January 1, 1966, in which a contribution has been made under the Canada Pension Plan shall be considered as twelve months of contributions under German legislation;
 - (iii) a month commencing on or after January 1, 1966, which is recognized as a month of residence under the Old Age Security Act of Canada and in relation to which

Article 13

Les dispositions suivantes s'appliquent à la République fédérale d'Allemagne:

- (a) Les périodes d'assurance devant être prises en compte aux termes de l'article 12 sont assignées au régime d'assurance dont l'institution est chargée de la détermination du droit à une pension si la seule législation allemande est appliquée. Si, selon ce qui précède, l'assurance-pension des travailleurs des mines est l'institution compétente, les périodes d'assurance accomplies aux termes de la législation du Canada sont prises en compte pour le régime d'assurance-pension des travailleurs des mines seulement si lesdites périodes ont été accomplies au service d'une entreprise minière dans des opérations souterraines.
- (b) Aux fins de l'ouverture du droit à une prestation payable aux termes de la législation allemande, compte tenu des dispositions de l'article 12:
 - (i) un mois, se terminant le ou avant le 31 décembre 1965, qui est reconnu comme un mois de résidence aux termes de la Loi du Canada sur la sécurité de la vieillesse, est considéré comme un mois de cotisations aux termes de la législation allemande;
 - (ii) une année, commençant le ou après le 1^{er} janvier 1966, pendant laquelle une cotisation au Régime de pensions du Canada a été effectuée, est considérée comme douze mois de cotisations aux termes de la législation allemande;
 - (iii) un mois, commençant le ou après le 1^{er} janvier 1966, qui est reconnu comme un mois de résidence aux termes de la Loi du Canada sur la sécurité de la vieillesse et pen-

halts gilt, für den jedoch keine Beiträge zur Kanadischen Rentenversicherung entrichtet wurden, als ein Beitragsmonat nach den deutschen Rechtsvorschriften anerkannt.

no contribution has been made under the Canada Pension Plan shall be considered as a month of contributions under the German legislation.

dant lequel aucune cotisation au Régime de pensions du Canada n'a été effectuée, est considéré comme un mois de cotisations aux termes de la législation allemande.

- | | | |
|---|---|--|
| <p>(c) Für die Rentenbemessungsgrundlage werden nur die nach den deutschen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten herangezogen.</p> <p>(d) Sind die Voraussetzungen für den Rentenanspruch nur unter Berücksichtigung des Artikels 12 erfüllt, so wird der auf eine anzurechnende Zurechnungszeit entfallende Leistungsteil zur Hälfte gezahlt.</p> <p>(e) Sind die Voraussetzungen für den Anspruch auf Waisenrente nur unter Berücksichtigung des Artikels 12 erfüllt, so wird der Erhöhungsbetrag zur Hälfte gezahlt.</p> <p>(f) Für den Wegfall der Knappschaftsausgleichsleistung für einen Bergmann, der die bergmännische Beschäftigung aufgegeben hat, steht ein kanadischer knappschaftlicher Betrieb einem deutschen knappschaftlichen Betrieb gleich.</p> <p>(g) Hängt für einen selbständig erwerbstätigen Handwerker die Versicherungspflicht davon ab, ob eine Mindestzahl von Beiträgen entrichtet ist, so werden dafür auch die nach den Rechtsvorschriften über die Kanadische Rentenversicherung zurückgelegten Versicherungszeiten berücksichtigt.</p> | <p>(c) The pension computation base (Rentenbemessungsgrundlage) shall be determined solely on the basis of the periods of coverage to be considered under German legislation.</p> <p>(d) If the requirements for entitlement to a pension are met only by applying Article 12, half of the amount of the benefit which is attributable to a creditable additional period of coverage (Zurechnungszeit) shall be payable.</p> <p>(e) If the requirements for entitlement to an orphans' pension (Waisenrente) are met only by applying Article 12, half of the supplement (Erhöhungsbetrag) shall be payable.</p> <p>(f) With regard to the termination of a miner's compensation benefit (Knappschaftsausgleichsleistung) for a miner who has given up employment as a miner, a Canadian mining enterprise shall be considered equivalent to a German mining enterprise.</p> <p>(g) When the liability for mandatory coverage in respect of a self-employed craftsman is conditional upon payment of a minimum number of contributions, periods of coverage completed under the Canada Pension Plan shall be taken into account for this purpose.</p> | <p>(c) La base de calcul de la pension (Rentenbemessungsgrundlage) est déterminée en fonction des seules périodes d'assurance à prendre en considération aux termes de la législation allemande.</p> <p>(d) Si les exigences d'ouverture du droit à une pension sont satisfaites seulement compte tenu des dispositions de l'article 12, la moitié du montant de la prestation qui est attribuable à une période d'assurance additionnelle (Zurechnungszeit) admissible est versée.</p> <p>(e) Si les exigences d'ouverture du droit à une pension d'orphelin (Waisenrente) sont satisfaites seulement compte tenu des dispositions de l'article 12, la moitié du supplément (Erhöhungsbetrag) est versée.</p> <p>(f) Aux fins de la cessation de la prestation d'indemnité (Knappschaftsausgleichsleistung) versée à un travailleur des mines qui a laissé son emploi comme mineur, une entreprise minière canadienne est considérée au même titre qu'une entreprise minière allemande.</p> <p>(g) Lorsque l'obligation de s'assurer, dans le cas d'un artisan qui travaille à son propre compte, est subordonnée au versement d'un nombre minimal de cotisations, les périodes de cotisations accomplies aux termes du Régime de pensions du Canada sont prises en compte à cette fin.</p> |
|---|---|--|

Artikel 14

Für die nach den kanadischen Rechtsvorschriften über die Volksrente zu zahlenden Leistungen gilt folgendes:

Article 14

The following shall apply as regards benefits payable under the Old Age Security Act of Canada:

Article 14

Les dispositions suivantes s'appliquent aux fins des prestations payables aux termes de la Loi du Canada sur la sécurité de la vieillesse:

- | | | |
|--|--|--|
| <p>(a) Für den Anspruch auf Zahlung einer Rente oder eines Ehegattenzuschusses (spouse's allowance) nach den kanadischen Rechtsvorschriften über die Volksrente wird bei Anwendung des Artikels 12 eine Zeit des gewöhnlichen Aufenthalts im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland als Zeit des gewöhnlichen Aufenthalts im Hoheitsgebiet von Kanada anerkannt, wenn die Zeit nach dem für die Anrechnung von Zeiten des gewöhnlichen Aufenthalts nach den kanadischen Rechtsvorschriften bestimmten Alter liegt.</p> <p>(b) i) Hat eine Person in Kanada Anspruch auf Zahlung einer Rente nach den Rechtsvorschriften über die Volksrente ohne Berücksichtigung der Bestimmungen dieses Abkommens und ohne daß genügend Zeiten des gewöhnlichen Aufenthalts in Kanada zurückgelegt</p> | <p>(a) For purposes of determining eligibility for a pension or a spouse's allowance payable under the Old Age Security Act through the application of Article 12, a period of residence in the territory of the Federal Republic of Germany, after the age at which periods of residence in Canada are creditable for purposes of that Act, shall be considered as a period of residence in the territory of Canada.</p> <p>(b) (i) If a person is entitled to payment of a pension in Canada under the Old Age Security Act without recourse to the provisions of this Agreement, but has not accumulated sufficient periods of residence in Canada to qualify for payment of the pension abroad</p> | <p>(a) Aux fins de l'ouverture du droit à une pension ou à une allocation au conjoint payable aux termes de la Loi sur la sécurité de la vieillesse, compte tenu des dispositions de l'article 12, une période de résidence sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, après l'âge auquel les périodes de résidence au Canada sont admissibles aux fins de ladite Loi, est considérée comme une période de résidence sur le territoire du Canada.</p> <p>(b) (i) Si une personne a droit au versement d'une pension au Canada aux termes de la Loi sur la sécurité de la vieillesse, sans recours aux dispositions du présent Accord, mais ne justifie pas de périodes de résidence au Canada suffisantes pour avoir droit au ver-</p> |
|--|--|--|

worden sind, um die Voraussetzungen der genannten Rechtsvorschriften für die Zahlung der Rente ins Ausland zu erfüllen, so wird ihr eine Teilrente außerhalb des Hoheitsgebiets von Kanada gezahlt, wenn die Zeiten des gewöhnlichen Aufenthalts in den Hoheitsgebieten beider Vertragsstaaten bei Zusammenrechnung nach Artikel 12 mindestens der nach den Rechtsvorschriften über die Volksrente für die Rentenzahlung ins Ausland erforderlichen Mindestzeit des gewöhnlichen Aufenthalts entsprechen.

- ii) In diesem Fall wird der Betrag der zu zahlenden Rente nach den Bestimmungen über die Volksrente, welche die Zahlung einer Teilrente vorsehen, ausschließlich aufgrund der nach diesen Rechtsvorschriften anrechnungsfähigen Zeiten berechnet.
- c) i) Hat eine Person allein aufgrund der Zeiten des gewöhnlichen Aufenthalts in Kanada keinen Anspruch auf eine Volksrente oder einen Ehegattenzuschuß, so wird ihr eine Teilrente oder ein Ehegattenzuschuß gezahlt, wenn die Zeiten des gewöhnlichen Aufenthalts in den Hoheitsgebieten beider Vertragsstaaten bei Zusammenrechnung nach Artikel 12 mindestens der nach den Rechtsvorschriften über die Volksrente für die Zahlung einer Rente oder eines Ehegattenzuschusses erforderlichen Mindestzeit des gewöhnlichen Aufenthalts entsprechen.
- ii) In diesem Fall wird der Betrag der zu zahlenden Rente oder des zu zahlenden Ehegattenzuschusses nach den Bestimmungen über die Volksrente, welche die Zahlung einer Teilrente oder eines Ehegattenzuschusses vorsehen, ausschließlich aufgrund der nach diesen Rechtsvorschriften anrechnungsfähigen Zeiten berechnet.
- d) i) Unbeschadet anderer Bestimmungen dieses Abkommens ist der zuständige kanadische Träger nur verpflichtet, eine Volksrente außerhalb des Hoheitsgebiets von Kanada zu zahlen, wenn die Zeiten des gewöhnlichen Aufenthalts in den Hoheitsgebieten beider Vertragsstaaten bei Zusammenrechnung nach Artikel 12 mindestens der nach den Rechtsvorschriften über die Volksrente für die Rentenzahlung ins Ausland erforderlichen Mindestzeit des gewöhnlichen Aufenthalts entsprechen.
- ii) Der Ehegattenzuschuß und der Zuschlag zur Gewährleistung eines Mindesteinkommens (guaranteed income supplement) werden außer-

under that Act, a partial pension shall be payable to him outside the territory of Canada if the periods of residence in the territories of the two Contracting States, when totalized as provided in Article 12, are at least equal to the minimum period of residence in Canada required by the Old Age Security Act for payment of a pension abroad.

- (ii) The amount of the pension payable shall, in this case, be calculated in conformity with the provisions of the Old Age Security Act governing the payment of a partial pension, exclusively on the basis of the periods creditable under that legislation.
- (c) (i) If a person is not entitled to an Old Age Security pension or a spouse's allowance solely on the basis of periods of residence in Canada, a partial pension or a spouse's allowance shall be payable to him if the periods of residence in the territories of the two Contracting States, when totalized as provided in Article 12, are at least equal to the minimum period of residence in Canada required by the Old Age Security Act for payment of a pension or a spouse's allowance.
- (ii) The amount of the pension or the spouse's allowance payable shall, in this case, be calculated in conformity with the provisions of the Old Age Security Act governing the payment of a partial pension or a spouse's allowance, exclusively on the basis of the periods creditable under that legislation.
- (d) (i) Notwithstanding any other provision of this Agreement, the competent institution of Canada shall pay an Old Age Security pension outside the territory of Canada only if the periods of residence in the territories of the two Contracting States, when totalized as provided in Article 12, are at least equal to the minimum period of residence in Canada required by the Old Age Security Act for the payment of a pension abroad.
- (ii) The spouse's allowance and the guaranteed income supplement shall be payable outside the territory of Canada only to the extent

sément de la pension à l'étranger aux termes de ladite Loi, une pension partielle lui est versée hors du territoire du Canada à condition que les périodes de résidence sur les territoires des deux États contractants, lorsque totalisées tel que prévu à l'article 12, soient au moins égales à la période minimale de résidence au Canada exigée par la Loi sur la sécurité de la vieillesse pour le versement de la pension à l'étranger.

- (ii) Dans ce cas, le montant de la pension payable est déterminé en conformité des dispositions de la Loi sur la sécurité de la vieillesse qui régissent le versement de la pension partielle, et ce montant est déterminé uniquement en fonction des périodes admissibles aux termes de ladite Loi.
- (c) (i) Si une personne n'a pas droit à une pension de la sécurité de la vieillesse ou à une allocation au conjoint en vertu des seules périodes de résidence au Canada, une pension partielle ou une allocation au conjoint lui est versée à condition que les périodes de résidence sur les territoires des deux États contractants, lorsque totalisées tel que prévu à l'article 12, soient au moins égales à la période minimale de résidence au Canada exigée par la Loi sur la sécurité de la vieillesse pour le versement d'une pension ou d'une allocation au conjoint.
- (ii) Dans ce cas, le montant de la pension ou de l'allocation au conjoint est déterminé en conformité des dispositions de la Loi sur la sécurité de la vieillesse qui régissent le versement de la pension partielle ou de l'allocation au conjoint, et ce montant est déterminé uniquement en fonction des périodes admissibles aux termes de ladite Loi.
- (d) (i) Nonobstant toute autre disposition du présent Accord, l'institution compétente du Canada n'est pas tenue de verser une pension de sécurité de la vieillesse hors du territoire du Canada à moins que les périodes de résidence sur les territoires des deux États contractants, lorsque totalisées tel que prévu à l'article 12, ne soient au moins égales à la période minimale de résidence au Canada exigée par la Loi sur la sécurité de la vieillesse pour le versement de la pension à l'étranger.
- (ii) L'allocation au conjoint et le supplément de revenu garanti ne sont payables hors du territoire du Canada que dans la mesure permise

halb des Hoheitsgebiets von Kanada nur in dem nach den Rechtsvorschriften über die Volksrente zulässigen Ausmaß gezahlt.

permitted by the Old Age Security Act.

par la Loi sur la sécurité de la vieillesse.

Artikel 15

Für die nach den Rechtsvorschriften über die Kanadische Rentenversicherung zu zahlenden Leistungen gilt folgendes:

a) Bei Anwendung des Artikels 12 wird für den Anspruch auf eine nach den Rechtsvorschriften über die Kanadische Rentenversicherung zu zahlende Leistung ein Jahr mit mindestens drei Versicherungsmonaten nach den deutschen Rechtsvorschriften als ein Jahr anerkannt, für das Beiträge zur Kanadischen Rentenversicherung entrichtet worden sind.

b) i) Hat eine Person allein aufgrund der in der Kanadischen Rentenversicherung anrechnungsfähigen Zeiten keinen Anspruch auf Rente wegen Erwerbsunfähigkeit (disability pension), auf Kinderleistung für einen erwerbsunfähigen Beitragszahler (disabled contributor's child's benefit), auf Hinterbliebenenrente (survivor's pension), Waisenrente (orphan's benefit) oder Sterbegeld (death benefit), hat sie aber Anspruch auf eine solche Leistung durch Zusammenrechnung von Versicherungszeiten nach Artikel 12, so berechnet der zuständige kanadische Träger den Betrag des einkommensbezogenen Leistungsteils nach den Bestimmungen der Kanadischen Rentenversicherung und allein aufgrund des nach diesen Rechtsvorschriften rentenfähigen Einkommens.

ii) In diesem Fall ergibt sich der Betrag des nach diesem Abkommen zu zahlenden festen Leistungsteils durch Vervielfachung

des nach den Bestimmungen über die Kanadische Rentenversicherung festgesetzten Betrags des festen Leistungsteils

mit dem Verhältnis, in dem die Beitragszeiten in der Kanadischen Rentenversicherung zur Mindestwartezeit für den Leistungsanspruch in der Kanadischen Rentenversicherung stehen.

c) Nach diesem Artikel wird keine Leistung gezahlt, außer wenn der Beitragszahler ein Alter erreicht hat, in dem seine beitragsfähige Zeit (contributory period), so wie in der Kanadischen Rentenversicherung bestimmt, wenigstens der Mindestwartezeit entspricht, die nach den kanadischen Rechtsvorschriften für den betreffenden Leistungsanspruch erforderlich ist.

Article 15

The following shall apply as regards benefits payable under the Canada Pension Plan:

(a) For purposes of determining eligibility for benefits payable under the Canada Pension Plan through the application of Article 12, a year including at least three months of coverage under German legislation shall be considered as a year for which contributions have been made under the Canada Pension Plan.

(b) (i) If a person is not entitled to a disability pension, disabled contributor's child's benefit, survivor's pension, orphan's benefit, or death benefit solely on the basis of the periods creditable under the Canada Pension Plan, but is entitled to that benefit through totalizing periods of coverage as provided in Article 12, the competent institution of Canada shall calculate the amount of the earnings-related portion of such benefit in conformity with the provisions of the Canada Pension Plan, exclusively on the basis of the pensionable earnings credited under that legislation.

(ii) The amount of the flat rate portion of the benefit payable under the provisions of this Agreement shall, in this case, be determined by multiplying:

the amount of the flat rate portion of the benefit determined under the provisions of the Canada Pension Plan by

the ratio that the periods of contributions to the Canada Pension Plan represent in relation to the minimum, qualifying period for entitlement to that benefit under the Canada Pension Plan.

(c) No benefit shall be paid under this Article unless the contributor has reached an age at which his contributory period, as defined in the Canada Pension Plan, is at least equal to the minimum qualifying period under the legislation of Canada for entitlement to the benefit in question.

Article 15

Les dispositions suivantes s'appliquent aux fins des prestations payables aux termes du Régime de pensions du Canada:

(a) Aux fins de l'ouverture du droit aux prestations payables aux termes du Régime de pensions du Canada, compte tenu des dispositions de l'article 12, une année comptant au moins trois mois d'assurance aux termes de la législation allemande est considérée comme une année pendant laquelle des cotisations au Régime de pensions du Canada ont été effectuées.

(b) (i) Si une personne n'a pas droit à une pension d'invalidité, à une prestation d'enfant de cotisant invalide, à une pension de survivant, à une prestation d'orphelin ou à une prestation de décès en fonction des seules périodes admissibles aux termes du Régime de pensions du Canada, mais a droit à ladite prestation après totalisation des périodes d'assurance tel que prévu à l'article 12, l'institution compétente du Canada détermine le montant de la composante liée aux gains de ladite prestation, en conformité des dispositions du Régime de pensions du Canada, uniquement en fonction des gains ouvrant droit à pension crédités aux termes dudit Régime.

(ii) Dans ce cas, le montant de la composante à taux uniforme de la prestation payable selon les dispositions du présent Accord est déterminé en multipliant:

le montant de la prestation à taux uniforme déterminé selon les dispositions du Régime de pensions du Canada

par la proportion que les périodes de cotisations au Régime de pensions du Canada représentent par rapport à la période minimale de cotisation ouvrant droit à ladite prestation aux termes du Régime de pensions du Canada.

(c) Aucune prestation n'est versée aux termes du présent article à moins que le cotisant n'ait atteint l'âge auquel sa période cotisable, telle que définie par le Régime de pensions du Canada, est au moins égale à la période minimale de cotisation ouvrant droit à ladite prestation aux termes de la législation du Canada.

Teil III
Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1
Amtshilfe und Rechtshilfe

Artikel 16

(1) Die Träger, Verbände von deutschen Trägern und Behörden der Vertragsstaaten leisten einander bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens gegenseitige Hilfe in gleicher Weise, in der sie ihre eigenen Rechtsvorschriften anwenden. Die Hilfe mit Ausnahme der Barauslagen ist kostenlos.

(2) Der Träger eines Vertragsstaats übermittelt, soweit nach seinen Rechtsvorschriften zulässig, dem Träger des anderen Vertragsstaats auf Ersuchen kostenlos die in seinem Besitz befindlichen ärztlichen Angaben und Unterlagen, die sich auf die Erwerbsunfähigkeit des Antragstellers oder des Berechtigten beziehen.

(3) Fordert der Träger eines Vertragsstaats, daß der Antragsteller oder der Berechtigte sich einer ärztlichen Untersuchung unterzieht, so wird diese auf Ersuchen dieses Trägers auf seine Kosten durch den Träger des anderen Vertragsstaats, in dem der Antragsteller oder der Berechtigte sich aufhält, veranlaßt oder vermittelt.

Artikel 17

(1) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Urkunden, die einer Behörde oder einem Träger dieses Vertragsstaats vorgelegt werden, ganz oder teilweise von Verwaltungskosten einschließlich Konsulargebühren befreit, so gilt die Befreiung auch für Urkunden, die einer Behörde oder einem Träger des anderen Vertragsstaats nach dessen Rechtsvorschriften vorgelegt werden.

(2) Urkunden, die bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften einer Behörde oder einem Träger eines Vertragsstaats vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber einer Behörde oder einem Träger des anderen Vertragsstaats keiner Legalisation oder anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Artikel 18

Die in Artikel 16 Absatz 1 genannten Stellen können bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens in ihren Amtssprachen unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern verkehren. Entscheidungen der Gerichte und Bescheide eines Trägers eines Vertragsstaats können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, unmittelbar zugestellt werden; die Zustellung kann durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein bewirkt werden.

Part III
Miscellaneous Provisions

Chapter 1
Administrative and Legal Assistance

Article 16

(1) The institutions, associations of German institutions, and authorities of the Contracting States shall provide mutual assistance to each other in the application of the legislation specified in Article 2 (1) and in the implementation of this Agreement, in the same manner in which they apply their own legislation. With the exception of any cash expenditures relating thereto, such assistance shall be provided free of charge.

(2) The institution of one Contracting State, when requested by the institution of the other Contracting State, shall, to the extent permitted by its legislation, provide to that institution free of charge any medical data and documents in its possession relating to the general disability of an applicant or beneficiary.

(3) If the institution of one Contracting State requires an applicant or beneficiary to undergo a medical examination, such examination, on the request of that institution and at its expense, shall be arranged or carried out by the institution of the other Contracting State where the applicant or beneficiary resides.

Article 17

(1) Where, under the legislation of one Contracting State, documents submitted to an authority or institution of that Contracting State are partly or fully exempt from administrative charges, including consular fees, this exemption shall also apply to documents which are submitted to an authority or institution of the other Contracting State in accordance with its legislation.

(2) Documents which, in the application of the legislation specified in Article 2 (1), must be submitted to an authority or institution of one Contracting State, may be submitted to an authority or institution of the other Contracting State without authentication or any other similar formality.

Article 18

In applying the legislation specified in Article 2 (1), and in implementing this Agreement, the agencies referred to in Article 16 (1) may communicate in their respective official languages directly with each other as well as with persons concerned and with their representatives. Decisions of courts and notifications from an institution of one Contracting State may be communicated directly to persons residing in the territory of the other Contracting State and may be sent by registered mail with return receipt.

Titre III
Dispositions diverses

Chapitre 1
Assistance administrative et judiciaire

Article 16

(1) Les institutions, les associations d'institutions allemandes et les autorités des États contractants se fournissent mutuellement assistance aux fins de l'application de la législation spécifiée à l'article 2 (1) et aux fins de la mise en application du présent Accord, de la même manière qu'elles appliquent leur propre législation. Ladite assistance est fournie gratuitement sauf si des frais en espèces sont encourus.

(2) L'institution d'un État contractant fournit gratuitement à l'institution de l'autre État contractant, sur demande et dans la mesure permise par sa législation, toute donnée ou tout document médicaux en sa possession se rapportant à l'état d'invalidité d'un requérant ou bénéficiaire.

(3) Si l'institution d'un État contractant exige qu'un requérant ou bénéficiaire se soumette à un examen médical, l'institution de l'État contractant où réside le requérant ou bénéficiaire effectue ou fait effectuer ledit examen, sur demande de l'institution de l'autre État contractant et aux frais de cette dernière.

Article 17

(1) Si, aux termes de la législation d'un État contractant, les documents soumis à une autorité ou à une institution dudit État contractant sont partiellement ou complètement exempts de frais administratifs, y compris les droits de chancellerie, ladite exemption s'applique également aux documents soumis à une autorité ou à une institution de l'autre État contractant conformément à sa législation.

(2) Tous documents qui doivent être soumis à une autorité ou à une institution d'un État contractant, aux fins de l'application de la législation spécifiée à l'article 2 (1), peuvent être soumis à une autorité ou à une institution de l'autre État contractant, exempts de toute légalisation ou de toute autre formalité similaire.

Article 18

Aux fins de l'application de la législation spécifiée à l'article 2 (1) et de l'application du présent Accord, les organismes visés à l'article 16 (1) peuvent communiquer directement entre eux ainsi qu'avec les personnes concernées ou leurs représentants dans leurs langues officielles respectives. Les décisions des cours et les notifications d'une institution d'un État contractant peuvent être communiquées directement aux personnes résidant sur le territoire de l'autre État contractant et peuvent être envoyées par courrier recommandé avec accusé de réception.

Artikel 19

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger des ersten Vertragsstaats gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

(2) Die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe sind von der Stelle des einen Vertragsstaats, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die zuständige Stelle des anderen Vertragsstaats weiterzuleiten.

(3) Ein Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats erworbenen Ansprüche in den Fällen aufgeschoben wird, in denen er nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats den Zeitpunkt bestimmen kann, der für die Erfüllung der Leistungsvoraussetzungen maßgeblich sein soll.

Artikel 20

Für die Weitergabe von personenbezogenen Daten sowie von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen aufgrund dieses Abkommens oder einer Vereinbarung zu seiner Durchführung gilt das jeweilige innerstaatliche Datenschutzrecht. Sofern nicht die Offenlegung nach dem Recht eines Vertragsstaats erforderlich ist, sind diese Daten vom Empfänger vertraulich zu behandeln und nur zur Durchführung dieses Abkommens und der Rechtsvorschriften, auf die es sich bezieht, zu verwenden.

Kapitel 2

Durchführung des Abkommens

Artikel 21

(1) Die Regierungen oder die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können Durchführungsvereinbarungen (Implementing Arrangements) schließen, worin die Bedingungen und die Verwaltungsverfahren zur Durchführung dieses Abkommens festgelegt werden. Die zuständigen Behörden unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden Rechtsvorschriften.

(2) Die Verbindungsstellen der Vertragsstaaten werden in einer Durchführungsvereinbarung bezeichnet.

Article 19

(1) If a claim for a benefit payable under the legislation of one Contracting State has been submitted to an agency of the other Contracting State which, under the legislation of the latter State, is competent to receive an application for a corresponding benefit, that application shall be deemed to have been submitted to the competent institution of the first Contracting State. This provision shall apply, as appropriate, to other claims, notices or appeals.

(2) A claim, notice or appeal received by an agency of one Contracting State shall be forwarded by that agency without delay to the competent agency of the other Contracting State.

(3) A claim for a benefit payable under the legislation of one Contracting State shall be deemed to be an application for the corresponding benefit payable under the legislation of the other Contracting State. However, the foregoing shall not apply if the applicant explicitly requests that the determination of entitlement under the legislation of the latter State be deferred in cases where, under the legislation of the latter State, he may choose the date which is to be used in determining when the conditions for entitlement have been met.

Article 20

The transmission of any information about an individual or any business or industrial secret made in accordance with this Agreement, or in accordance with any arrangement for the implementation of this Agreement, shall be governed by the respective national laws concerning the protection of data. Unless disclosure is required under the laws of a Contracting State, such information shall be treated as confidential by the recipient and shall be used only for purposes of implementing this Agreement and the legislation to which this Agreement applies.

Chapter 2

Implementation of the Agreement

Article 21

(1) The governments or competent authorities of the Contracting States may conclude Implementing Arrangements (Durchführungsvereinbarungen) which will establish the conditions and administrative procedures required to implement this Agreement. The competent authorities shall keep each other informed about any amendments or additions to their legislation.

(2) The liaison agencies of the Contracting States shall be designated in an Implementing Arrangement.

Article 19

(1) Si une demande de prestation payable aux termes de la législation d'un État contractant a été présentée à un organisme de l'autre État contractant qui, aux termes de la législation de ce dernier État, est compétent aux fins d'une demande pour une prestation similaire, ladite demande est réputée avoir été présentée à l'institution compétente du premier État contractant. La présente disposition s'applique, le cas échéant, à d'autres demandes, avis ou recours.

(2) Les demandes, avis ou recours reçus par un organisme d'un État contractant sont transmis par cet organisme sans tarder à l'organisme compétent de l'autre État contractant.

(3) Une demande de prestation payable aux termes de la législation d'un État contractant est réputée être une demande de prestation similaire payable aux termes de la législation de l'autre État contractant. Toutefois, ce qui précède ne s'applique pas si le requérant demande explicitement que la détermination des droits acquis aux termes de la législation de ce dernier État contractant soit différée dans les cas où, aux termes de la législation de ce dernier État, il peut choisir la date à utiliser aux fins de déterminer quand les exigences d'ouverture du droit à ladite prestation auront été remplies.

Article 20

La transmission de tout renseignement au sujet d'une personne ou de tout secret industriel ou d'affaires effectuée conformément au présent Accord, ou conformément à tout arrangement pour la mise en application du présent Accord, est régie par les lois nationales respectives relatives à la protection des données. Sauf si sa divulgation est exigée aux termes des lois d'un État contractant, ledit renseignement est traité comme confidentiel par le receveur et est utilisé aux seules fins de l'application du présent Accord et de la législation à laquelle le présent Accord s'applique.

Chapitre 2

Application de l'Accord

Article 21

(1) Les gouvernements ou les autorités compétentes des États contractants peuvent convenir d'arrangements d'exécution (Durchführungsvereinbarungen) qui fixent les modalités d'application et les procédures administratives requises aux fins de la mise en application du présent Accord. Les autorités compétentes se communiquent toute information relative aux modifications ou aux additions apportées à leur législation respective.

(2) Les organismes de liaison des États contractants sont désignés dans un arrangement d'exécution.

Artikel 22

Geldleistungen können von einem Träger des einen Vertragsstaats an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, in der Währung des einen oder des anderen Vertragsstaats wirksam erbracht werden. Werden sie in der Währung des anderen Vertragsstaats erbracht, so ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, an dem die Übermittlung vorgenommen wird.

Article 22

Cash benefits may be validly paid by an institution of one Contracting State to a person staying in the territory of the other Contracting State in the currency of either Contracting State. If remittance is made in the currency of the other Contracting State, the conversion rate shall be the rate of exchange in effect on the day when the remittance is made.

Article 22

Les prestations en espèces peuvent être versées valablement par une institution d'un État contractant à toute personne demeurant sur le territoire de l'autre État contractant dans la monnaie de l'un ou de l'autre État contractant. Si le versement est effectué dans la monnaie de l'autre État contractant, le taux de conversion est le taux de change en vigueur le jour où le versement est effectué.

Artikel 23

(1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt.

(2) Kann eine Streitigkeit durch die zuständigen Behörden nicht beigelegt werden, so wird sie einer gemeinsamen Ad-hoc-Kommission unterbreitet.

Article 23

(1) Disputes between the two Contracting States regarding the interpretation or application of this Agreement shall, as far as possible, be resolved by the competent authorities.

(2) If a dispute cannot be resolved by the competent authorities, it shall be submitted to a joint ad hoc commission.

Article 23

(1) Les différends entre les deux États contractants relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Accord sont réglés, autant que possible, par les autorités compétentes.

(2) Si un différend ne peut être réglé par les autorités compétentes, il est soumis à une commission conjointe ad hoc.

Teil IV

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Part IV

Transitional and Final Provisions

Titre IV

Dispositions transitoires et finales

Artikel 24

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch die vor seinem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten gegebenen erheblichen Tatsachen berücksichtigt.

(3) Die Bestimmungen dieses Abkommens sind ohne Rücksicht auf die Rechtskraft von Entscheidungen anzuwenden, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens getroffen worden sind.

(4) Geldleistungen, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens, gegebenenfalls unter Anwendung des Abkommens vom 30. März 1971, festgestellt sind, können unter Berücksichtigung dieses Abkommens auch von Amts wegen neu festgestellt werden. Ergäbe die Neufeststellung auf Antrag oder von Amts wegen keine oder eine niedrigere Geldleistung, als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt worden ist, so ist sie ungeachtet des Absatzes 3 in der Höhe des bisherigen Zahlungsbetrags weiterzuzahlen.

Article 24

(1) This Agreement shall not establish any entitlement to benefits for any period prior to its entry into force.

(2) In the implementation of this Agreement, consideration shall be given to the relevant facts obtaining under the terms of the legislation of the Contracting States before the entry into force of this Agreement.

(3) The provisions of this Agreement shall apply irrespective of the legal force of decisions made before the entry into force of this Agreement.

(4) Cash benefits awarded before the entry into force of this Agreement, where applicable by virtue of the Convention of March 30, 1971, may be recalculated ex officio in accordance with the provisions of this Agreement. If such recalculation, whether on application or ex officio, results in no entitlement or in entitlement in a lesser amount than that last paid for any period prior to the entry into force of this Agreement, the same amount of cash benefits as previously paid shall continue to be paid, paragraph (3) notwithstanding.

Article 24

(1) Le présent Accord n'ouvre aucun droit à des prestations pour une période antérieure à la date de son entrée en vigueur.

(2) Pour la mise en application du présent Accord, il est tenu compte des faits pertinents survenus aux termes de la législation des États contractants avant l'entrée en vigueur du présent Accord.

(3) La validité légale des décisions prises avant l'entrée en vigueur du présent Accord ne s'oppose pas à l'application des dispositions du présent Accord.

(4) Les prestations en espèces accordées avant l'entrée en vigueur du présent Accord, en vertu de la Convention du 30 mars 1971, le cas échéant, peuvent être révisées d'office, tenant compte des dispositions du présent Accord. Nonobstant les dispositions du paragraphe (3), si ladite révision effectuée sur demande ou d'office ne donne pas de prestation ou donne une prestation moindre que celle versée en dernier lieu pour toute période précédant l'entrée en vigueur du présent Accord, la prestation sera maintenue au montant de la prestation antérieurement versée.

Artikel 25

Das beiliegende Schlußprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Article 25

The attached Final Protocol is part of this Agreement.

Article 25

Le Protocole final ci-annexé fait partie du présent Accord.

Artikel 26

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und eine Provinz Kanadas können Vereinbarungen über Angelegenheiten der sozialen Sicherheit, die in Kanada in die Zuständigkeit einer Provinz

Article 26

The Government of the Federal Republic of Germany and a province of Canada may conclude understandings concerning any social security matter within provincial jurisdiction in Canada insofar as those under-

Article 26

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et une province du Canada peuvent conclure des ententes portant sur toute matière de sécurité sociale relevant de la compétence provinciale au Cana-

fallen, schließen, soweit solche Vereinbarungen den Bestimmungen dieses Abkommens nicht widersprechen.

Artikel 27

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung von Kanada innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

standings are not inconsistent with the provisions of this Agreement.

Article 27

This Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of Canada within three months of the date of entry into force of this Agreement.

da pour autant que ces ententes ne soient pas contraires aux dispositions du présent Accord.

Article 27

Le présent Accord s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement du Canada dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Accord.

Artikel 28

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Ottawa ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens treten außer Kraft

- a) das am 19. Dezember 1969 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Kanada über die Rentenversicherung von Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, die als Ortskräfte bei den amtlichen Missionen und Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in Kanada beschäftigt sind,
- b) das am 30. März 1971 unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada über Soziale Sicherheit.

(1) This Agreement shall be subject to ratification. The instruments of ratification shall be exchanged in Ottawa as soon as possible.

(2) This Agreement shall enter into force on the first day of the second month following the final day of the month in which the instruments of ratification are exchanged.

(3) With the entry into force of this Agreement, the following shall be terminated:

- (a) the Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of Canada Concerning the Pension Insurance of Persons of Non-German Nationality Locally Employed at Official Missions and Posts of the Federal Republic of Germany in Canada, signed on December 19, 1969; and
- (b) the Convention on Social Security between the Federal Republic of Germany and Canada, signed on March 30, 1971.

(1) Le présent Accord sera ratifié. Les instruments de ratification seront échangés à Ottawa aussitôt que possible.

(2) Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suivra le dernier jour du mois de l'échange des instruments de ratification.

(3) En date de l'entrée en vigueur du présent Accord sont abrogés:

- (a) l'Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement du Canada concernant l'assurance-pension des personnes de nationalité non allemande engagées sur place pour travailler aux missions et postes officiels de la République fédérale d'Allemagne au Canada, signé le 19 décembre 1969; et
- (b) la Convention sur la sécurité sociale entre la République fédérale d'Allemagne et le Canada, signée le 30 mars 1971.

Artikel 29

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen durch eine bis zum 31. Dezember eines jeden Jahres an den anderen Vertragsstaat gerichtete schriftliche Kündigung mit Ablauf des 31. Dezember des folgenden Jahres außer Kraft setzen.

(2) Tritt dieses Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter; zur Regelung der aufgrund dieser Bestimmungen erworbenen Anwartschaften sind Verhandlungen zu führen.

Article 29

(1) This Agreement shall be concluded for an indefinite period. Either of the Contracting States may terminate this Agreement on the 31st day of December of any year by giving notice in writing to the other Contracting State not later than the 31st day of December of the preceding year.

(2) In the event of termination by denunciation, the provisions of this Agreement shall continue to apply in respect of claims to benefits acquired not later than the effective date of that termination; negotiations shall take place for the settlement of any rights in the course of acquisition by virtue of the provisions of this Agreement.

(1) Le présent Accord est conclu pour une période indéfinie. L'un des États contractants peut mettre fin au présent Accord, le 31 décembre de toute année, en en donnant avis par écrit à l'autre État contractant au plus tard le 31 décembre de l'année précédente.

(2) En cas de dénonciation du présent Accord, ses dispositions sont maintenues en ce qui a trait aux droits acquis jusqu'à la date de cessation dudit Accord; des négociations sont engagées pour le règlement de tous droits en cours d'acquisition en vertu des dispositions du présent Accord.

Schlußprotokoll
zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada
über Soziale Sicherheit

Final Protocol
to the Agreement on Social Security
between Canada and the Federal Republic of Germany

Protocole final
de l'Accord sur la sécurité sociale
entre le Canada et la République fédérale d'Allemagne

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklärten die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, daß Einverständnis über folgendes besteht:

At the time of the signing of the Agreement on Social Security concluded this day between Canada and the Federal Republic of Germany, the plenipotentiaries of both Contracting States stated that they were in agreement on the following points:

Lors de la signature de l'Accord sur la sécurité sociale conclu ce jour entre le Canada et la République fédérale d'Allemagne, les plenipotentiaries des deux États contractants sont convenus de ce qui suit:

1. Zu Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe g des Abkommens:

In bezug auf Kanada gilt die Zeit des Bezugs einer Rente wegen Erwerbsunfähigkeit aus der Kanadischen Rentenversicherung als einer Versicherungszeit gleichwertig.

1. With reference to Article 1 (1)(g) of the Agreement:

As regards Canada, a period of receipt of a disability pension under the Canada Pension Plan shall be considered equivalent to a period of coverage.

1. Relativement à l'article 1 (1) (g) de l'Accord:

Pour le Canada, une période pendant laquelle une pension d'invalidité est versée aux termes du Régime de pensions du Canada est considérée équivalente à une période d'assurance.

2. Zu Artikel 2 des Abkommens:

a) Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und Altershilfe für Landwirte gilt Teil II des Abkommens nicht.

2. With reference to Article 2 of the Agreement:

(a) Part II of the Agreement shall not apply to the Steelworkers' Supplementary Insurance and to the Farmers' Old Age Assistance of the Federal Republic of Germany.

2. Relativement à l'article 2 de l'Accord:

(a) Le titre II de l'Accord ne s'applique pas à l'assurance-pension supplémentaire des travailleurs de la sidérurgie ni à l'aide aux agriculteurs âgés de la République fédérale d'Allemagne.

b) Sind nach deutschen Rechtsvorschriften außer den Voraussetzungen für die Anwendung des Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung einer anderen Übereinkunft oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so läßt der deutsche Träger bei Anwendung des Abkommens die andere Übereinkunft oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt.

(b) Where under German legislation both the conditions for the application of the Agreement and the conditions for the application of any other convention or supranational arrangement are satisfied, the German institution shall disregard that other convention or supranational arrangement when applying the Agreement.

(b) Si, aux termes de la législation allemande, les conditions d'application de l'Accord et de toute autre convention ou arrangement supranational sont satisfaites, l'institution allemande ne tient pas compte de ladite autre convention ou arrangement supranational en appliquant l'Accord.

c) Artikel 2 Absatz 2 und der vorstehende Buchstabe b finden keine Anwendung, soweit die Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus zwischenstaatlichen Verträgen oder überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen, Versicherungslastregelungen enthalten.

(c) Article 2(2) and the preceding subparagraph shall not apply if the social security legislation, which arises for the Federal Republic of Germany from international treaties or supranational laws or is designed to implement them, contains provisions relating to the apportionment of insurance burdens.

(c) L'article 2 (2) et l'alinéa précédent ne s'appliquent pas si la législation de sécurité sociale, découlant pour la République fédérale d'Allemagne de traités internationaux ou de lois supranationales ou servant à leur mise en application, contient des dispositions concernant la répartition de la charge d'assurance.

d) Das Abkommen gilt für Gesetze und Verordnungen, die die geltenden Vorschriften Kanadas auf andere Gruppen von Leistungsempfängern oder auf andere Arten

(d) The Agreement shall apply to laws and regulations which extend the existing legislation of Canada to other categories of beneficiaries or other types of be-

(d) L'Accord s'applique aux lois et règlements qui étendent la législation existante du Canada à d'autres catégories de bénéficiaires ou à d'autres types de prestations

von Leistungen ausdehnen, nur, wenn Kanada dem nicht binnen drei Monaten nach Mitteilung dieser Gesetze oder Verordnungen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber widerspricht.

nefits only if no objection on the part of Canada has been communicated to the Federal Republic of Germany within three months of notification of such laws or regulations.

seulement si aucune opposition de la part du Canada n'a été notifiée à la République fédérale d'Allemagne dans un délai de trois mois à compter de la date de notification desdites lois ou desdits règlements.

3. Zu Artikel 4 des Abkommens:

- a) Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Verträgen bleiben unberührt.
- b) Die deutschen Rechtsvorschriften, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und ihrer Verbände sowie in der Rechtsprechung der Sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.
- c) Kanadische Staatsangehörige, die sich gewöhnlich außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie zu dieser für mindestens sechzig Kalendermonate Beiträge wirksam entrichtet haben oder aufgrund übergangsrechtlicher Rechtsvorschriften, die vor dem 19. Oktober 1972 in Kraft waren, zur freiwilligen Versicherung berechtigt waren. Dies gilt auch für die in Artikel 3 Buchstaben b und c bezeichneten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet von Kanada aufhalten. Kanadische Staatsangehörige und Flüchtlinge im Sinne des Artikels 3 Buchstabe b, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet von Kanada aufhalten, sind auch dann zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie spätestens am Tag vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens aufgrund des Abkommens vom 30. März 1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada über Soziale Sicherheit einen freiwilligen Beitrag zur deutschen Rentenversicherung entrichtet haben.
- d) In Bezug auf die kanadischen Rechtsvorschriften gilt Artikel 4 auch für die in Artikel 3 Buchstabe e bezeichneten Personen.

4. Zu Artikel 5 des Abkommens:

- a) Artikel 5 gilt entsprechend für Geldleistungen aus der deutschen Unfallversicherung an Berechtigte, die sich als kanadische Staatsangehörige in Kanada im Gebiet einer Provinz gewöhnlich aufhalten, sofern deren Vorschriften über eine gesetzliche Unfallversicherung die

3. With reference to Article 4 of the Agreement:

- (a) Provisions relating to the apportionment of insurance burdens that may be contained in international treaties shall not be affected.
- (b) The German legislation which guarantees participation of the insured and of employers in the organs of self-government of the institutions and their associations, as well as in the adjudication of social security matters, shall remain unaffected.
- (c) Canadian nationals who reside outside the territory of the Federal Republic of Germany shall be entitled to voluntary coverage under German Pension Insurance if they have made valid contributions to the latter for at least sixty calendar months, or if they were entitled to voluntary coverage under transitional legislation which was in force before October 19, 1972. This shall also apply to persons specified in subparagraphs (b) and (c) of Article 3 who reside in the territory of Canada. Canadian nationals and refugees within the meaning of subparagraph (b) of Article 3 who reside in the territory of Canada shall also be entitled to voluntary coverage under German Pension Insurance if, under the provisions of the Convention on Social Security between the Federal Republic of Germany and Canada of March 30, 1971, they paid a voluntary contribution to German Pension Insurance at the latest on the day preceding the entry into force of the Agreement.
- (d) As regards the legislation of Canada, Article 4 shall also apply to the persons specified in subparagraph (e) of Article 3.

4. With reference to Article 5 of the Agreement:

- (a) Article 5 shall apply, as appropriate, to cash benefits payable under German Accident Insurance to beneficiaries who are Canadian nationals and who reside in the territory of a province of Canada, provided that the laws of that province regarding statutory

3. Relativement à l'article 4 de l'Accord:

- (a) Les dispositions concernant la répartition de la charge d'assurance qui pourraient être comprises dans les traités internationaux ne sont pas touchées.
- (b) La législation allemande qui garantit la participation des assurés et des employeurs dans les organismes d'auto-gestion des institutions et de leurs associations de même que dans les décisions touchant les questions de sécurité sociale n'est pas touchée.
- (c) Les ressortissants canadiens qui résident hors du territoire de la République fédérale d'Allemagne sont admissibles à l'assurance volontaire aux termes de l'assurance-pension allemande s'ils ont effectué des cotisations valables à ce dernier régime pour au moins soixante mois civils, ou s'ils étaient admissibles à l'assurance volontaire aux termes de la législation transitoire qui était en vigueur avant le 19 octobre 1972. Cette disposition s'applique également aux personnes spécifiées aux alinéas (b) et (c) de l'article 3 qui résident sur le territoire du Canada. Les ressortissants canadiens et les réfugiés au sens de l'alinéa (b) de l'article 3 qui résident sur le territoire du Canada sont également admissibles à l'assurance volontaire aux termes de l'assurance-pension allemande si, en vertu des dispositions de la Convention de sécurité sociale entre la République fédérale d'Allemagne et le Canada en date du 30 mars 1971, ils ont effectué une cotisation volontaire à l'assurance-pension allemande au plus tard le jour précédant l'entrée en vigueur du présent Accord.
- (d) Aux fins de la législation du Canada, l'article 4 s'applique également aux personnes spécifiées à l'alinéa (e) de l'article 3.

4. Relativement à l'article 5 de l'Accord:

- (a) L'article 5 s'applique, le cas échéant, aux prestations en espèces payables aux termes de l'assurance-accident allemande aux bénéficiaires qui sont des ressortissants canadiens et qui résident sur le territoire d'une province du Canada, à condition que

Zahlung entsprechender Geldleistungen an deutsche Staatsangehörige vorsehen, die sich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland gewöhnlich aufhalten. Dies gilt entsprechend in bezug auf in Artikel 3 Buchstaben b, c und d genannte Personen, die sich in Kanada im Gebiet einer Provinz gewöhnlich aufhalten, sofern deren Vorschriften über eine gesetzliche Unfallversicherung die Zahlung entsprechender Geldleistungen an in Artikel 3 Buchstaben b, c und d genannte Personen vorsehen, die sich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland gewöhnlich aufhalten.

- b) Die deutschen Rechtsvorschriften über Geldleistungen aus Versicherungszeiten, die nicht nach Bundesrecht zurückgelegt sind, werden nicht berührt.
- c) Die deutschen Rechtsvorschriften über Geldleistungen aus Arbeitsunfällen (einschließlich Berufskrankheiten), in deren Zeitpunkt der Verletzte nicht nach Bundesrecht versichert war, werden nicht berührt.
- d) Die deutschen Rechtsvorschriften über das Erbringen von medizinischen, berufsfördernden und ergänzenden Leistungen zur Rehabilitation durch die Träger der Rentenversicherung werden nicht berührt.
- e) Für Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in Kanada gilt Artikel 5 in bezug auf eine Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften wegen Berufsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit oder verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit nicht, wenn die Berufsunfähigkeit, die Erwerbsunfähigkeit oder die verminderte bergmännische Berufsfähigkeit nicht ausschließlich auf dem Gesundheitszustand beruht.
- f) In bezug auf die kanadischen Rechtsvorschriften gilt Artikel 5 auch für die in Artikel 3 Buchstabe e bezeichneten Personen.

5. Zu den Artikeln 6 bis 8 des Abkommens:

Die Artikel 6 bis 8 gelten entsprechend für Personen, die nicht Arbeitnehmer sind, auf die sich jedoch die in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a bezeichneten Rechtsvorschriften beziehen.

accident insurance provide for payment of corresponding cash benefits to German nationals who reside in the territory of the Federal Republic of Germany. This shall apply, as appropriate, with regard to the persons specified in subparagraphs (b), (c) and (d) of Article 3 who reside in Canada in the territory of one of that country's provinces, provided that the laws of that province regarding statutory accident insurance provide for the payment of corresponding cash benefits to the persons specified in subparagraphs (b), (c) and (d) of Article 3, who reside in the territory of the Federal Republic of Germany.

- (b) German legislation regarding cash benefits based on periods of coverage completed under laws other than federal law shall not be affected.
- (c) German legislation regarding cash benefits in respect of occupational accidents (including occupational diseases) for which the injured party was not insured under federal law at the time the accident occurred shall not be affected.
- (d) German legislation regarding medical, occupational and supplementary rehabilitation benefits provided by a pension insurance institution shall not be affected.
- (e) Article 5 shall not apply to a person who resides in Canada with regard to a pension under the German legislation governing occupational disability, general disability or reduced capacity for gainful employment as a miner, if the occupational disability, the general disability or the reduced capacity for gainful employment as a miner is not due solely to the person's state of health.
- (f) As regards the legislation of Canada, Article 5 shall also apply to the persons specified in subparagraph (e) of Article 3.

5. With reference to Articles 6, 7 and 8 of the Agreement:

Articles 6, 7 and 8 shall apply, as appropriate, to persons who are not employees but who are nevertheless subject to the legislation described in Article 2(1)(a).

les lois de ladite province relatives à l'assurance-accident statuaire prévoient le versement de prestations en espèces similaires aux ressortissants allemands résidant sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne. Cette disposition s'applique également, le cas échéant, aux personnes spécifiées aux alinéas (b), (c) et (d) de l'article 3 qui résident au Canada sur le territoire d'une des provinces de ce pays, à condition que les lois de cette province relatives à l'assurance-accident statuaire prévoient le versement de prestations en espèces similaires aux personnes spécifiées aux alinéas (b), (c) et (d) de l'article 3 qui résident sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne.

- (b) La législation allemande relative aux prestations en espèces fondées sur des périodes d'assurance accomplies aux termes des lois autres que la loi fédérale n'est pas touchée.
- (c) La législation allemande relative aux prestations en espèces au compte d'accidents de travail (y compris les maladies professionnelles), pour lesquelles l'intéressé blessé n'était pas assuré aux termes de la loi fédérale au moment où l'accident est survenu, n'est pas touchée.
- (d) La législation allemande relative aux prestations médicales et professionnelles et aux prestations supplémentaires en vue de la réadaptation servies par une institution d'assurance-pension n'est pas touchée.
- (e) L'article 5 ne s'applique pas à une personne qui réside au Canada en ce qui a trait à une pension aux termes de la législation allemande qui régit l'invalidité professionnelle, l'invalidité générale ou la réduction de la capacité de travail rémunéré en tant que mineur, si l'invalidité professionnelle, l'invalidité générale ou la réduction de la capacité de travail rémunéré en tant que mineur n'est pas causée uniquement par l'état de santé de ladite personne.
- (f) Relativement à la législation du Canada, l'article 5 s'applique également aux personnes spécifiées à l'alinéa (e) de l'article 3.

5. Relativement aux articles 6, 7 et 8 de l'Accord:

Les articles 6, 7 et 8 sont applicables, le cas échéant, aux personnes qui, n'étant pas travailleurs salariés, sont cependant assujetties à la législation visée à l'article 2 (1) (a).

- | | | |
|--|--|--|
| <p>6. Zu Artikel 7 des Abkommens:</p> <p>Artikel 7 findet auch dann Anwendung, wenn der Arbeitnehmer schon vor Inkrafttreten des Abkommens in den anderen Vertragsstaat entsandt wurde. In diesem Fall beginnt die Frist von sechzig Kalendermonaten erst mit dem Tag des Inkrafttretens.</p> | <p>6. With reference to Article 7 of the Agreement:</p> <p>Article 7 shall also apply if the employee was sent to the other Contracting State before the entry into force of the Agreement. In that case, the period of sixty calendar months shall run from the date of the entry into force.</p> | <p>6. Relativement à l'article 7 de l'Accord:</p> <p>L'article 7 est également applicable lorsque le travailleur a été envoyé dans l'autre État contractant avant l'entrée en vigueur de l'Accord. Dans ce cas, la période de soixante mois civils est comptée à partir de la date de l'entrée en vigueur.</p> |
| <p>7. Zu Artikel 9 des Abkommens:</p> <p>a) Für einen deutschen Staatsangehörigen, der von der Regierung oder einem anderen öffentlichen Arbeitgeber der Bundesrepublik Deutschland im Hoheitsgebiet von Kanada beschäftigt wird, gelten für die Dauer der Beschäftigung die deutschen Rechtsvorschriften, als wäre er im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt, sofern nicht nach Artikel 9 die kanadischen Rechtsvorschriften anzuwenden sind.</p> <p>b) Die in Absatz 2 festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag.</p> <p>c) Artikel 9 des Abkommens sowie die vorgenannten Buchstaben a und b gelten entsprechend für Personen, die als private Hausangestellte von einem Mitglied oder Bediensteten einer deutschen amtlichen Vertretung in Kanada beschäftigt werden.</p> | <p>7. With reference to Article 9 of the Agreement:</p> <p>(a) When a German national is employed in the territory of Canada by the government or other public employer of the Federal Republic of Germany, the German legislation shall apply for the duration of the employment as though it were employment in the territory of the Federal Republic of Germany, unless the legislation of Canada is applicable as described in Article 9.</p> <p>(b) For persons already employed on the date of the entry into force of the Agreement, the time period mentioned in Article 9(2) shall begin on that date.</p> <p>(c) Article 9 of the Agreement and subparagraphs (a) and (b) above shall apply correspondingly to a person who is employed as a private servant by a member or employee of an official German representation in Canada.</p> | <p>7. Relativement à l'article 9 de l'Accord:</p> <p>(a) Lorsqu'un ressortissant allemand est occupé sur le territoire du Canada au service du gouvernement ou d'un autre employeur du secteur public de la République fédérale d'Allemagne, la législation allemande est applicable pour la durée de cet emploi, tout comme si c'était un emploi sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, sauf si, selon l'article 9, la législation du Canada est applicable.</p> <p>(b) Pour ce qui est des personnes déjà en fonction à la date de l'entrée en vigueur de l'Accord, le délai prévu à l'article 9 (2) commence à cette date.</p> <p>(c) L'article 9 de l'Accord, ainsi que les alinéas (a) et (b) ci-dessus, sont également applicables à une personne qui est employée comme domestique privé d'un membre ou d'un employé d'une représentation officielle allemande au Canada.</p> |
| <p>8. Zu Artikel 10 des Abkommens:</p> <p>a) In bezug auf die Bundesrepublik Deutschland gilt die Person, die nicht in ihrem Hoheitsgebiet beschäftigt ist, als an dem Ort beschäftigt, an dem sie zuletzt vorher beschäftigt war. War sie vorher nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt, so gilt sie als an dem Ort beschäftigt, an dem die deutsche zuständige Behörde ihren Sitz hat.</p> <p>b) Überschreitet die Dauer der Beschäftigung im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats sechzig Kalendermonate, so kann nach Artikel 10 ein Antrag auf Verlängerung der Anwendung des Artikels 7 gestellt werden.</p> | <p>8. With reference to Article 10 of the Agreement:</p> <p>(a) As regards the Federal Republic of Germany, a person who is not employed in its territory shall be deemed to be employed at the place where he had his last previous employment. If he was not previously employed in the territory of the Federal Republic of Germany, he shall be deemed to be employed at the place where the competent German authority is domiciled.</p> <p>(b) Application may be made under Article 10 for a continuation of the application of the provisions of Article 7 if the employment in the other Contracting State exceeds sixty calendar months.</p> | <p>8. Relativement à l'article 10 de l'Accord:</p> <p>(a) Pour la République fédérale d'Allemagne, toute personne qui n'est pas occupée sur son territoire est réputée être occupée dans le lieu de son dernier emploi précédent. Si elle n'était pas précédemment occupée sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, elle est réputée être occupée dans le lieu où se trouve le siège de l'autorité compétente allemande.</p> <p>(b) La prolongation de l'application des dispositions de l'article 7 peut être demandée, selon les dispositions de l'article 10, lorsque la durée de l'emploi dans l'autre État contractant dépasse soixante mois civils.</p> |
| <p>9. Zu Artikel 12 des Abkommens:</p> <p>a) Artikel 12 gilt entsprechend für Leistungen, deren Erbringung nach den deutschen Rechtsvorschriften im Ermessen eines Trägers liegt.</p> | <p>9. With reference to Article 12 of the Agreement:</p> <p>(a) Article 12 shall apply, as appropriate, to benefits which are granted under German legislation at the discretion of an institution.</p> | <p>9. Relativement à l'article 12 de l'Accord:</p> <p>(a) L'article 12 s'applique, le cas échéant, aux prestations qui sont octroyées à la discrétion d'une institution aux termes de la législation allemande.</p> |

b) Für die Gewährung des Leistungszuschlags nach den deutschen Rechtsvorschriften über die knappschaftliche Rentenversicherung bleiben die nach den kanadischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten unberücksichtigt.

c) Einer für einen Leistungsanspruch auf Altersruhegeld vor Vollendung des 65. Lebensjahrs oder auf Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit nach den deutschen Rechtsvorschriften vorausgesetzten versicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit stehen Beitragszeiten in der Kanadischen Rentenversicherung gleich, die sich auf eine Beschäftigung oder Tätigkeit beziehen.

(b) As regards the granting of supplementary benefits under the German legislation governing Miners' Pension Insurance, periods of coverage completed under the legislation of Canada shall not be taken into account.

(c) Periods of contributions to the Canada Pension Plan in respect of employment or self-employment shall be equivalent to periods of employment or self-employment subject to mandatory coverage that are required under German legislation for a claim to a retirement pension before the age of 65 or to an occupational or a general disability pension.

(b) Pour l'octroi des prestations supplémentaires aux termes de la législation allemande régissant l'assurance-pension des travailleurs des mines, les périodes d'assurance accomplies aux termes de la législation du Canada ne sont pas prises en compte.

(c) Les périodes de cotisations au Régime de pensions du Canada, relativement à un emploi ou à un emploi autonome, sont équivalentes aux périodes d'emploi ou d'emploi autonome soumises à l'assurance obligatoire qui sont requises pour une demande de pension de retraite avant l'âge de 65 ans ou d'une pension d'invalidité générale ou professionnelle aux termes de la législation allemande.

10. Zu Artikel 13 des Abkommens:

a) Bei Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften, die die Berechnung der Rente, insbesondere die höhere Bewertung von Beitragszeiten bei Zurücklegung einer bestimmten Mindestzahl von Versicherungsjahren oder bei Ausübung einer versicherungspflichtigen Beschäftigung mit Sachbezügen von bestimmter Dauer, betreffen, sind kanadische Versicherungszeiten oder entsprechende Beschäftigungen in Kanada nicht zu berücksichtigen.

b) Bergbauliche Betriebe im Sinne des Buchstabens a sind Betriebe, in denen Mineralien oder ähnliche Stoffe bergmännisch oder Steine und Erden überwiegend unterirdisch gewonnen werden.

c) Tritt nach den deutschen Rechtsvorschriften eine Regelung über die Erbringung anteiliger Leistungen in Kraft, so sind vom Tag des Inkrafttretens an insoweit die Buchstaben d und e nicht mehr anzuwenden.

10. With reference to Article 13 of the Agreement:

(a) In applying German legislation governing the calculation of pensions, in particular the provisions concerning the higher assessment for periods of contribution in cases where a prescribed minimum number of years of coverage has been completed, or in cases where a person has been in employment subject to mandatory coverage for a prescribed period and has received remuneration in kind throughout that period, periods of coverage completed in Canada or similar employment in Canada shall not be taken into account.

(b) Mining enterprises within the meaning of subparagraph (a) of Article 13 are enterprises which mine minerals or similar substances or, predominantly in underground operations, stones and earths.

(c) Where under German legislation a provision on the payment of pro rata benefits enters into force, subparagraphs (d) and (e) of Article 13 shall no longer apply from the date of entry into force of such a provision.

10. Relativement à l'article 13 de l'Accord:

(a) Aux fins de l'application de la législation allemande régissant le calcul des pensions, notamment les dispositions relatives à l'évaluation supérieure pour les périodes de cotisations lorsqu'un nombre minimal prescrit d'années d'assurance est complété, ou lorsqu'une personne a occupé un emploi soumis à l'assurance obligatoire pendant une période prescrite et a reçu une rémunération en nature durant ladite période, les périodes d'assurance accomplies au Canada ou dans un emploi similaire au Canada ne sont pas prises en compte.

(b) Les entreprises minières au sens de l'alinéa (a) de l'article 13 sont des entreprises qui extraient des minéraux ou des substances semblables à la façon des mineurs ou, principalement dans des opérations souterraines, des pierres et de la terre.

(c) Lorsqu'aux termes de la législation allemande, une disposition ayant trait au versement de prestations proportionnelles entre en vigueur, les alinéas (d) et (e) de l'article 13 ne s'appliquent plus à compter de la date de l'entrée en vigueur d'une telle disposition.

11. Zu Artikel 16 des Abkommens:

Die Barauslagen nach Absatz 1 Satz 2 umfassen nicht geringfügige Kosten wie Portokosten oder laufende Personal- und Verwaltungskosten.

11. With reference to Article 16 of the Agreement:

The cash expenditures referred to in the second sentence of Article 16 (1) shall not include minor expenses such as postage or regular personnel and operating costs.

11. Relativement à l'article 16 de l'Accord:

Les dépenses en espèces mentionnées à la deuxième phrase de l'article 16 (1) n'incluent pas les dépenses mineures telles que les frais postaux ou le coût du personnel et les frais administratifs réguliers.

12. Zu Artikel 24 Absatz 4 des Abkommens:

Sind in bezug auf die deutschen Rechtsvorschriften aufgrund des

12. With reference to Article 24 (4) of the Agreement:

If, in relation to German legislation, a subsidy for health insurance premiums

12. Relativement à l'article 24 (4) de l'Accord:

Si, relativement à la législation allemande, une subvention des cotisations

Außerkrafttretens des Abkommens vom 30. März 1971 die Voraussetzungen für einen bisher gezahlten Beitragszuschuß zu einer Krankenversicherung nicht mehr erfüllt, so erfolgt die Weiterzahlung nach den deutschen übergangsrechtlichen Vorschriften, die für die Fälle gelten, in denen die Voraussetzungen für den Beitragszuschuß vom 1. Januar 1983 an nicht mehr erfüllt sind.

has previously been paid but, because of the termination of the Convention of March 30, 1971, the requirements for payment of such a subsidy are no longer fulfilled, the subsidy shall continue to be paid in accordance with German transitional legislation governing cases where eligibility for the subsidy ceased to exist on January 1, 1983.

d'assurance-santé a déjà été payée mais si, suite à la cessation de la Convention du 30 mars 1971, les conditions pour le versement d'une telle subvention ne sont plus remplies, la subvention continuera à être versée conformément à la législation transitoire allemande régissant les cas où l'admissibilité à la subvention a cessé le 1^{er} janvier 1983.

13. Bei der Anwendung des Abkommens werden deutsche Rechtsvorschriften, soweit sie für Personen, die wegen ihrer politischen Haltung oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung geschädigt worden sind, günstigere Regelungen enthalten, nicht berührt.

13. In the implementation of the Agreement, German legislation, to the extent that it contains more favourable provisions for persons who have suffered because of their political attitude, or for reasons of their race, religion, or ideology, shall not be affected.

13. Aux fins de l'application de l'Accord, la législation allemande n'est pas touchée dans la mesure où elle comporte des dispositions plus avantageuses pour les personnes qui ont souffert à cause de leur opinion politique ou pour des raisons raciales, religieuses ou idéologiques.

14. „Kanada“ im Sinne des Titels, der Präambel und der Unterzeichnungsformel des Abkommens und dieses Schlußprotokolls bedeutet Ihre Majestät die Königin im Namen Kanadas, vertreten durch den Minister für Gesundheitswesen und Volkswohlfahrt.

14. For purposes of the Title, Preamble and Signatory Clause of the Agreement and this Final Protocol, "Canada" means Her Majesty the Queen in right of Canada, represented by the Minister of National Health and Welfare.

14. Aux fins du titre, du préambule et de la clause de signature de l'Accord ainsi que du présent Protocole final, le terme «Canada» désigne sa Majesté la Reine du chef du Canada, représentée par le Ministre de la Santé nationale et du Bien-être social.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

In witness whereof, the undersigned, being duly authorized thereto by their respective governments, have signed this Agreement and affixed thereto their seals.

En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs gouvernements respectifs, ont signé le présent Accord et y ont apposé leurs sceaux.

Geschehen zu Bonn am 14. November 1985 in zwei Urschriften, jede in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Done at Bonn on November 14, 1985, in two copies in the English, French and German languages, each text being equally authentic.

Fait à Bonn, le 14 novembre 1985, en deux exemplaires, en anglais, en français et en allemand, chaque texte faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Pour la République fédérale d'Allemagne
Jürgen Ruhfus
Norbert Blüm

Für Kanada
For Canada
Pour le Canada
Jake Epp

Vereinbarung
zur Durchführung des Abkommens
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada
über Soziale Sicherheit

Arrangement
for the Implementation of the Agreement on Social Security
between Canada and the Federal Republic of Germany

Arrangement
pour l'application de l'Accord sur la sécurité sociale
entre le Canada et la République fédérale d'Allemagne

Die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung von Kanada –

The Government of Canada
and
the Government of the Federal Republic of
Germany,

Le Gouvernement du Canada
et
le Gouvernement de la République fédérale
d'Allemagne,

im Einklang mit Artikel 21 Absatz 1 des
Abkommens vom 14. November 1985 zwi-
schen der Bundesrepublik Deutschland und
Kanada über Soziale Sicherheit, im folgen-
den als „Abkommen“ bezeichnet –

Pursuant to Article 21 (1) of the Agree-
ment on Social Security of November 14,
1985, between Canada and the Federal
Republic of Germany, hereinafter referred
to as "the Agreement",

Conformément à l'article 21 (1) de l'Ac-
cord sur la sécurité sociale du 14 novembre
1985 entre le Canada et la République fé-
dérale d'Allemagne, désigné ci-après
comme «l'Accord»,

haben folgendes vereinbart:

Have agreed as follows:

Sont convenus des dispositions sui-
vantes:

Artikel 1

In den folgenden Bestimmungen werden
die Ausdrücke des Abkommens in der dort
festgelegten Bedeutung verwendet.

Article 1

Where terms which appear in the Agree-
ment are used in the following provisions,
they will have the same meaning as they
have in the Agreement.

Article 1

Quand les termes utilisés dans l'Accord
sont utilisés dans les dispositions suivantes,
ils auront le sens qui leur est attribué par
l'Accord.

Artikel 2

(1) Verbindungsstellen nach Artikel 21
Absatz 2 des Abkommens sind

- a) in bezug auf die Bundesrepublik
Deutschland
- i) für die Rentenversicherung der
Arbeiter
die Landesversicherungsanstalt
Freie und Hansestadt Hamburg,
Hamburg,
 - ii) für die Rentenversicherung der
Angestellten
die Bundesversicherungsanstalt für
Angestellte, Berlin,
 - iii) für die knappschaftliche Rentenver-
sicherung
die Bundesknappschaft, Bochum,

Article 2

(1) The following are designated as
liaison agencies pursuant to Article 21 (2) of
the Agreement:

- (a) as regards the Federal Republic of
Germany:
- (i) for the Wage Earners' Pension
Insurance, the Landesver-
sicherungsanstalt Freie und Han-
sestadt Hamburg, Hamburg;
 - (ii) for the Salaried Employees' Pen-
sion Insurance, the Bundesver-
sicherungsanstalt für Angestellte,
Berlin;
 - (iii) for the Miners' Pension Insurance,
the Bundesknappschaft, Bochum;

Article 2

(1) Sont désignés comme organismes de
liaison au sens de l'article 21 (2) de l'Ac-
cord:

- (a) en ce qui concerne la République fédé-
rale d'Allemagne:
- (i) pour l'assurance-pension des ou-
vriers, la Landesversicherungsan-
stalt Freie und Hansestadt Ham-
burg, Hamburg;
 - (ii) pour l'assurance-pension des em-
ployés salariés, la Bundesversi-
cherungsanstalt für Angestellte,
Berlin;
 - (iii) pour l'assurance-pension des tra-
vailleurs des mines, la Bundes-
knappschaft, Bochum;

- | | | |
|---|---|---|
| <p>iv) für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung
die Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken,</p> <p>v) soweit die deutschen gesetzlichen Krankenkassen an der Durchführung des Abkommens und dieser Vereinbarung beteiligt sind,
der Bundesverband der Ortskrankenkassen, Bonn;</p> <p>b) in bezug auf Kanada
die International Operations Division,
Income Security Programs Branch,
Department of National Health and Welfare.</p> <p>(2) Soweit die deutschen Rechtsvorschriften es nicht bereits vorschreiben, ist innerhalb der Rentenversicherung der Arbeiter die für diese eingerichtete Verbindungsstelle für die Feststellung und das Erbringen der Leistungen mit Ausnahme der medizinischen, berufsfördernden und ergänzenden Leistungen zur Rehabilitation zuständig, wenn</p> <p>a) Versicherungszeiten nach den deutschen und kanadischen Rechtsvorschriften zurückgelegt oder anrechnungsfähig sind oder</p> <p>b) der Berechtigte sich in Kanada gewöhnlich aufhält oder</p> <p>c) der Berechtigte sich als kanadischer Staatsangehöriger gewöhnlich außerhalb der Hoheitsgebiete der beiden Vertragsstaaten aufhält.</p> <p>(3) Die Zuständigkeit der deutschen Sonderanstalten bleibt unberührt.</p> | <p>(iv) for the Steelworkers' Supplementary Insurance, the Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken;</p> <p>(v) to the extent that the German statutory sickness insurance agencies are involved in implementing the Agreement and this Arrangement, the Bundesverband der Ortskrankenkassen, Bonn;</p> <p>(b) as regards Canada:
International Operations Division,
Income Security Programs Branch,
Department of National Health and Welfare.</p> <p>(2) Where German legislation does not already make provision to this effect, the liaison agency designated for the Wage Earners' Pension Insurance system will be responsible, within the scope of that system, for the determination and award of benefits, with the exception of medical, occupational, and supplementary rehabilitation benefits, provided that:</p> <p>(a) periods of coverage have been completed or are creditable under both German and Canadian legislation; or</p> <p>(b) the person entitled to a benefit resides in Canada; or</p> <p>(c) the person entitled to a benefit is a Canadian national and resides outside the territories of both Contracting States.</p> <p>(3) The jurisdiction of the German special institutions (Sonderanstalten) will remain unaffected.</p> | <p>(iv) pour l'assurance-pension supplémentaire des travailleurs de la sidérurgie, la Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken;</p> <p>(v) dans la mesure où les caisses de maladie statutaires allemandes sont concernées dans l'application de l'Accord et du présent Arrangement, le Bundesverband der Ortskrankenkassen, Bonn;</p> <p>(b) en ce qui concerne le Canada:
la Division des Opérations internationales, Direction générale des programmes de la sécurité du revenu, ministère de la Santé nationale et du Bien-être social.</p> <p>(2) Lorsque la législation allemande ne le prévoit pas déjà, l'organisme de liaison désigné pour le système d'assurance-pension des ouvriers sera chargé, selon les modalités de ce système, de la détermination du droit et de l'octroi des prestations, sauf les prestations médicales et professionnelles et les prestations supplémentaires en vue de la réadaptation, à condition que:</p> <p>(a) des périodes d'assurance aient été accomplies ou soient admissibles aux termes des législations allemande et canadienne; ou que</p> <p>(b) la personne admissible à une prestation réside au Canada; ou que</p> <p>(c) la personne admissible à une prestation soit un ressortissant canadien et réside hors des territoires des deux États contractants.</p> <p>(3) La compétence des institutions spéciales allemandes (Sonderanstalten) ne sera pas touchée.</p> |
|---|---|---|

Artikel 3

Den Verbindungsstellen nach Artikel 2 Absatz 1 und den Sonderanstalten nach Artikel 2 Absatz 3 obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über die Rechte und Pflichten nach dem Abkommen.

Article 3

The liaison agencies within the meaning of Article 2 (1) and the special institutions within the meaning of Article 2 (3) will, within their respective areas of jurisdiction, be responsible for generally informing the persons concerned about their rights and obligations under the Agreement.

Article 3

Les organismes de liaison au sens de l'article 2 (1) et les institutions spéciales au sens de l'article 2 (3) seront chargés, dans le cadre de leur compétence respective, d'informer d'une manière générale les personnes concernées de leurs droits et obligations aux termes de l'Accord.

Artikel 4

Die Verbindungsstellen nach Artikel 2 Absatz 1 und die Sonderanstalten nach Artikel 2 Absatz 3 schließen unter Beteiligung der zuständigen Behörden eine Verwaltungsvereinbarung (Operational Accord), in der die Verwaltungsmaßnahmen, die zur Durchführung des Abkommens notwendig und zweckmäßig sind, festgelegt werden.

Article 4

The liaison agencies within the meaning of Article 2 (1) and the special institutions within the meaning of Article 2 (3), with the participation of the competent authorities, will conclude an Operational Accord (Verwaltungsvereinbarung) setting out the administrative measures required and expedient for implementing the Agreement.

Article 4

Les organismes de liaison au sens de l'article 2 (1) et les institutions spéciales au sens de l'article 2 (3), avec la participation des autorités compétentes, conclueront un Accord opérationnel (Verwaltungsvereinbarung) établissant les mesures administratives requises et utiles pour la mise en œuvre de l'Accord.

Artikel 5

Die in Artikel 16 Absatz 1 des Abkommens genannten Stellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit, soweit möglich, einander die Mitteilungen zu machen und die Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die

Article 5

The agencies referred to in Article 16 (1) of the Agreement will, within their respective areas of jurisdiction and to the extent possible, communicate to each other such information and transmit such documentation as

Article 5

Les organismes visés à l'article 16 (1) de l'Accord, dans le cadre de leur compétence respective et dans la mesure du possible, se communiqueront mutuellement tous renseignements et se transmettront tous docu-

zur Erhaltung der Rechte und Pflichten dienen, die sich für die Beteiligten aus den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften und dem Abkommen ergeben. Solche Mitteilungen und Unterlagen, die eine Person betreffen, sind dieser auf Antrag ebenfalls zu übermitteln.

may be required to maintain the rights and obligations of the persons concerned under the legislation specified in Article 2 (1) of the Agreement and under the Agreement. Such information or documentation regarding a person will also be transmitted to that person at his request.

ments, le cas échéant, afin de maintenir les droits et les obligations des personnes concernées aux termes de la législation spécifiée à l'article 2 (1) de l'Accord et aux termes de l'Accord. Ces renseignements ou documents relatifs à une personne seront également transmis à cette personne sur demande de cette dernière.

Artikel 6

(1) In den Fällen der Artikel 7, 9 Absatz 2 und 10 des Abkommens erteilt der zuständige Träger des Vertragsstaats, dessen Rechtsvorschriften anzuwenden sind, in bezug auf die in Betracht kommende Beschäftigung auf Antrag eine Bescheinigung, die eine bestimmte Gültigkeitsdauer haben kann, darüber, daß der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber diesen Rechtsvorschriften unterstehen.

(2) Sind die deutschen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt der Träger der Krankenversicherung, an den die Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden, andernfalls die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, diese Bescheinigung aus.

(3) Sind die kanadischen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt die Accounting and Collections Division, Department of National Revenue, Taxation, die Bescheinigung aus.

Article 6

(1) In the circumstances described in Articles 7, 9 (2) and 10 of the Agreement, the competent institution of the Contracting State whose legislation is applicable will, on request, issue a certificate which may be of fixed duration, certifying, in respect of the employment in question, that the employee and his employer are subject to that legislation.

(2) When the German legislation is applicable, the certificate will be issued by the health insurance institution (Träger der Krankenversicherung) to which the pension contributions are paid, and by the Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, in any other case.

(3) When the legislation of Canada is applicable, the certificate will be issued by the Accounting and Collections Division, Department of National Revenue, Taxation.

Article 6

(1) Dans les cas prévus aux articles 7, 9 (2) et 10 de l'Accord, l'institution compétente de l'État contractant dont la législation est applicable, émettra, sur demande, un certificat, qui peut être d'une durée déterminée, attestant, en ce qui concerne l'emploi en question, que le travailleur et son employeur sont assujettis à cette législation.

(2) Lorsqu'il s'agit de l'application de la législation allemande, le certificat sera émis par l'institution d'assurance-maladie (Träger der Krankenversicherung) à laquelle sont versées les cotisations relatives aux pensions ou, dans tout autre cas, par la Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin.

(3) Lorsqu'il s'agit de l'application de la législation du Canada, le certificat sera émis par la Division de la comptabilité et des recouvrements du ministère du Revenu national, Impôt.

Artikel 7

Geldleistungen werden an Empfänger im anderen Vertragsstaat ohne Einschaltung einer Verbindungsstelle dieses Vertragsstaats ausgezahlt.

Article 7

Cash benefits payable to beneficiaries in the other Contracting State will be paid without recourse to a liaison agency in that Contracting State.

Article 7

Les prestations en espèces versées aux bénéficiaires dans l'autre État contractant seront versées sans recours à l'organisme de liaison de cet État contractant.

Artikel 8

Die Verbindungsstellen nach Artikel 2 Absatz 1 und die Sonderanstalten nach Artikel 2 Absatz 3 erstellen für jedes Kalenderjahr Statistiken über die in den anderen Vertragsstaat vorgenommenen Zahlungen. Die Angaben sollen sich nach Möglichkeit auf Zahl und Gesamtbetrag der nach Rentenarten gegliederten Renten und Abfindungen erstrecken. Die Statistiken werden ausgetauscht.

Article 8

The liaison agencies within the meaning of Article 2 (1) and the special institutions within the meaning of Article 2 (3) will compile statistics on the payments made in the other Contracting State for each calendar year. Where possible, these statistics will show the number and total amount of pensions and lump-sum settlements, by type of pension. These statistics will be exchanged.

Article 8

Les organismes de liaison au sens de l'article 2 (1) et les institutions spéciales au sens de l'article 2 (3) compileront des statistiques relatives aux versements effectués vers l'autre État contractant, pour chaque année civile. Si possible, ces statistiques indiqueront le nombre de pensions, le montant global des prestations versées et des règlements forfaitaires selon la nature des prestations. Lesdites statistiques seront échangées.

Artikel 9

Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung von Kanada innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Article 9

This Arrangement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of Canada within three months of the date of entry into force of this Arrangement.

Article 9

Le présent Arrangement s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement du Canada dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Arrangement.

Artikel 10

Diese Vereinbarung tritt in Kraft, sobald beide Regierungen einander mitgeteilt

Article 10

This Arrangement will take effect as soon as both Governments have informed each

Article 10

Le présent Arrangement prendra effet dès que les deux Gouvernements auront

haben, daß die nach innerstaatlichem Recht für ihr Inkrafttreten erforderlichen Voraussetzungen vorliegen. Sie ist von dem Tag des Inkrafttretens des Abkommens an anzuwenden und gilt für dieselbe Dauer.

other that the steps necessary under their national statutes to enable the Arrangement to take effect have been taken. It will be effective from the date of the entry into force of the Agreement and will have the same period of duration.

notifié l'un à l'autre qu'ils ont pris les mesures nécessaires aux termes de leurs lois respectives permettant la prise d'effet du présent Arrangement. Il prendra effet le jour de l'entrée en vigueur de l'Accord et demeurera effectif pendant la même période.

Geschehen zu Bonn am 14. November 1985 in zwei Urschriften, jede in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Done at Bonn on November 14, 1985, in two copies in the English, French and German languages, each text being equally authentic.

Fait à Bonn, le 14 novembre 1985, en deux exemplaires, en anglais, en français et en allemand, chaque texte faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

Jürgen Ruhfus
Norbert Blüm

Für die Regierung von Kanada
For the Government of Canada
Pour le Gouvernement du Canada
Jake Epp

Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit

Entente
en matière de sécurité sociale
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le Gouvernement du Québec

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 und
 die Regierung von Quebec –

in dem Wunsch, ihre Rechtsvorschriften im Bereich der sozialen Sicherheit zu koordinieren –

haben folgendes vereinbart:

Teil I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

(1) In dieser Vereinbarung bedeuten die Ausdrücke

- a) „Hoheitsgebiet“
in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
den räumlichen Geltungsbereich der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland,
in bezug auf Quebec
das Hoheitsgebiet von Quebec;
- b) „Staatsangehöriger“
in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
in bezug auf Quebec
einen kanadischen Staatsangehörigen, der sich gewöhnlich in Quebec aufhält;
- c) „Rechtsvorschriften“
in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
die Gesetze, Verordnungen und sonstigen allgemein rechtsetzenden Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der sozialen Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beziehen,
in bezug auf Quebec
das Gesetz und die Verordnungen, die sich auf das in Artikel 2 Absatz 1 bezeichnete System der sozialen Sicherheit von Quebec beziehen;
- d) „zuständige Behörde“
in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,
in bezug auf Quebec
den Minister, dem die Anwendung der Rechtsvorschriften von Quebec obliegt;
- e) „Träger“
in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
die Einrichtung oder die Behörde, der die Anwendung der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland obliegt,
in bezug auf Quebec
das Ministerium oder die Einrichtung, denen die Anwendung der Rechtsvorschriften von Quebec obliegt;

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
 et
 Le Gouvernement du Québec,

Désireux d'assurer la coordination de leurs législations en matière de sécurité sociale,

Sont convenus des dispositions suivantes:

Titre premier
Dispositions générales

Article 1^{er}

1. Dans la présente Entente, les expressions suivantes signifient:

- (a) «territoire»: relativement au Québec, le territoire du Québec; relativement à la République fédérale d'Allemagne, le champ d'application territorial de la législation de la République fédérale d'Allemagne;
- (b) «ressortissant»: relativement au Québec, un citoyen canadien qui réside au Québec; relativement à la République fédérale d'Allemagne, un Allemand au sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne;
- (c) «législation»: relativement au Québec, les lois et règlements concernant le régime de sécurité sociale du Québec visé dans le paragraphe 1 de l'article 2; relativement à la République fédérale d'Allemagne, les lois, règlements et autres actes législatifs concernant les régimes de sécurité sociale de la République fédérale d'Allemagne visés dans le paragraphe 1 de l'article 2;
- (d) «autorité compétente»: relativement au Québec, le ministre chargé de l'application de la législation du Québec; relativement à la République fédérale d'Allemagne, le ministre fédéral du Travail et des Affaires sociales;
- (e) «institution»: relativement au Québec, le ministère ou l'organisme chargé de l'application de la législation du Québec; relativement à la République fédérale d'Allemagne, l'organisme ou l'autorité chargé de l'application de la législation de la République fédérale d'Allemagne;

- f) „zuständiger Träger“
in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
den Träger, dem im Einzelfall die Anwendung der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland obliegt,
in bezug auf Quebec
das Ministerium oder die Einrichtung, denen die Anwendung der Rechtsvorschriften von Quebec obliegt;
- g) „Versicherungszeit“
in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
eine Beitragszeit, die nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland als Versicherungszeit bestimmt oder anerkannt ist, sowie jede Zeit, soweit sie nach diesen Rechtsvorschriften als einer Versicherungszeit gleichwertig anerkannt ist,
in bezug auf Quebec
jedes Jahr, für das nach den Rechtsvorschriften von Quebec Beiträge entrichtet worden sind oder eine Invalidenrente gezahlt worden ist, oder jedes sonstige als gleichwertig anerkannte Jahr;
- h) „Geldleistungen“
eine Rente oder andere Geldleistung einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen.

(2) Ausdrücke, deren Bedeutung in Absatz 1 nicht bestimmt ist, haben die Bedeutung, die sie nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften haben.

Artikel 2

(1) Soweit nichts anderes bestimmt ist, bezieht sich diese Vereinbarung
in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland auf

- i) die Rentenversicherung der Arbeiter,
 - ii) die Rentenversicherung der Angestellten,
 - iii) die knappschaftliche Rentenversicherung,
 - iv) die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,
 - v) die Altershilfe für Landwirte;
- in bezug auf Quebec
auf die Rentenversicherung von Quebec (Régime de rentes).

(2) Diese Vereinbarung gilt auch für Gesetze, Verordnungen und sonstige allgemein rechtsetzende Akte, soweit sie die Rechtsvorschriften der Vertragsparteien ändern, ergänzen oder ersetzen.

(3) Soweit nichts anderes bestimmt ist, umfassen die Rechtsvorschriften im Sinne dieser Vereinbarung nicht die Bestimmungen, die sich für eine der Vertragsparteien aus Übereinkünften mit einem dritten Staat oder aus überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen.

Artikel 3

Soweit nichts anderes bestimmt ist, gilt diese Vereinbarung für

- a) Staatsangehörige einer Vertragspartei,
- b) kanadische Staatsangehörige, die sich in Quebec nicht gewöhnlich aufhalten, die aber den Rechtsvorschriften von Quebec unterliegen oder unterlegen haben,
- c) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu dem genannten Abkommen,
- d) Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen,

- (f) «institution compétente»: relativement au Québec, le ministère ou l'organisme chargé de l'application de la législation du Québec; relativement à la République fédérale d'Allemagne, l'institution chargée dans chaque cas particulier de l'application de la législation de la République fédérale d'Allemagne;

- (g) «période d'assurance»: relativement au Québec, toute année à l'égard de laquelle des cotisations ont été payées ou une rente d'invalidité a été versée en vertu de la législation du Québec, ou toute autre année considérée comme équivalente; relativement à la République fédérale d'Allemagne, toute période de cotisation déterminée ou reconnue comme une période d'assurance en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne ainsi que toute période dans la mesure où elle est considérée comme équivalente à une période d'assurance en vertu de cette législation;

- (h) «prestation en espèces»: une pension ou une autre prestation en espèces, y compris tout supplément, complément ou majoration.

2. Tout terme non défini au paragraphe 1 a le sens qui lui est donné dans la législation applicable.

Article 2

1. Sauf disposition contraire, la présente Entente s'applique:

relativement au Québec, au Régime de rentes du Québec;
relativement à la République fédérale d'Allemagne:

- i) au Régime de pensions des ouvriers (Rentenversicherung der Arbeiter);
- ii) au Régime de pensions des employés (Rentenversicherung der Angestellten);
- iii) au Régime de pensions des mineurs (Knappschaftliche Rentenversicherung);
- iv) au Régime supplémentaire de pensions des travailleurs de la sidérurgie (Hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung);
- v) au Régime de pensions de vieillesse des agriculteurs (Altershilfe für Landwirte).

2. La présente Entente s'applique également à toute loi, règlement et autre acte législatif dans la mesure où ils modifient, complètent ou remplacent la législation des Parties contractantes.

3. Sauf disposition contraire, la législation au sens de la présente Entente ne comprend pas les dispositions résultant pour une des Parties contractantes des accords conclus avec un État tiers ou d'une législation supranationale ni les dispositions adoptées pour en assurer l'application.

Article 3

Sauf disposition contraire, la présente Entente s'applique:

- (a) aux ressortissants de chaque Partie contractante;
- (b) à tout citoyen canadien qui ne réside pas au Québec mais qui est ou a été soumis à la législation du Québec;
- (c) à toute personne réfugiée telle que définie à l'article 1^{er} de la Convention relative au statut des réfugiés du 28 juillet 1951 et du Protocole du 31 janvier 1967 à cette Convention;
- (d) à toute personne apatride telle que définie à l'article 1^{er} de la Convention relative au statut des personnes apatrides du 28 septembre 1954;

- e) andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einer unter den Buchstaben a bis d genannten Person ableiten,
- f) Staatsangehörige eines anderen Staates als dem einer Vertragspartei, soweit sie nicht zu den unter Buchstabe e genannten Personen gehören.

Artikel 4

(1) Soweit diese Vereinbarung nichts anderes bestimmt, stehen die in Artikel 3 Buchstaben a bis e bezeichneten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der einen oder der anderen Vertragspartei aufhalten, bei Anwendung der Rechtsvorschriften einer Vertragspartei deren Staatsangehörigen gleich.

(2) Leistungen nach den Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei werden den Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei, die sich außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsparteien aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort aufhaltenden Staatsangehörigen der ersten Vertragspartei.

Artikel 5

Soweit diese Vereinbarung nichts anderes bestimmt, gelten die Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei, nach denen Ansprüche auf Geldleistungen oder die Zahlung von Geldleistungen vom Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei abhängen, nicht für die in Artikel 3 Buchstaben a bis e genannten Personen, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhalten.

Artikel 6

Vorbehaltlich der Artikel 7 bis 10 unterliegt eine Person allein den Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sie erwerbstätig ist.

Artikel 7

(1) Wird ein Arbeitnehmer, der im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei beschäftigt ist, im Rahmen dieses Beschäftigungsverhältnisses von seinem Arbeitgeber in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei entsandt, um dort eine Arbeit für diesen Arbeitgeber auszuführen, so unterliegt er in bezug auf diese Beschäftigung während der ersten sechzig Kalendermonate der Beschäftigung im Hoheitsgebiet der zweiten Vertragspartei weiterhin allein den Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht der ersten Vertragspartei, als wäre er noch in deren Hoheitsgebiet beschäftigt. Überschreitet die Dauer dieser Arbeit sechzig Monate, so gelten die Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht der ersten Vertragspartei weiter, soweit der zuständige Träger von Quebec und die zuständige Behörde der Bundesrepublik Deutschland oder die von ihr bezeichnete Stelle auf Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers zustimmen.

(2) Eine selbständig erwerbstätige Person, die sich im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei gewöhnlich aufhält und in den Hoheitsgebieten beider Vertragsparteien erwerbstätig ist, unterliegt in bezug auf diese Erwerbstätigkeit allein den Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht der ersten Vertragspartei.

(3) Hält sich eine selbständig erwerbstätige Person gewöhnlich im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei auf und ist sie allein im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei erwerbstätig, so gelten die Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht beider Vertragsparteien.

Artikel 8

Würde eine Person, die Mitglied der Besatzung eines Seeschiffs ist, ohne diesen Artikel den Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien unterliegen, so unterliegt sie in bezug auf diese Beschäftigung allein den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik

(e) à toute autre personne en ce qui concerne les droits acquis du chef d'une personne visée aux alinéas précédents du présent article;

(f) aux ressortissants d'un autre État que celui d'une Partie contractante dans la mesure où ils ne font pas partie des personnes visées à l'alinéa (e).

Article 4

1. Sauf disposition contraire de la présente Entente, les personnes visées dans les alinéas (a) à (e) de l'article 3 qui résident sur le territoire de l'une ou l'autre des Parties contractantes reçoivent, dans l'application de la législation d'une Partie contractante, le même traitement que les ressortissants de cette Partie contractante.

2. Les ressortissants d'une Partie contractante qui résident ou séjournent hors du territoire des deux Parties contractantes reçoivent les prestations prévues par la législation de l'autre Partie contractante dans les mêmes conditions que celles qu'elles appliquent à ses ressortissants résidant ou séjournant hors du territoire des deux Parties contractantes.

Article 5

Sauf disposition contraire de la présente Entente, la législation de l'une des Parties contractantes qui subordonne les droits aux prestations en espèces ou le versement des prestations en espèces à la condition que la personne intéressée réside ou séjourne sur le territoire de cette Partie contractante n'est pas applicable aux personnes visées dans les alinéas (a) à (e) de l'article 3, résidant ou séjournant sur le territoire de l'autre Partie contractante.

Article 6

Sous réserve des articles 7, 8, 9 et 10, une personne n'est soumise qu'à la législation sur l'assurance obligatoire de la Partie contractante sur le territoire de laquelle elle travaille.

Article 7

1. Lorsqu'une personne salariée employée sur le territoire de l'une des Parties contractantes est détachée, dans le cadre de cet emploi, par son employeur sur le territoire de l'autre Partie contractante afin d'y effectuer un travail pour cet employeur, elle demeure, en ce qui a trait à cet emploi, soumise à la seule législation sur l'assurance obligatoire de la première Partie contractante pendant les soixante premiers mois civils de son emploi sur le territoire de la deuxième Partie contractante comme si elle était encore employée sur le territoire de la première Partie contractante. Si la durée du travail à effectuer se prolonge au-delà de soixante mois, la législation sur l'assurance obligatoire de la première Partie contractante demeure applicable dans la mesure où l'institution compétente du Québec et l'autorité compétente de la République fédérale d'Allemagne ou l'organisme désigné par cette dernière donnent leur accord, sur demande de la personne salariée et de son employeur.

2. Lorsqu'une personne qui exécute un travail pour son propre compte réside sur le territoire d'une Partie contractante et travaille sur le territoire des deux Parties contractantes, elle n'est soumise, en ce qui a trait à ce travail, qu'à la législation sur l'assurance obligatoire de la première Partie contractante.

3. Lorsqu'une personne qui travaille pour son propre compte réside sur le territoire d'une Partie contractante et travaille uniquement sur le territoire de l'autre Partie contractante, la législation sur l'assurance obligatoire de chaque Partie contractante s'applique.

Article 8

Lorsque, n'eût été le présent article, une personne, membre de l'équipage d'un navire, aurait été soumise aux législations des deux Parties contractantes, cette personne n'est soumise, en ce qui a trait à cet emploi, qu'à la législation allemande, si le navire

Deutschland, wenn das Schiff berechtigt ist, die Flagge der Bundesrepublik Deutschland zu führen; in allen anderen Fällen unterliegt die Person den Rechtsvorschriften von Quebec.

Artikel 9

(1) Wird eine Person, die Staatsangehöriger einer Vertragspartei ist, von dieser oder einem anderen öffentlichen Arbeitgeber im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei beschäftigt, so unterliegt sie vorbehaltlich des Absatzes 2 in Bezug auf diese Beschäftigung allein den Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht der ersten Vertragspartei.

(2) Hat eine in Absatz 1 genannte Person sich vor Beginn der Beschäftigung für eine Vertragspartei oder einen anderen öffentlichen Arbeitgeber dieser Vertragspartei gewöhnlich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufgehalten, so unterliegt sie deren Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht. Sie kann innerhalb von sechs Monaten nach Beginn dieser Beschäftigung die Anwendung der Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht der ersten Vertragspartei wählen. Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären. Die gewählten Rechtsvorschriften gelten vom Tag der Erklärung an.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für eine Person, die von einer in Absatz 1 genannten Person beschäftigt wird.

Artikel 10

Auf Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers oder auf Antrag der selbständig erwerbstätigen Person können der zuständige Träger von Quebec und die zuständige Behörde der Bundesrepublik Deutschland oder die von ihr bezeichnete Stelle im gegenseitigen Einvernehmen von den Artikeln 6 bis 9 abweichen unter der Voraussetzung, daß die betreffende Person den Rechtsvorschriften einer der Vertragsparteien unterstellt bleibt oder unterstellt wird. Hierbei sind die Art und die Umstände der Beschäftigung zu berücksichtigen.

Teil II

Bestimmungen über Leistungen

Artikel 11

Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien Versicherungszeiten zurückgelegt, die für den Erwerb eines Leistungsanspruchs anrechnungsfähig sind, und besteht für sie aufgrund der nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei zurückgelegten anrechnungsfähigen Versicherungszeiten allein kein Leistungsanspruch, so rechnet der zuständige Träger dieser Vertragspartei die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien anrechnungsfähigen Versicherungszeiten zusammen, soweit dies für den Erwerb des Leistungsanspruchs nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften erforderlich ist und die Versicherungszeiten sich nicht überschneiden.

Artikel 12

(1) Dieser Artikel gilt für die nach den Rechtsvorschriften von Quebec zu erbringenden Leistungen.

(2) Im Fall der Zusammenrechnung nach Artikel 11 verfährt der zuständige Träger von Quebec wie folgt:

- a) Jedes Kalenderjahr mit mindestens drei nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland anrechnungsfähigen Versicherungsmonaten wird als ein Beitragsjahr anerkannt;
- b) die nach Buchstabe a anerkannten Versicherungsjahre werden mit den nach den Rechtsvorschriften von Quebec zurückgelegten Versicherungszeiten zusammengerechnet.

(3) Wird der Leistungsanspruch aufgrund des Absatzes 2 erworben, so stellt der zuständige Träger von Quebec die Höhe der Leistung wie folgt fest:

Article 9

1. Toute personne, ressortissante d'une des Parties contractantes et qui est employée par celle-ci ou par un autre employeur du secteur public sur le territoire de l'autre Partie contractante, est soumise, sous réserve des dispositions du paragraphe 2, à la seule législation sur l'assurance obligatoire de la première Partie contractante en ce qui a trait à cet emploi.

2. Une personne visée dans le paragraphe précédent qui, avant le début de son emploi pour une Partie contractante ou pour un autre employeur du secteur public de cette Partie contractante, résidait sur le territoire de l'autre Partie contractante est soumise à la législation sur l'assurance obligatoire de la dernière Partie contractante. Elle peut opter, dans un délai de six mois à compter du début de cet emploi, pour l'application de la législation sur l'assurance obligatoire de la première Partie contractante. L'option doit être notifiée à l'employeur. La législation choisie s'applique alors à partir de la date de la notification.

3. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 s'appliquent par analogie à une personne employée par une personne visée au paragraphe 1.

Article 10

Sur demande de la personne salariée et de son employeur ou sur demande de la personne qui travaille pour son propre compte, l'institution compétente du Québec et l'autorité compétente de la République fédérale d'Allemagne ou l'organisme désigné par cette dernière peuvent, d'un commun accord, déroger aux dispositions des articles 6, 7, 8 et 9, pourvu que la personne concernée demeure ou devienne soumise à la législation d'une des Parties contractantes. Dans ce cas, il sera tenu compte de la nature et des conditions de l'emploi.

Titre II

Dispositions relatives aux prestations

Article 11

Lorsqu'une personne a accompli, en vertu de la législation de l'une et de l'autre des Parties contractantes, des périodes d'assurance admissibles aux fins de l'ouverture du droit à une prestation et qu'elle n'est pas admissible à une prestation en vertu des seules périodes d'assurance admissibles accomplies en vertu de la législation d'une Partie contractante, l'institution compétente de cette Partie totalise, dans la mesure nécessaire pour ouvrir le droit à une prestation en vertu de la législation qu'elle applique, les périodes d'assurance admissibles en vertu de la législation de chacune des Parties contractantes, pour autant qu'elles ne se superposent pas.

Article 12

1. Le présent article s'applique aux prestations payables en vertu de la législation du Québec.

2. Lorsque la totalisation prévue à l'article 11 s'applique, l'institution compétente du Québec procède de la façon suivante:

- (a) toute année civile comprenant au moins trois mois de période d'assurance admissible en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne est reconnue comme une année de cotisation;
- (b) les années reconnues en vertu de l'alinéa précédent sont totalisées avec les périodes d'assurance accomplies en vertu de la législation du Québec.

3. Lorsque le droit à la prestation est acquis en vertu du paragraphe 2, l'institution compétente du Québec détermine le montant de la prestation comme suit:

- a) Die Höhe des einkommensbezogenen Teils der Leistung wird nach den Rechtsvorschriften von Quebec berechnet;
- b) die Höhe des festen Teils der Leistung wird im Verhältnis der Zeit, für die Beiträge nach den Rechtsvorschriften von Quebec entrichtet worden sind, zur beitragsfähigen Zeit (période cotisable), wie sie in diesen Rechtsvorschriften bestimmt ist, festgestellt.

(4) Nach dieser Vereinbarung hat eine Person Anspruch auf eine Leistung nur, wenn ihre beitragsfähige Zeit, wie sie in den Rechtsvorschriften von Quebec bestimmt ist, wenigstens der Mindestwartezeit entspricht, die für den Erwerb eines Leistungsanspruchs nach diesen Rechtsvorschriften erforderlich ist.

Artikel 13

Für die Bundesrepublik Deutschland gilt folgendes:

- a) Sind die Voraussetzungen für den Rentenanspruch nur unter Berücksichtigung des Artikels 11 erfüllt, so werden die hierin bezeichneten Versicherungszeiten dem Versicherungszweig zugeordnet, dessen Träger unter ausschließlicher Anwendung der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland für die Feststellung der Leistung zuständig ist. Ist danach der Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung zuständiger Träger, so werden die nach den Rechtsvorschriften von Quebec zurückgelegten Versicherungszeiten in der knappschaftlichen Rentenversicherung nur dann berücksichtigt, wenn sie in einem bergbaulichen Betrieb unter Tage zurückgelegt sind.
- b) Für die Zusammenrechnung nach Artikel 11 wird eine Zeit des gewöhnlichen Aufenthalts in Quebec, die nach dem Volksrentengesetz, das für das Hoheitsgebiet von Quebec gilt, anerkannt wird, vom zuständigen Träger der Bundesrepublik Deutschland als eine anrechnungsfähige Versicherungszeit berücksichtigt.
- c) Für den Erwerb eines Leistungsanspruchs nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland bei Anwendung des Artikels 11
 - i) gilt ein Monat, der am oder vor dem 31. Dezember 1965 endet und nach dem Volksrentengesetz, das für das Hoheitsgebiet von Quebec gilt, als ein Monat des gewöhnlichen Aufenthalts anerkannt wird, als ein Beitragsmonat nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland;
 - ii) gilt eine Versicherungszeit, die nach den Rechtsvorschriften von Quebec zurückgelegt worden ist, als zwölf Beitragsmonate nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland;
 - iii) gilt ein Monat, der am oder nach dem 1. Januar 1966 beginnt und der nach dem Volksrentengesetz, das für das Hoheitsgebiet von Quebec gilt, als ein Monat des gewöhnlichen Aufenthalts anerkannt wird und für den kein Beitrag zur Rentenversicherung von Quebec entrichtet wurde, als Beitragsmonat nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland.
- d) Bei der Berechnung der Rente werden für die Rentenbemessungsgrundlage nur die nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland zu berücksichtigenden Versicherungszeiten herangezogen.
- e) Sind die Voraussetzungen für den Rentenanspruch nur unter Berücksichtigung des Artikels 11 erfüllt, so wird bei der Berechnung der Rente der auf eine Zurechnungszeit entfallende Leistungsteil zur Hälfte erbracht.
- f) Sind die Voraussetzungen für den Anspruch auf Waisenrente nur unter Berücksichtigung des Artikels 11 erfüllt, so wird der Erhöhungsbetrag zur Hälfte gezahlt.
- g) Für den Wegfall der Knappschaftsausgleichsleistung für einen Bergmann, der die bergmännische Beschäftigung aufgegeben

- (a) le montant de la partie de la prestation reliée aux gains est calculé selon les dispositions de la législation du Québec;
- (b) le montant de la partie uniforme de la prestation est établi en proportion de la période à l'égard de laquelle des cotisations ont été payées en vertu de la législation du Québec par rapport à la période cotisable telle que définie dans cette législation.

4. Le droit d'une personne à une prestation en vertu de la présente Entente ne peut être acquis que si sa période cotisable, telle que définie dans la législation du Québec, est au moins égale à la période minimale de cotisation qui ouvre le droit à une prestation en vertu de cette législation.

Article 13

Pour la République fédérale d'Allemagne s'applique ce qui suit:

- (a) Lorsque les conditions d'ouverture du droit à la pension ne sont remplies qu'en application des dispositions de l'article 11, les périodes d'assurance qui y sont mentionnées sont assignées au régime d'assurance dont l'institution est responsable de déterminer la prestation en vertu de la seule législation de la République fédérale d'Allemagne. Si, dans ce cas, l'institution du régime de pensions des mineurs est l'institution compétente, les périodes d'assurance accomplies en vertu de la législation du Québec ne sont prises en considération par le régime de pensions des mineurs que si elles ont été complétées au service d'une entreprise minière dans des opérations souterraines.
- (b) Pour les fins de la totalisation prévue par l'article 11, une période de résidence au Québec, qui est reconnue selon la Loi sur la sécurité de la vieillesse qui s'applique sur le territoire du Québec, est considérée par l'institution compétente de la République fédérale d'Allemagne comme une période d'assurance admissible.
- (c) Aux fins de l'ouverture du droit à une prestation en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne, en application de l'article 11:
 - i) un mois qui se termine le ou avant le 31 décembre 1965 et qui est reconnu, selon la Loi sur la sécurité de la vieillesse qui s'applique sur le territoire du Québec, en tant qu'un mois de résidence est considéré comme un mois de cotisation en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne;
 - ii) une période d'assurance accomplie en vertu de la législation du Québec est considérée comme douze mois de cotisation en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne;
 - iii) un mois qui commence le ou après le 1^{er} janvier 1966 et qui est reconnu, selon la Loi sur la sécurité de la vieillesse qui s'applique sur le territoire du Québec, en tant qu'un mois de résidence et pour lequel aucune cotisation n'a été versée au Régime de rentes du Québec est considéré comme un mois de cotisation en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne.
- (d) Dans le calcul de la pension, seules les périodes d'assurance à prendre en considération en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne sont utilisées pour la base de calcul.
- (e) Lorsque les conditions d'ouverture du droit à la pension ne sont remplies qu'en application des dispositions de l'article 11, dans le calcul de la pension, la fraction de pension due au titre des périodes complémentaires (Zurechnungszeit) est versée à moitié.
- (f) Lorsque les conditions d'ouverture du droit à la pension d'orphelin ne sont remplies qu'en application des dispositions de l'article 11, le montant supplémentaire (Erhöhungsbetrag) est versé à moitié.
- (g) Aux fins de la cessation de la prestation d'indemnité (Knappschaftsausgleichsleistung) versée à un travailleur des

hat, steht ein knappschaftlicher Betrieb in Quebec einem deutschen knappschaftlichen Betrieb gleich.

- h) Hängt für einen selbständig erwerbstätigen Handwerker die Versicherungspflicht davon ab, ob eine Mindestzahl von Beiträgen entrichtet ist, so werden dafür auch die nach den Rechtsvorschriften von Quebec zurückgelegten Versicherungszeiten berücksichtigt.

Teil III

Verschiedene Bestimmungen

Artikel 14

(1) Die beiden Vertragsparteien oder die von ihnen bestimmten Behörden schließen eine Vereinbarung, die die Art und Weise der Durchführung dieser Vereinbarung einschließlich der Verwaltungsverfahren festlegt (Durchführungsvereinbarung).

(2) Die Verbindungsstellen der beiden Vertragsparteien werden in dieser Durchführungsvereinbarung bezeichnet.

Artikel 15

(1) Die Behörden, die Träger und die Verbände von Trägern der Vertragsparteien leisten einander bei Durchführung dieser Vereinbarung und der Rechtsvorschriften der Vertragsparteien gegenseitig Hilfe entsprechend den Rechtsvorschriften, die sie anwenden. Die Hilfe mit Ausnahme der Barauslagen ist kostenlos.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien übermitteln einander alle Angaben über die Änderungen ihrer Rechtsvorschriften, sofern diese Änderungen die Durchführung dieser Vereinbarung berühren.

Artikel 16

(1) Für die Weitergabe von personenbezogenen Daten bei Anwendung dieser Vereinbarung gilt das Datenschutzrecht der Vertragspartei, deren Stelle die Daten weitergibt. Sofern nicht die Offenlegung nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei erforderlich ist, sind diese Daten vertraulich und nur zur Durchführung dieser Vereinbarung und der Rechtsvorschriften, auf die sie sich bezieht, zu verwenden.

(2) Das Recht einer Person auf Einsichtnahme in Akten, die sie betreffende Daten enthalten, richtet sich nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, bei der sich die Akten befinden.

(3) Im Sinne der Absätze 1 und 2 bezeichnet das Wort „Daten“ alle Angaben, die sich auf eine bestimmte natürliche oder juristische Person beziehen oder anhand deren die Identität einer solchen Person feststellbar ist.

Artikel 17

Geldleistungen werden von einem Träger der einen Vertragspartei an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gewöhnlich aufhält, ohne Einschaltung der Verbindungsstelle dieser Vertragspartei in der Währung der einen oder der anderen Vertragspartei ohne Abzug von Verwaltungs- oder sonstigen Kosten wirksam erbracht. Werden sie in der Währung der anderen Vertragspartei erbracht, so ist der am Tag der Übermittlung durch die Bank gültige Umrechnungskurs maßgebend.

Artikel 18

(1) Ist nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei die Ausstellung von Bescheinigungen oder Urkunden, die nach diesen Rechtsvorschriften vorzulegen sind, völlig oder teilweise von Verwaltungskosten befreit, so gilt diese Befreiung auch für Bescheinigungen oder Urkunden, die nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei vorzulegen sind.

mines qui a laissé son emploi comme mineur, une entreprise minière du Québec est équivalente à une entreprise minière allemande.

- (h) Lorsque l'assurance obligatoire d'un artisan travaillant pour son propre compte dépend d'un nombre minimal de cotisations, les périodes d'assurance accomplies en vertu de la législation du Québec sont également considérées.

Titre III

Dispositions diverses

Article 14

1. Les deux Parties contractantes ou les autorités qu'elles désignent concluent un Arrangement qui fixe les modalités d'application (Arrangement) de la présente Entente, y compris les procédures administratives.

2. Les organismes de liaison des deux Parties contractantes sont désignés dans cet Arrangement.

Article 15

1. Conformément à la législation qu'elles appliquent, les autorités, les institutions et les associations d'institutions des Parties contractantes se fournissent mutuellement assistance aux fins de l'application de la présente Entente et de la législation des Parties contractantes. Cette assistance est fournie gratuitement sauf si elle implique des montants déboursés en espèces.

2. Les autorités compétentes des Parties contractantes se transmettent tout renseignement sur les modifications apportées à leur législation respective pour autant que de telles modifications affectent l'application de la présente Entente.

Article 16

1. La transmission de toute information au sujet d'une personne effectuée en application de la présente Entente est régie par la loi relative à la protection de l'information de la Partie contractante dont l'organisme transmet l'information. A moins que la divulgation ne soit requise en vertu de la législation d'une Partie contractante, cette information est confidentielle et exclusivement utilisée en vue de l'application de la présente Entente et de la législation à laquelle elle s'applique.

2. Le droit d'une personne de prendre connaissance des dossiers comportant des informations à son sujet est soumis à la législation de la Partie contractante où se trouve le dossier.

3. Aux fins des paragraphes précédents, le mot «information» désigne tout renseignement concernant spécifiquement une personne physique ou morale ou tout renseignement à partir duquel l'identité d'une telle personne peut être établie.

Article 17

Toute prestation en espèces est payable valablement par l'institution d'une Partie contractante, sans l'intermédiaire de l'organisme de liaison de l'autre Partie contractante, à toute personne résidant sur le territoire de cette dernière, sans déduction pour frais d'administration ou autres frais, dans la monnaie de l'une ou de l'autre Partie contractante. Si le versement est effectué dans la monnaie de l'autre Partie contractante, le taux de change utilisé est celui en vigueur le jour où le transfert bancaire est effectué.

Article 18

1. Toute exemption ou réduction de frais administratifs prévue par la législation d'une Partie contractante relativement à la délivrance d'un certificat ou document à produire en application de cette législation est étendue aux certificats et documents à produire, en application de la législation de l'autre Partie contractante.

(2) Urkunden oder Schriftstücke, die bei Anwendung der Rechtsvorschriften der beiden Vertragsparteien vorzulegen sind, bedürfen keiner Legalisation durch die diplomatischen oder konsularischen Behörden oder anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Artikel 19

(1) Ein nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei gestellter Leistungsantrag gilt als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei. Soweit die Vereinbarung nichts anderes bestimmt, gilt der Tag des Eingangs des Antrags bei einer hierfür zugelassenen Stelle der ersten Vertragspartei als Tag des Eingangs beim zuständigen Träger der anderen Vertragspartei. Der Antragsteller kann jedoch verlangen, daß die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei erworbenen Ansprüche aufgeschoben wird.

(2) Ist ein Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei bei einer Stelle der anderen Vertragspartei gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als zum selben Zeitpunkt bei dem zuständigen Träger der ersten Vertragspartei gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

(3) Die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe sind von der Stelle der einen Vertragspartei, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die zuständige Stelle der anderen Vertragspartei weiterzuleiten.

Artikel 20

(1) Die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei vorgesehenen ärztlichen Untersuchungen werden, soweit wie möglich, auf Antrag des zuständigen Trägers im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vom Träger des Ortes des vorübergehenden oder gewöhnlichen Aufenthalts des Antragstellers durchgeführt. Der Träger, der die ärztlichen Untersuchungen verlangt, erstattet dem Träger, der sie durchführt, die Kosten dieser Untersuchungen wie auch die hiermit verbundenen angemessenen Kosten der Unterbringung und Verpflegung sowie die angemessenen Fahrtkosten. Der ersuchende Träger erstattet der untersuchten Person die sonstigen Kosten gemäß den Rechtsvorschriften, die er anwendet.

(2) Die Anerkennung der nach Absatz 1 durchgeführten ärztlichen Untersuchungen darf nicht versagt werden, nur weil sie im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei durchgeführt worden sind.

Artikel 21

Die in Artikel 15 Absatz 1 genannten Stellen können bei Durchführung der Rechtsvorschriften der Vertragsparteien und dieser Vereinbarung in der Amtssprache jeder Vertragspartei unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern verkehren. Entscheidungen eines Gerichts oder eines Trägers einer Vertragspartei können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gewöhnlich oder vorübergehend aufhält, unmittelbar zugestellt werden.

Artikel 22

(1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieser Vereinbarung sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht unterbreitet.

2. Tout acte ou document à produire en application des législations des deux Parties contractantes est dispensé du visa de légalisation par les autorités diplomatiques ou consulaires ou de toute autre formalité similaire.

Article 19

1. Une demande de prestation présentée après l'entrée en vigueur de la présente Entente en vertu de la législation d'une Partie contractante est présumée être une demande de prestation analogue présentée en vertu de la législation de l'autre Partie contractante. Sauf disposition contraire de la présente Entente, la date à laquelle une demande a été reçue par l'organisme autorisé de la première Partie contractante est présumée être la date de réception de la demande par l'institution compétente de l'autre Partie contractante. Toutefois, le requérant peut exiger que la détermination des droits acquis en vertu de la législation de l'autre Partie contractante soit différée.

2. Si une demande de prestation payable en vertu de la législation d'une Partie contractante a été présentée à un organisme de l'autre Partie contractante qui, en vertu de la législation de cette dernière Partie contractante, est autorisé à recevoir une demande pour une prestation similaire, cette demande est réputée avoir été présentée à la même date à l'institution compétente de la première Partie contractante. La présente disposition s'applique, par analogie, à d'autres demandes, avis ou recours.

3. Les demandes, avis ou recours reçus par un organisme d'une Partie contractante sont transmis par cet organisme sans tarder à l'organisme compétent de l'autre Partie contractante.

Article 20

1. Les expertises médicales prévues par la législation d'une Partie contractante sont, dans la mesure du possible, effectuées, à la demande de l'institution compétente, sur le territoire de l'autre Partie contractante, par l'institution du lieu de séjour ou de résidence de la personne requérante. L'institution qui demande les expertises médicales rembourse à l'institution qui les effectue les frais de ces expertises de même que les frais raisonnables de séjour et de transport y afférents. L'institution requérante rembourse à la personne soumise à une expertise les autres frais, conformément à la législation qu'elle applique.

2. Les expertises médicales effectuées dans les conditions prévues au paragraphe 1 ne peuvent être invalidées du seul fait qu'elles ont été produites sur le territoire de l'autre Partie contractante.

Article 21

Aux fins de l'application de la législation des Parties contractantes et de la présente Entente, les organismes visés dans le paragraphe 1 de l'article 15 peuvent communiquer directement entre eux ainsi qu'avec les personnes concernées ou leurs représentants dans la langue officielle de chaque Partie contractante. Une décision d'un tribunal ou d'une institution d'une Partie contractante peut être communiquée directement à une personne résidant ou séjournant sur le territoire de l'autre Partie contractante.

Article 22

1. Les différends entre les deux Parties contractantes au sujet de l'interprétation ou de l'application de la présente Entente doivent, autant que possible, être réglés par les autorités compétentes.

2. Si un différend ne peut être réglé de cette façon, il est soumis, à la demande d'une Partie contractante, à un tribunal d'arbitrage.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen beider Vertragsparteien bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten, bestellt, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident Staatsangehöriger einer Vertragspartei oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch der Vizepräsident Staatsangehöriger einer Vertragspartei oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht Staatsangehöriger einer Vertragspartei ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund der zwischen den Parteien bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend.

(6) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Teil IV

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 23

(1) Diese Vereinbarung begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor ihrem Inkrafttreten.

(2) Bei Anwendung dieser Vereinbarung werden auch die vor ihrem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsparteien gegebenen erheblichen Tatsachen berücksichtigt.

(3) Die Bestimmungen dieser Vereinbarung sind ohne Rücksicht auf die Rechtskraft von Entscheidungen anzuwenden, die vor dem Inkrafttreten der Vereinbarung getroffen worden sind. Alle Leistungen, die abgelehnt oder zum Ruhen gebracht worden sind, werden auf Antrag der betreffenden Person unter Berücksichtigung der Vereinbarung neu festgestellt.

(4) Eine vor dem Tag des Inkrafttretens dieser Vereinbarung erbrachte Leistung wird auf Antrag der betreffenden Person neu festgestellt. Sie kann auch von Amts wegen neu festgestellt werden. Ergäbe die Neufeststellung keine oder eine niedrigere Geldleistung, als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten der Vereinbarung gezahlt worden ist, so ist sie ungeachtet des Absatzes 3 in der Höhe des bisherigen Zahlungsbetrags weiterzuzahlen.

(5) Der in Artikel 7 genannte Zeitraum von sechzig Monaten beginnt für eine Person, die bei Inkrafttreten dieser Vereinbarung bereits entsandt ist, mit diesem Zeitpunkt.

(6) Für eine in Artikel 9 Absatz 2 bezeichnete Person, die bei Inkrafttreten dieser Vereinbarung bereits beschäftigt ist, beginnt die Frist von sechs Monaten mit diesem Zeitpunkt.

Artikel 24

Das Schlußprotokoll ist Bestandteil dieser Vereinbarung.

Artikel 25

Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der

3. Le tribunal d'arbitrage est constitué ad hoc; chaque Partie contractante nomme un membre et les deux membres se mettent d'accord pour choisir comme président le ressortissant d'un État tiers qui est nommé par les gouvernements des deux Parties contractantes. Les membres sont nommés dans un délai de deux mois, le président dans un délai de trois mois après que l'une des Parties contractantes a fait savoir à l'autre qu'elle désire soumettre le différend au tribunal d'arbitrage.

4. Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas respectés et à défaut d'un autre arrangement, chaque Partie contractante peut prier le Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Si le Président est ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est empêché pour une autre raison, il appartient au vice-président de procéder aux nominations. Si le vice-président est, lui aussi, ressortissant de l'une des Parties contractantes, ou s'il est également empêché, c'est au membre de la Cour suivant immédiatement dans la hiérarchie et qui n'est pas ressortissant de l'une des Parties contractantes qu'il appartient de procéder aux nominations.

5. Le tribunal d'arbitrage prend ses décisions sur la base des traités existant entre les États et du droit international général, à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires.

6. Chaque Partie contractante prend à sa charge les frais occasionnés par l'activité de son propre membre, ainsi que les frais de sa représentation dans la procédure devant le tribunal d'arbitrage; les frais du président ainsi que les autres frais sont assumés, à parts égales, par les deux Parties contractantes. Le tribunal d'arbitrage peut fixer d'autres modalités de prise en charge des dépenses. Pour le reste, le tribunal d'arbitrage règle lui-même sa procédure.

Partie IV

Dispositions transitoires et finales

Article 23

1. La présente Entente n'ouvre aucun droit au paiement d'une prestation pour une période antérieure à la date de son entrée en vigueur.

2. Pour la mise en application de la présente Entente, il est tenu compte des faits pertinents survenus aux termes de la législation des Parties contractantes avant l'entrée en vigueur de la présente Entente.

3. La validité légale des décisions prises avant l'entrée en vigueur de la présente Entente ne s'oppose pas à l'application des dispositions de la présente Entente. Toute prestation qui a été refusée ou suspendue est, à la demande de la personne intéressée, révisée en tenant compte de la présente Entente.

4. Une prestation accordée avant la date de l'entrée en vigueur de la présente Entente est révisée, à la demande de la personne intéressée. Elle peut également être révisée d'office. Nonobstant les dispositions du paragraphe 3, si cette révision conduit à aucune prestation ou à une prestation moindre que celle versée en dernier lieu pour toute période précédant l'entrée en vigueur de la présente Entente, la prestation est maintenue au montant de la prestation antérieurement versée.

5. La période de soixante mois prévue à l'article 7 débute à compter de la date de l'entrée en vigueur de la présente Entente pour une personne qui est déjà détachée à cette date.

6. Pour une personne visée dans le paragraphe 2 de l'article 9 qui est déjà en fonction, à la date de l'entrée en vigueur de la présente Entente, le délai de six mois commence à cette date.

Article 24

Le Protocole final fait partie de la présente Entente.

Article 25

La présente Entente s'applique également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la Répu-

Regierung von Quebec innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

blique fédérale d'Allemagne au Gouvernement du Québec dans les trois mois qui suivent l'entrée en vigueur de la présente Entente.

Artikel 26

Jede Vertragspartei notifiziert der anderen Vertragspartei, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieser Vereinbarung erfüllt sind. Die Vereinbarung tritt zu dem Zeitpunkt in Kraft, den die Vertragsparteien vereinbart haben.

Article 26

Chacune des Parties contractantes notifie à l'autre l'accomplissement des procédures internes requises pour l'entrée en vigueur de la présente Entente. La présente Entente entre en vigueur à la date convenue entre les Parties contractantes.

Artikel 27

(1) Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Sie kann von einer Vertragspartei durch Notifikation an die andere Vertragspartei gekündigt werden. Die Vereinbarung tritt am 31. Dezember des auf die Notifikation folgenden Jahres außer Kraft.

(2) Tritt diese Vereinbarung infolge Kündigung außer Kraft, so gelten ihre Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter; zur Regelung der aufgrund der Vereinbarung erworbenen Anwartschaften werden Verhandlungen geführt.

Article 27

1. La présente Entente est conclue pour une durée indéfinie. Elle peut être dénoncée par une des Parties contractantes par notification à l'autre Partie contractante. La présente Entente prend fin le 31 décembre de l'année qui suit la date de la notification.

2. En cas de dénonciation de la présente Entente, ses dispositions, en ce qui a trait aux droits acquis jusqu'à la date de cessation de la présente Entente, sont maintenues; des négociations sont entreprises afin de statuer sur les droits en cours d'acquisition en vertu de la présente Entente.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten diese Vereinbarung unterschrieben.

En foi de quoi, les personnes soussignées, dûment autorisées à cet effet par leur Gouvernement respectif, ont signé la présente Entente.

Geschehen zu Quebec am 14. Mai 1987 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Fait à Québec le 14 mai 1987, en deux exemplaires, en allemand et en français, chaque texte faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
W. Behrends

Für die Regierung von Quebec
Pour le Gouvernement du Québec
Michel Gratton

Schlußprotokoll
zur Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Quebec
über Soziale Sicherheit

Protocole final
à l'entente en matière de sécurité sociale
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le Gouvernement du Québec

Bei der Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit haben die Bevollmächtigten der beiden Vertragsparteien folgendes vereinbart:

Lors de la signature de l'Entente en matière de sécurité sociale entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement du Québec, les plénipotentiaires des deux Parties contractantes sont convenus des dispositions suivantes:

1. Zu Artikel 2 der Vereinbarung:

- a) Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und Altershilfe für Landwirte gilt Teil II der Vereinbarung nicht.
- b) Sind nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland außer den Voraussetzungen für die Anwendung der Vereinbarung auch die Voraussetzungen für die Anwendung einer anderen Übereinkunft oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so läßt der deutsche Träger bei Anwendung der Vereinbarung die andere Übereinkunft oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt.
- c) Ungeachtet des Artikels 2 Absatz 3 und des vorstehenden Buchstabens b berücksichtigen die deutschen Träger bei der Anwendung der Vereinbarung Versicherungszeiten, die in der Kanadischen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, in gleicher Weise wie Versicherungszeiten, die in der Rentenversicherung von Quebec zurückgelegt worden sind.
- d) Artikel 2 Absatz 3 und der vorstehende Buchstabe b finden keine Anwendung, soweit die Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus zwischenstaatlichen Verträgen oder überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen, Versicherungsregelungen enthalten.
- e) Die Vereinbarung gilt für Gesetze und Verordnungen von Quebec, die die bestehenden Rechtsvorschriften auf neue Gruppen von Leistungsempfängern ausdehnen, nur, wenn Quebec dem nicht binnen drei Monaten nach der amtlichen Veröffentlichung dieser Gesetze und Verordnungen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland widerspricht.

2. Zu Artikel 4 Absatz 2 und Artikel 9 der Vereinbarung:

Ein kanadischer Staatsangehöriger, der sich nicht gewöhnlich in Quebec aufhält, der aber den Rechtsvorschriften von Quebec unterliegt oder unterlegen hat, gilt als Staatsangehöriger von Quebec.

3. Zu den Artikeln 4 und 5 der Vereinbarung und zu Nummer 4 Buchstabe c:

Bei Anwendung der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland stehen die in Artikel 3 Buchstaben a bis e genannten Personen, die sich in Kanada außerhalb von Quebec gewöhnlich aufhalten, den Staatsangehörigen von Quebec gleich.

1. Relativement à l'article 2 de l'Entente:

- (a) Le titre II de l'Entente ne s'applique pas au régime supplémentaire de pensions des travailleurs de la sidérurgie ni au régime de pensions de vieillesse des agriculteurs de la République fédérale d'Allemagne.
- (b) Si, en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne, outre les conditions d'application de l'Entente sont également satisfaites les conditions d'application de toute autre convention ou d'un arrangement supranational, l'institution allemande ne tient pas compte de cette autre convention ou de cet arrangement supranational en appliquant l'Entente.
- (c) Malgré le paragraphe 3 de l'article 2 et l'alinéa (b) ci-dessus, pour les fins de l'application de l'Entente, les institutions allemandes considèrent les périodes d'assurance accomplies en vertu du Régime de pensions du Canada comme équivalentes à des périodes d'assurance accomplies en vertu du Régime de rentes du Québec.
- (d) Le paragraphe 3 de l'article 2 et l'alinéa (b) ci-dessus ne s'appliquent pas si la législation de sécurité sociale, découlant pour la République fédérale d'Allemagne de traités internationaux ou de lois supranationales ou servant à leur mise en application, contient des dispositions concernant la répartition de la charge d'assurance.
- (e) L'Entente ne s'applique aux actes législatifs et réglementaires du Québec qui étendent la législation existante à de nouvelles catégories de bénéficiaires que s'il n'y a pas, à cet égard, opposition du Québec, notifiée à la République fédérale d'Allemagne dans un délai de trois mois à compter de la publication officielle de ces actes.

2. Relativement au paragraphe 2 de l'article 4 ainsi qu'à l'article 9 de l'Entente:

Un citoyen canadien qui ne réside pas au Québec mais qui est ou a été soumis à la législation du Québec est présumé être un ressortissant du Québec.

3. Relativement à l'article 4 et à l'article 5 de l'Entente, ainsi qu'à l'alinéa (c) du paragraphe 4:

Dans l'application de la législation de la République fédérale d'Allemagne, les personnes visées dans les alinéas (a) à (e) de l'article 3 qui résident hors du Québec au Canada reçoivent le même traitement que les ressortissants du Québec.

4. Zu Artikel 4 der Vereinbarung:

- a) Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Verträgen bleiben unberührt.
- b) Die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und ihrer Verbände sowie in der Rechtsprechung der sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.
- c) Mit Ausnahme der deutschen Staatsangehörigen sind die in Artikel 3 Buchstaben a bis d genannten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet von Quebec aufhalten, zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung nur berechtigt, wenn sie zu dieser für mindestens sechzig Kalendermonate Beiträge wirksam entrichtet haben oder aufgrund übergangsrechtlicher Rechtsvorschriften, die vor dem 19. Oktober 1972 in Kraft waren, zur freiwilligen Versicherung berechtigt waren. Sie sind mit Ausnahme der unter Buchstabe d genannten Personen auch dann zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie spätestens am Tag vor dem Inkrafttreten der Vereinbarung einen freiwilligen Beitrag zur deutschen Rentenversicherung entrichtet haben.

5. Zu Artikel 5 der Vereinbarung:

- a) Die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland über Geldleistungen aus Versicherungszeiten, die nicht nach Bundesrecht zurückgelegt sind, werden nicht berührt.
- b) Die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland über das Erbringen von medizinischen, berufsfördernden und ergänzenden Leistungen zur Rehabilitation durch die Träger der Rentenversicherung werden nicht berührt.
- c) Für Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in Quebec gilt Artikel 5 in Bezug auf eine Rente nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland wegen Berufsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit oder verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit nicht, wenn die Berufsunfähigkeit, die Erwerbsunfähigkeit oder die verminderte bergmännische Berufsfähigkeit nicht ausschließlich auf dem Gesundheitszustand beruht.

6. Zu den Artikeln 6 bis 8 und 10 der Vereinbarung:

Die Artikel 6 bis 8 und 10 gelten entsprechend für Personen, die nicht Arbeitnehmer sind, auf die sich jedoch die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften beziehen.

7. Zu Artikel 10 der Vereinbarung:

In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland gilt eine Person, die nicht in ihrem Hoheitsgebiet beschäftigt ist, als an dem Ort beschäftigt, an dem sie zuletzt vorher beschäftigt war. War sie vorher nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt, so gilt sie als an dem Ort beschäftigt, an dem die deutsche zuständige Behörde ihren Sitz hat.

8. Zu Artikel 11 der Vereinbarung:

- a) Soweit nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei für den Erwerb eines Leistungsanspruchs erforderlich ist, daß innerhalb eines bestimmten Zeitraums vor Eintritt des Versicherungsfalls Versicherungszeiten zurückgelegt worden sind, berücksichtigt der zuständige Träger nur innerhalb dieses Zeitraums zurückgelegte anrech-

4. Relativement à l'article 4 de l'Entente:

- (a) Les dispositions concernant la répartition de la charge d'assurance qui pourraient être comprises dans les traités internationaux ne sont pas touchées.
- (b) La législation de la République fédérale d'Allemagne qui garantit la participation des assurés et des employeurs dans les organismes d'autogestion des institutions et de leurs associations de même que dans les décisions judiciaires en matière de sécurité sociale n'est pas touchée.
- (c) Les personnes visées dans les alinéas (a) à (d) de l'article 3 de l'Entente, à l'exception des ressortissants allemands, qui résident sur le territoire du Québec ne sont admissibles à l'assurance volontaire en vertu de l'assurance-pension allemande que si elles ont versé des cotisations valables à ce dernier régime pour au moins soixante mois civils, ou si elles étaient admissibles à l'assurance volontaire en vertu de la législation transitoire qui était en vigueur avant le 19 octobre 1972. Ces personnes, à l'exception de celles visées dans l'alinéa d), sont également admissibles à l'assurance volontaire des régimes allemands de pensions, si elles ont versé une cotisation volontaire à un régime allemand de pensions au plus tard le jour précédant l'entrée en vigueur de l'Entente.

5. Relativement à l'article 5 de l'Entente:

- (a) La législation de la République fédérale d'Allemagne relative aux prestations en espèces fondées sur des périodes d'assurance accomplies en vertu des lois autres que la loi fédérale n'est pas touchée.
- (b) La législation de la République fédérale d'Allemagne relative aux prestations de réadaptation médicale et professionnelle et aux prestations supplémentaires de réadaptation servies par les institutions des régimes de pensions n'est pas touchée.
- (c) L'article 5 ne s'applique pas à une personne qui réside au Québec en ce qui a trait à une pension en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne qui régit l'invalidité professionnelle, l'invalidité générale ou la réduction de la capacité de travail rémunéré en tant que mineur, si l'invalidité professionnelle, l'invalidité générale ou la réduction de la capacité de travail rémunéré en tant que mineur n'est pas causée uniquement par l'état de santé de cette personne.

6. Relativement aux articles 6, 7, 8 et 10 de l'Entente:

Les articles 6, 7, 8 et 10 sont applicables, par analogie, aux personnes qui, n'étant pas travailleurs salariés, sont cependant soumises à la législation visée dans le paragraphe 1 de l'article 2.

7. Relativement à l'article 10 de l'Entente:

Pour la République fédérale d'Allemagne, toute personne qui n'est pas occupée sur son territoire est réputée être occupée dans le lieu de son emploi précédent. Si elle n'était pas précédemment occupée sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, elle est réputée être occupée dans le lieu où se trouve le siège de l'autorité compétente allemande.

8. Relativement à l'article 11 de l'Entente:

- (a) Dans la mesure où il est exigé pour l'ouverture du droit à une prestation, selon la législation d'une Partie contractante, que des périodes d'assurance aient été accomplies à l'intérieur d'un certain intervalle de temps précédant l'événement ouvrant droit à la prestation, l'institution compétente ne tient compte que des périodes d'as-

nungsfähige Versicherungszeiten; er berücksichtigt auch anrechnungsfähige Versicherungszeiten, die allein nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zurückgelegt worden sind.

- b) Für den Erwerb eines Leistungsanspruchs nach den Rechtsvorschriften von Quebec berücksichtigt der zuständige Träger von Quebec auch Zeiten des Leistungsbezugs wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland als Versicherungszeit.
- c) Läßt sich eine nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei zurückgelegte anrechnungsfähige Versicherungszeit nicht genau einem Kalenderjahr zuordnen, so wird angenommen, daß sie sich nicht mit einer nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zurückgelegten anrechnungsfähigen Versicherungszeit überschneidet.
- d) Artikel 11 gilt entsprechend für Leistungen, deren Erbringung nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland im Ermessen eines Trägers liegt.
- e) Für die Erbringung des Leistungszuschlags nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland über die knappschaftliche Rentenversicherung bleiben die nach den Rechtsvorschriften von Quebec zurückgelegten Versicherungszeiten unberücksichtigt.
- f) Den für einen Leistungsanspruch auf Altersruhegeld vor Vollendung des 65. Lebensjahrs oder auf Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland vorausgesetzten Zeiten einer versicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit stehen Beitragszeiten in der Rentenversicherung von Quebec gleich, die sich auf eine Beschäftigung oder Tätigkeit beziehen.

9. Zu Artikel 13 der Vereinbarung:

- a) Bei Anwendung der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, die die Berechnung der Rente, insbesondere die höhere Bewertung von Beitragszeiten bei Zurücklegung einer bestimmten Mindestzahl von Versicherungsjahren oder bei Ausübung einer versicherungspflichtigen Beschäftigung mit Sachbezügen von bestimmter Dauer, betreffen, sind nach den Rechtsvorschriften von Quebec zurückgelegte Versicherungszeiten oder entsprechende Beschäftigungen in Quebec nicht zu berücksichtigen.
- b) Bergbauliche Betriebe im Sinne des Artikels 13 Buchstabe a sind Betriebe, in denen Mineralien oder ähnliche Stoffe bergmännisch oder Steine und Erden überwiegend unterirdisch gewonnen werden.
- c) Tritt nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland eine Regelung über die Erbringung anteiliger Leistungen in Kraft, so ist vom Tag des Inkrafttretens an insoweit Artikel 13 Buchstaben e und f nicht mehr anzuwenden.

10. Zu den Artikeln 15 und 20 der Vereinbarung:

Die Barauslagen nach Artikel 15 Absatz 1 und die Kosten nach Artikel 20 Absatz 1 umfassen weder geringfügige Kosten wie Portokosten noch laufende Personal- und Verwaltungskosten.

surance admissibles accomplies au cours de cet intervalle de temps; elle tient aussi compte des périodes d'assurance admissibles qui ont été accomplies seulement en vertu de la législation de l'autre Partie contractante.

- b) Pour l'ouverture du droit à une prestation en vertu de la législation du Québec, l'institution compétente du Québec considère comme une période d'assurance toute période au cours de laquelle une personne a reçu une prestation à la suite d'une réduction de sa capacité de travail en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne.
- c) Lorsqu'il est impossible de déterminer avec exactitude à quelle année civile correspond une période d'assurance admissible accomplie en vertu de la législation d'une Partie contractante, cette période est présumée ne pas se superposer à une période d'assurance admissible accomplie en vertu de la législation de l'autre Partie contractante.
- d) L'article 11 s'applique par analogie aux prestations qui sont octroyées à la discrétion d'une institution en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne.
- e) Pour l'octroi des prestations supplémentaires en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne régissant le régime de pensions des mineurs, les périodes d'assurance accomplies en vertu de la législation du Québec ne sont pas prises en compte.
- f) Les périodes de cotisation au Régime de rentes du Québec, relativement à un emploi ou à un travail autonome, sont équivalentes aux périodes d'emploi ou de travail autonome soumis à l'assurance obligatoire qui sont requises pour une demande de pension de retraite avant l'âge de 65 ans ou d'une pension d'invalidité professionnelle ou générale en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne.

9. Relativement à l'article 13 de l'Entente:

- a) Aux fins de l'application de la législation de la République fédérale d'Allemagne régissant le calcul des pensions, notamment les dispositions relatives à l'évaluation supérieure pour les périodes de cotisation lorsqu'un nombre minimal prescrit d'années d'assurance est complété, ou lorsqu'une personne a occupé un emploi soumis à l'assurance obligatoire pendant une période prescrite et a reçu une rémunération en nature durant cette période, les périodes d'assurance accomplies en vertu de la législation du Québec ou des emplois similaires exercés au Québec ne sont pas pris en compte.
- b) Les entreprises minières au sens de l'alinéa (a) de l'article 13 sont des entreprises qui exploitent des minéraux ou des substances semblables selon les règles des mineurs ou des pierres et de la terre principalement dans des opérations souterraines.
- c) Lorsqu'en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne une disposition ayant trait au versement de prestations proportionnelles entre en vigueur, les alinéas (e) et (f) de l'article 13 ne s'appliquent plus à compter de la date de l'entrée en vigueur d'une telle disposition.

10. Relativement à l'article 15 et à l'article 20 de l'Entente:

Les montants déboursés en espèces visés dans le paragraphe 1 de l'article 15 et les frais visés dans le paragraphe 1 de l'article 20 n'incluent pas les dépenses minimales telles que les frais postaux, ni le coût du personnel régulier ni les frais administratifs habituels.

11. Zu Artikel 19 der Vereinbarung:

Artikel 19 Absatz 1 Satz 3 gilt in bezug auf die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland nur, soweit diese zulassen, daß die Feststellung der nach diesen Rechtsvorschriften erworbenen Ansprüche aufgeschoben wird.

12. Zu Artikel 21 der Vereinbarung:

Die Zustellung von Entscheidungen deutscher Gerichte und Träger kann durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein bewirkt werden.

13. Sind in bezug auf die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland aufgrund des Außerkrafttretens des Abkommens vom 30. März 1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada die Voraussetzungen für einen bisher gezahlten Beitragszuschuß zu einer Krankenversicherung nicht mehr erfüllt, so erfolgt die Weiterzahlung nach den übergangsrechtlichen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland, die für die Fälle gelten, in denen die Voraussetzungen für den Beitragszuschuß vom 1. Januar 1983 an nicht mehr erfüllt sind.

14. Bei der Anwendung der Vereinbarung werden Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, soweit sie für Personen, die wegen ihrer politischen Haltung oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung geschädigt worden sind, günstigere Regelungen enthalten, nicht berührt.

Geschehen zu Quebec am 14. Mai 1987 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

11. Relativement à l'article 19 de l'Entente:

Relativement à la législation de la République fédérale d'Allemagne, la dernière phrase du paragraphe 1 de l'article 19 ne s'applique que dans la mesure où cette législation permet de différer la détermination des droits acquis en vertu de cette législation.

12. Relativement à l'article 21 de l'Entente:

Une décision d'un tribunal et d'une institution allemands peut être transmise par courrier recommandé avec accusé de réception.

13. Si, relativement à la législation de la République fédérale d'Allemagne, une allocation au titre de la cotisation à l'assurance-maladie est payée mais si, suite à la cessation de la Convention du 30 mars 1971 entre le Canada et la République fédérale d'Allemagne, les conditions pour le versement d'une telle allocation ne sont plus remplies, l'allocation continue à être versée conformément à la législation transitoire de la République fédérale d'Allemagne régissant les cas où l'admissibilité à l'allocation a cessé le 1^{er} janvier 1983.

14. Aux fins de l'application de l'Entente, la législation de la République fédérale d'Allemagne n'est pas touchée dans la mesure où elle comporte des dispositions plus avantageuses pour les personnes qui ont souffert à cause de leurs opinions politiques ou pour des raisons raciales, religieuses ou idéologiques.

Fait à Québec le 14 mai 1987, en deux exemplaires, en allemand et en français, chaque texte faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
W. Behrends

Für die Regierung von Quebec
Pour le Gouvernement du Québec
Michel Gratton

**Vereinbarung
zur Durchführung der Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Quebec
über Soziale Sicherheit
(Durchführungsvereinbarung)**

**Arrangement
d'application de l'Entente en matière de sécurité sociale
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le Gouvernement du Québec**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung von Quebec –

im Einklang mit Artikel 14 Absatz 1 der Vereinbarung vom 14. Mai 1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Quebec über Soziale Sicherheit, im folgenden als „Vereinbarung“ bezeichnet –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Ausdrücke, die in dieser Durchführungsvereinbarung verwendet werden, haben dieselbe Bedeutung wie in der Vereinbarung.

Artikel 2

(1) Verbindungsstellen nach Artikel 14 Absatz 2 der Vereinbarung sind

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

- i) für die Rentenversicherung der Arbeiter
die Landesversicherungsanstalt Freie und Hansestadt Hamburg, Hamburg,
- ii) für die Rentenversicherung der Angestellten
die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin,
- iii) für die knappschaftliche Rentenversicherung
die Bundesknappschaft, Bochum,
- iv) für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung
die Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken,
- v) soweit die Träger der deutschen Krankenversicherung an der Durchführung der Vereinbarung und dieser Durchführungsvereinbarung beteiligt sind,
der Bundesverband der Ortskrankenkassen, Bonn;

b) in bezug auf Quebec

das Sekretariat für die Durchführung der Vereinbarungen über Soziale Sicherheit (Secrétariat de l'administration des Ententes de sécurité sociale) oder jede andere von der zuständigen Behörde von Quebec möglicherweise später bezeichnete Stelle.

(2) Auch wenn die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland es nicht vorschreiben, ist bei der Anwendung der Vereinbarung innerhalb der Rentenversicherung der Arbeiter die Verbindungsstelle für die Feststellung und das Erbringen der

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et
Le Gouvernement du Québec,

Conformément au paragraphe 1 de l'article 14 de l'Entente en matière de sécurité sociale du 14 mai 1987 entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement du Québec, désignée ci-après comme l'«Entente»,

Sont convenus des dispositions suivantes:

Article 1^{er}

Les termes utilisés dans le présent Arrangement ont le même sens que dans l'Entente.

Article 2

1. Sont désignés comme organismes de liaison au sens du paragraphe 2 de l'article 14 de l'Entente:

(a) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:

- i) pour le régime de pensions des ouvriers, la Landesversicherungsanstalt Freie und Hansestadt Hamburg, Hamburg;
- ii) pour le régime de pensions des employés, la Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin;
- iii) pour le régime de pensions des mineurs, la Bundesknappschaft, Bochum;
- iv) pour le régime supplémentaire de pensions des travailleurs de la sidérurgie, la Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken;
- v) dans la mesure où les institutions de l'assurance maladie allemande sont concernées dans l'application de l'Entente et du présent Arrangement, le Bundesverband der Ortskrankenkassen, Bonn;

(b) en ce qui concerne le Québec:

le Secrétariat de l'administration des Ententes de sécurité sociale ou tout autre organisme que l'autorité compétente du Québec pourra subséquentement désigner.

2. Aux fins de l'application de l'Entente, en ce qui concerne le régime de pensions des ouvriers, même si la législation de la République fédérale d'Allemagne ne le prévoit pas, c'est l'organisme de liaison qui est responsable de la détermination du droit

Leistungen mit Ausnahme der medizinischen, berufsfördernden und ergänzenden Leistungen zur Rehabilitation zuständig, wenn

- a) Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland und nach den Rechtsvorschriften von Quebec zurückgelegt oder anrechnungsfähig sind oder
- b) eine Person sich in Quebec gewöhnlich aufhält oder
- c) eine Person als kanadischer Staatsangehöriger, der den Rechtsvorschriften von Quebec unterliegt oder unterlegen hat, sich gewöhnlich außerhalb der Hoheitsgebiete der beiden Vertragsparteien aufhält.

(3) Die Zuständigkeit der deutschen Sonderanstalten bleibt unberührt.

Artikel 3

Den Verbindungsstellen nach Artikel 2 Absatz 1 und den Sonderanstalten nach Artikel 2 Absatz 3 obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über die Rechte und Pflichten nach der Vereinbarung.

Artikel 4

Die Verbindungsstellen nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a und die Sonderanstalten nach Artikel 2 Absatz 3 auf seiten der Bundesrepublik Deutschland und die Verbindungsstelle und die zuständigen Träger auf seiten von Quebec schließen unter Beteiligung der zuständigen Behörden eine Verwaltungsvereinbarung (accord opérationnel), in der die Verwaltungsmaßnahmen, die zur Durchführung der Vereinbarung notwendig und zweckmäßig sind, festgelegt werden.

Artikel 5

Die in Artikel 15 Absatz 1 der Vereinbarung genannten Stellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit, soweit möglich, einander die Mitteilungen zu machen und die Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die zur Erhaltung der Rechte und zur Erfüllung der Pflichten erforderlich sind, die sich für die Beteiligten aus den in Artikel 2 Absatz 1 der Vereinbarung genannten Rechtsvorschriften und der Vereinbarung ergeben. Die Mitteilungen und Unterlagen, die eine Person betreffen, sind dieser auf Antrag zu übermitteln.

Artikel 6

(1) In den Fällen der Artikel 7, 9 Absätze 2 und 3 und des Artikels 10 der Vereinbarung erteilt die zuständige Stelle der Vertragspartei, deren Rechtsvorschriften anzuwenden sind, in bezug auf die in Betracht kommende Tätigkeit auf Antrag und nach Erhalt der diesbezüglichen Angaben eine Bescheinigung darüber, daß der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber oder die selbständig erwerbstätige Person diesen Rechtsvorschriften unterstehen.

(2) Sind die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden, so stellt der Träger der Krankenversicherung, an den die Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden, andernfalls die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, diese Bescheinigung aus.

(3) Sind die Rechtsvorschriften von Quebec anzuwenden, so stellt die Verbindungsstelle die Bescheinigung aus.

Artikel 7

Ein Antrag auf eine Leistung nach der Vereinbarung kann bei den zuständigen Trägern der beiden Vertragsparteien, einer in Artikel 2 Absatz 1 genannten Verbindungsstelle, einer in Artikel 2 Absatz 3 genannten Sonderanstalt oder bei jeder Stelle gestellt werden, die nach den Rechtsvorschriften der einen oder der

et de l'attribution des prestations, à l'exception des prestations de réadaptation médicale et professionnelle et des prestations supplémentaires de réadaptation, lorsque

- a) des périodes d'assurance ont été accomplies ou sont admissibles en vertu des législations de la République fédérale d'Allemagne et du Québec; ou lorsque
- b) une personne réside au Québec; ou lorsque
- c) une personne est un citoyen canadien qui est ou a été soumis à la législation du Québec et qui réside hors des territoires des deux Parties contractantes.

3. La compétence des institutions spéciales (Sonderanstalten) allemandes n'est pas touchée.

Article 3

Les organismes de liaison visés dans le paragraphe 1 de l'article 2 et les institutions spéciales visées dans le paragraphe 3 de l'article 2 sont chargés, dans le cadre de leur compétence respective, d'informer d'une manière générale les personnes concernées de leurs droits et obligations en vertu de l'Entente.

Article 4

Un accord opérationnel (Verwaltungsvereinbarung) établissant les mesures administratives requises et utiles pour l'application de l'Entente sera conclu, avec la participation des autorités compétentes, entre les organismes de liaison visés dans l'alinéa a) du paragraphe 1 de l'article 2 et les institutions spéciales visées dans le paragraphe 3 de l'article 2, pour la République fédérale d'Allemagne, et l'organisme de liaison et les institutions compétentes, pour le Québec.

Article 5

Les organismes visés dans le paragraphe 1 de l'article 15 de l'Entente, dans le cadre de leur compétence respective et dans la mesure du possible, se communiquent tout renseignement et se transmettent tout document nécessaire au maintien des droits et à l'accomplissement des obligations des personnes concernées découlant de la législation spécifiée au paragraphe 1 de l'article 2 de l'Entente et découlant de l'Entente. Tout renseignement et tout document relatif à une personne lui sont transmis à sa demande.

Article 6

1. Dans les cas prévus par l'article 7, les paragraphes 2 et 3 de l'article 9 et l'article 10 de l'Entente, l'organisme compétent de la Partie contractante dont la législation s'applique émet, sur demande et sur réception des renseignements pertinents, un certificat attestant, en ce qui concerne le travail en question, que la personne salariée et son employeur ou que la personne travaillant à son propre compte sont soumis à cette législation.

2. Lorsque la législation de la République fédérale d'Allemagne s'applique, le certificat est émis par l'institution d'assurance maladie (Träger der Krankenversicherung) à laquelle sont versées les cotisations relatives aux pensions et, dans tout autre cas, par la Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin.

3. Lorsque la législation du Québec s'applique, le certificat est émis par l'organisme de liaison.

Article 7

Une demande de prestation en vertu de l'Entente peut être adressée aux institutions compétentes des deux Parties contractantes, à un organisme de liaison visé dans le paragraphe 1 de l'article 2, à une institution spéciale visée dans le paragraphe 3 de l'article 2 ou à tout organisme autorisé en vertu de la législation de

anderen Vertragspartei zur Entgegennahme eines Leistungsantrags zugelassen ist.

Artikel 8

Die Verbindungsstellen nach Artikel 2 Absatz 1 und die Sonderanstalten nach Artikel 2 Absatz 3 oder andere von den Vertragsparteien bezeichnete Stellen erstellen für jedes Kalenderjahr Statistiken über die in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gezahlten Leistungen. Die Angaben erstrecken sich, soweit wie möglich, für jede Leistungsart auf die Zahl der Leistungsempfänger und den Gesamtbetrag der Leistungen. Die Statistiken werden ausgetauscht.

Artikel 9

Diese Durchführungsvereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung von Quebec innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Durchführungsvereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 10

Die beiden Regierungen notifizieren einander, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Durchführungsvereinbarung erfüllt sind. Die Durchführungsvereinbarung tritt am selben Tag wie die Vereinbarung in Kraft und gilt für dieselbe Dauer.

Geschehen zu Quebec am 14. Mai 1987 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

l'une ou de l'autre Partie contractante à recevoir une demande de prestation.

Article 8

Les organismes de liaison visés dans le paragraphe 1 de l'article 2 et les institutions spéciales au sens du paragraphe 3 de l'article 2 ou d'autres organismes désignés par les Parties contractantes compilent des statistiques relatives aux prestations versées aux bénéficiaires sur le territoire de l'autre Partie contractante, pour chaque année civile. Ces statistiques indiquent, dans la mesure du possible, pour chaque catégorie de prestation, le nombre de bénéficiaires et le montant global des prestations. Ces statistiques sont échangées.

Article 9

Le présent Arrangement s'applique également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement du Québec dans les trois mois qui suivent l'entrée en vigueur du présent Arrangement.

Article 10

Les deux Gouvernements se notifient l'accomplissement des procédures internes requises pour l'entrée en vigueur du présent Arrangement. Il entre en vigueur à la même date que l'Entente et pour une même durée.

Fait à Québec le 14 mai 1987, en deux exemplaires, en allemand et en français, chaque texte faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
W. Behrends

Für die Regierung von Quebec
Pour le Gouvernement du Québec
Michel Gratton

Denkschrift zu den Übereinkünften

I. Allgemeines

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada gilt im Bereich der sozialen Sicherheit das Abkommen vom 30. März 1971 (BGBl. 1972 II S. 217). Es erfaßt die gesetzlichen Rentenversicherungen der beiden Vertragsstaaten. Im Vergleich zu anderen von der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossenen Abkommen enthält es weniger umfassende Regelungen, da sich Kanada nicht in der Lage sah, die ausschließlich aus Steuermitteln finanzierte Volksrente in eine umfassende Regelung einzubringen. So wird bislang die kanadische Volksrente grundsätzlich nicht an Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland gezahlt, so daß auch von deutscher Seite die Einschränkungen für die Rentenzahlung an kanadische Staatsangehörige mit gewöhnlichem Aufenthalt in Kanada nur teilweise aufgehoben wurden (Zahlung nur aus Beitragszeiten, nicht aus beitragslosen Zeiten sowie Fremdrentenzeiten in der DDR und in osteuropäischen Staaten). Hierzu wird auch auf die Denkschrift zum Abkommen von 1971 verwiesen (Bundestags-Drucksache VI/2977 S. 16 f.).

Aufgrund von zwischenzeitlichen Änderungen der innerstaatlichen kanadischen Rechtsvorschriften ist es möglich geworden, umfassende zwischenstaatliche Regelungen im Bereich der Rentenversicherung abzuschließen. Das neue deutsch-kanadische Abkommen und die deutsch-quebecische Vereinbarung sollen an die Stelle des Abkommens von 1971 treten. Das deutsch-kanadische Abkommen erfaßt auf kanadischer Seite das Volksrentensystem und die auf Beiträgen beruhende Rentenversicherung im Rahmen ihres bundesstaatlich geregelten Geltungsbereichs. Die deutsch-quebecische Vereinbarung, durch deren Abschluß die besonderen innerstaatlichen Verhältnisse in Kanada berücksichtigt werden, erstreckt sich auf die gesonderte Beitragsrentenversicherung in Quebec. Das neue Vertragswerk sieht insbesondere vor, daß die Renten aus den beiderseitigen Rentenversicherungen grundsätzlich ohne Einschränkung in den anderen Vertragsstaat zu zahlen sind und für die Erfüllung des Leistungsanspruchs die Versicherungszeiten aus den beiderseitigen Rentenversicherungen zusammengerechnet werden.

II. Besonderes

A. Zu den deutsch-kanadischen Übereinkünften

Zum Abkommen

Artikel 1, der durch Nummer 1 des Schlußprotokolls ergänzt wird, enthält Bestimmungen der in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendeten Begriffe. Die Vorschrift soll die Anwendung des Abkommens erleichtern.

Artikel 2, der durch Nummer 2 des Schlußprotokolls ergänzt wird, legt den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest, indem er die innerstaatlichen Rechtsvorschriften nennt, auf die sich das Abkommen bezieht. Nach Artikel 2 Abs. 2 gehören zu diesen Rechtsvorschriften nicht die Vorschriften aus anderen zwischenstaatlichen Verträgen oder überstaatlichem Recht, die für einen der

Vertragsstaaten gelten. In Nummer 2 Buchstabe b des Schlußprotokolls ist klargestellt, daß bei Anwendung des Abkommens andere Übereinkünfte oder überstaatliche Regelungen unberücksichtigt bleiben.

Artikel 2 umfaßt auch die künftig in Kraft tretenden einschlägigen Rechtsvorschriften. Nach Nummer 2 Buchstabe d des Schlußprotokolls gilt dies für Gesetze und Verordnungen, die die geltenden Vorschriften Kanadas auf andere Gruppen von Leistungsempfängern oder auf andere Arten von Leistungen ausdehnen, nur unter bestimmten Voraussetzungen.

Die in Nummer 2 Buchstabe a des Schlußprotokolls getroffene Regelung ergibt sich daraus, daß die hüttenknappschäftliche Zusatzversicherung und die Altershilfe für Landwirte nicht in die innerstaatlichen Vorschriften über die Wanderversicherung einbezogen sind.

Artikel 3 nennt die Personen, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Staaten. Das Recht auf Gleichbehandlung wird auch bestimmten weiteren Personengruppen zuerkannt.

Nach Absatz 2 der Bestimmung ist die uneingeschränkte Gleichbehandlung im Leistungsrecht bei Staatsangehörigen der Vertragsstaaten auch bei Aufenthalt in dritten Staaten vorgesehen.

Zu Artikel 4 sind unter Nummer 3 des Schlußprotokolls ergänzende Regelungen enthalten. Buchstabe c der Bestimmung knüpft für kanadische Staatsangehörige mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und für Flüchtlinge und Staatenlose (Artikel 3 Buchstaben b und c) mit gewöhnlichem Aufenthalt in Kanada das Recht zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung u. a. an die Voraussetzung einer Vorbeitragszeit von 60 Kalendermonaten. Damit wird das uneingeschränkte Recht zur freiwilligen Versicherung, das sich aufgrund der Gleichbehandlungsvorschrift des Artikels 4 des Abkommens von 1971 im Zusammenwirken mit dem später in Kraft getretenen Rentenreformgesetz vom 16. Oktober 1972 (BGBl. I S. 1965) ergeben hatte, wieder eingeschränkt. Der bisherige Besitzstand wird gewahrt.

Artikel 5 enthält den Grundsatz, daß Geldleistungen auch erbracht werden, wenn sich die leistungsberechtigte Person im anderen Vertragsstaat gewöhnlich aufhält. Damit erhalten künftig auch kanadische Staatsangehörige in gleicher Weise wie deutsche Staatsangehörige bei gewöhnlichem Aufenthalt in Kanada die Rente aus der deutschen Rentenversicherung für beitragslose Zeiten (Ersatz-, Ausfall- und Zurechnungszeiten) und für Fremdrentenzeiten in der DDR sowie in osteuropäischen Staaten.

Nummer 4 des Schlußprotokolls und für die kanadische Volksrente Artikel 14 enthalten ergänzende Regelungen.

Nummer 4 Buchstabe a des Schlußprotokolls gewährleistet – wie bereits das Abkommen von 1971 – auch die Zahlung von Geldleistungen aus der deutschen gesetzlichen Unfallversicherung insbesondere an kanadische Staatsangehörige mit gewöhnlichem Aufenthalt in Kanada. Voraussetzung ist, daß die jeweilige kanadische Provinz

Berechtigten, vor allem deutschen Staatsangehörigen, mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland Gegenseitigkeit einräumt. Der Abschluß einer umfassenderen Vereinbarung in der Unfallversicherung war nicht möglich, weil das Unfallversicherungsrecht in Kanada in die Gesetzgebungszuständigkeit der einzelnen Provinzen fällt und die kanadische Zentralregierung insoweit eine staatsvertragliche Verpflichtung nicht eingehen konnte.

Nummer 4 Buchstabe e des Schlußprotokolls berücksichtigt, daß nach dem am 1. Januar 1982 in Kraft getretenen neuen Auslandsrentenrecht Renten wegen Berufsunfähigkeit und Erwerbsunfähigkeit nicht an Berechtigte im Ausland gezahlt werden, wenn bei der Feststellung der Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit nicht nur der Gesundheitszustand des Versicherten, sondern auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt eine Rolle gespielt hat. Die Regelung soll auch im Rahmen des Abkommens beibehalten werden, da der kanadische Arbeitsmarkt dem Wirkungsbereich der deutschen Seite entzogen ist und der deutsche Arbeitsmarkt für einen im Ausland lebenden Versicherten nicht in Betracht kommt.

Die Artikel 6 bis 11 enthalten Regelungen darüber, welche Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht oder Versicherungszugehörigkeit bei einer Kollision der deutschen und kanadischen Rechtsvorschriften anzuwenden sind. Dadurch wird eine Doppelversicherung vermieden.

Nach Artikel 6, der durch Nummer 5 des Schlußprotokolls ergänzt wird, richtet sich die Versicherungspflicht grundsätzlich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet die Beschäftigung ausgeübt wird (Territorialitätsprinzip). Die Artikel 7 bis 10, die durch die Nummern 5 bis 8 des Schlußprotokolls ergänzt werden, regeln bestimmte Fallgruppen.

Artikel 9, der durch Nummer 7 des Schlußprotokolls ergänzt wird, berücksichtigt die Besonderheiten des bei den amtlichen Vertretungen beschäftigten Personals.

Artikel 10 beruht auf der Erwägung, daß mitunter die aufgrund der Kollisionsnormen der Artikel 6 bis 9 mehr oder weniger schematisch vorgenommene Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften nicht zu befriedigenden Ergebnissen führt.

Artikel 11 enthält eine Regelung über die Zuordnung zum kanadischen Volksrentensystem.

Die Artikel 12 bis 15 sowie die Nummern 9 und 10 des Schlußprotokolls enthalten ins einzelne gehende Regelungen für die Rentenversicherung.

Artikel 12 bestimmt, daß Versicherungszeiten, die in der deutschen und kanadischen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, für die Erfüllung des Leistungsanspruchs, also vor allem der Wartezeit, zusammengerechnet werden. Dabei können die Zeiten des gewöhnlichen Aufenthalts in Kanada, die für den Anspruch auf die Volksrente (10 Jahre) und für den Anspruch auf Zahlung der Volksrente ins Ausland (20 Jahre) erforderlich sind, auch mit Zeiten des gewöhnlichen Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland erfüllt werden. Daher werden umgekehrt für die Rentenansprüche aus der deutschen Rentenversicherung außer den Versicherungszeiten aus der kanadischen Beitragsrentenversicherung auch Zeiten des gewöhnlichen Aufenthalts in Kanada als kanadische Versicherungszeiten berücksichtigt.

Artikel 13 enthält nähere Regelungen für die Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften über die Rentenversicherung.

In Artikel 14 sind nähere Regelungen für die kanadischen Rechtsvorschriften über die Volksrente, in Artikel 15 nähere Regelungen für die Rechtsvorschriften über die kanadische Beitragsrentenversicherung enthalten.

Die Artikel 16 bis 23, die durch Nummer 11 des Schlußprotokolls ergänzt werden, enthalten die üblichen Regelungen für das Zusammenwirken der in den beiden Vertragsstaaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen.

Die Artikel 24 bis 29 enthalten die üblichen Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Nummer 12 des Schlußprotokolls beruht darauf, daß eine dem Artikel 6 des Abkommens von 1971 entsprechende Bestimmung nicht in das neue Abkommen aufgenommen wurde und somit die bislang in bestimmten Fällen mögliche Zahlung eines Beitragszuschusses zu einer kanadischen privaten oder freiwilligen gesetzlichen Krankenversicherung nach Kanada mit Inkrafttreten des neuen Vertragswerks entfällt. Dies entspricht dem Ziel des durch das Renten Anpassungsgesetz 1982 neu geregelten deutschen Auslandsrentenrechts, keinen Beitragszuschuß zur Krankenversicherung ins Ausland zu zahlen.

Nummer 13 des Schlußprotokolls soll sicherstellen, daß innerstaatliches deutsches Wiedergutmachungsrecht, soweit es günstigere Regelungen enthält, dem Abkommen vorgeht.

Nummer 14 des Schlußprotokolls betrifft die staatsrechtliche Definition von Kanada.

Zur Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens

Die Durchführungsvereinbarung enthält die zur Anwendung des Abkommens erforderlichen Bestimmungen, die vor allem technischer Art sind. Sie betreffen insbesondere Mitteilungspflichten zwischen den Versicherungsträgern beider Vertragsstaaten, das Ausstellen von Bescheinigungen und das Verfahren bei Zahlungen in den anderen Vertragsstaat.

Nach Artikel 1 haben die Ausdrücke in der Vereinbarung die gleiche Bedeutung wie im Abkommen.

Artikel 2 bezeichnet die beiderseitigen Verbindungsstellen und regelt auf deutscher Seite die Zuständigkeit für die Leistungsfeststellung durch die Verbindungsstelle für die Rentenversicherung der Arbeiter.

Nach Artikel 3 obliegt den zuständigen Verbindungsstellen die allgemeine Aufklärung der betroffenen Personen über das Abkommen.

Nach Artikel 4 werden die Verbindungsstellen und einzelne Träger der Rentenversicherung ermächtigt, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit notwendigen Verwaltungsmaßnahmen unter Beteiligung der zuständigen Behörden zu treffen.

Artikel 5 regelt die Verwaltungshilfe der Versicherungsträger und der Verbindungsstellen und schreibt die gegenseitige Übermittlung von rechtserheblichen Mitteilungen und Unterlagen vor.

Artikel 6 regelt Näheres über Bescheinigungen vor allem für in den anderen Vertragsstaat entsandte Arbeitnehmer.

Aufgrund des Artikels 7 werden Geldleistungen in den anderen Vertragsstaat nicht über eine dort befindliche Verbindungsstelle, sondern unmittelbar an den Empfänger ausbezahlt.

Artikel 8 enthält eine Regelung über den Austausch von Statistiken über die in den anderen Vertragsstaat vorgenommenen Zahlungen.

Die Artikel 9 und 10 enthalten die üblichen Schlußbestimmungen.

B. Zu den deutsch-quebecischen Übereinkünften

Zur Vereinbarung

Artikel 1 enthält Bestimmungen der in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendeten Begriffe. Die Vorschrift soll die Anwendung der Vereinbarung erleichtern.

Artikel 2, der durch Nummer 1 des Schlußprotokolls ergänzt wird, legt den sachlichen Geltungsbereich der Vereinbarung fest, indem er die innerstaatlichen Rechtsvorschriften nennt, auf die sich die Vereinbarung bezieht.

Nach Artikel 2 Abs. 2 erfaßt sie auch die künftig in Kraft tretenden einschlägigen Rechtsvorschriften. Nach Nummer 1 Buchstabe e des Schlußprotokolls gilt dies für Gesetze und Verordnungen, die die bestehenden Vorschriften von Quebec auf neue Gruppen von Leistungsempfängern ausdehnen, nur unter bestimmten Voraussetzungen.

Nach Artikel 2 Abs. 3 gehören zu den Rechtsvorschriften, auf die sich die Vereinbarung bezieht, nicht Bestimmungen, die sich für eine der Vertragsparteien aus Übereinkünften mit einem dritten Staat oder überstaatlichem Recht ergeben. In Nummer 1 Buchstabe b des Schlußprotokolls ist klargestellt, daß bei Anwendung der Vereinbarung andere Übereinkünfte oder überstaatliche Regelungen unberücksichtigt bleiben.

Die in Nummer 1 Buchstabe a des Schlußprotokolls getroffene Regelung ergibt sich daraus, daß die hüttenknappschäftliche Zusatzversicherung und die Altershilfe für Landwirte nicht in die innerstaatlichen Vorschriften über die Wanderversicherung einbezogen sind.

Artikel 3 nennt die Personen, für die die Vereinbarung gilt.

Artikel 4 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Vertragsparteien. Das Recht auf Gleichbehandlung wird auch bestimmten weiteren Personengruppen zuerkannt.

Nach Absatz 2 der Bestimmung ist die uneingeschränkte Gleichbehandlung im Leistungsrecht bei Staatsangehörigen der Vertragsparteien auch bei Aufenthalt in dritten Staaten vorgesehen.

Zu Artikel 4 sind unter den Nummern 2 bis 4 des Schlußprotokolls ergänzende Regelungen enthalten.

Artikel 5 enthält den Grundsatz, daß Geldleistungen auch erbracht werden, wenn sich die leistungsberechtigte Person im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gewöhnlich aufhält. Nummer 5 des Schlußprotokolls enthält ergänzende Regelungen.

Die Artikel 6 bis 10 enthalten Regelungen darüber, welche Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht bei einer Kollision der deutschen und quebecischen Rechtsvorschriften anzuwenden sind. Dadurch wird eine Doppelversicherung vermieden.

Nach Artikel 6, der durch Nummer 6 des Schlußprotokolls ergänzt wird, richtet sich die Versicherungspflicht grundsätzlich nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Erwerbstätigkeit ausgeübt wird (Territorialitätsprinzip). Die Artikel 7 bis 10, die durch die Nummern 6 und 7 des Schlußprotokolls ergänzt werden, regeln bestimmte Fallgruppen.

Artikel 9, der durch Nummer 2 des Schlußprotokolls ergänzt wird, berücksichtigt die Besonderheiten des bei den amtlichen Vertretungen beschäftigten Personals.

Artikel 10 beruht auf der Erwägung, daß mitunter die aufgrund der Kollisionsnormen der Artikel 6 bis 9 mehr oder weniger schematisch vorgenommene Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften nicht zu befriedigenden Ergebnissen führt.

Die Artikel 11 bis 13 sowie die Nummern 8 und 9 des Schlußprotokolls enthalten ins einzelne gehende Regelungen für die Rentenversicherung.

Artikel 11, der durch Nummer 8 des Schlußprotokolls ergänzt wird, bestimmt, daß Versicherungszeiten, die in der deutschen und quebecischen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, für die Erfüllung des Leistungsanspruchs, also vor allem der Wartezeit, zusammengerechnet werden. In Verbindung mit Artikel 13 und aufgrund des Zusammenhangs der Vereinbarung mit dem deutsch-kanadischen Abkommen sollen sonach bei Feststellung des deutschen Rentenanspruchs alle kanadischen und quebecischen Versicherungs- und Wohnzeiten berücksichtigt werden.

Artikel 12 enthält nähere Regelungen für die Anwendung der quebecischen Rechtsvorschriften.

Artikel 13, der durch Nummer 9 des Schlußprotokolls ergänzt wird, enthält nähere Regelungen für die Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften.

Die Artikel 14 bis 22, die durch die Nummern 10 bis 12 des Schlußprotokolls ergänzt werden, enthalten die üblichen Regelungen für das Zusammenwirken der in den beiden Vertragsstaaten mit der Durchführung der Vereinbarung betrauten Stellen.

Die Artikel 23 bis 27 enthalten die üblichen Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Zu Nummer 13 des Schlußprotokolls wird auf die Ausführungen in der Denkschrift zu Nummer 12 des Schlußprotokolls zum deutsch-kanadischen Abkommen über Soziale Sicherheit verwiesen (s. oben II, A).

Nummer 14 des Schlußprotokolls soll sicherstellen, daß innerstaatliches deutsches Wiedergutmachungsrecht, soweit es günstigere Regelungen enthält, der Vereinbarung vorgeht.

Zur Durchführungsvereinbarung

Die Durchführungsvereinbarung enthält die zur Anwendung der Vereinbarung erforderlichen Bestimmungen, die vor allem technischer Art sind. Sie betreffen insbesondere Mitteilungspflichten zwischen den Versicherungsträgern beider Vertragsparteien und das Ausstellen von Bescheinigungen.

Nach Artikel 1 haben die Ausdrücke in der Durchführungsvereinbarung die gleiche Bedeutung wie in der Vereinbarung.

Artikel 2 bezeichnet die beiderseitigen Verbindungsstellen und regelt auf deutscher Seite die Zuständigkeit für die Leistungsfeststellung durch die Verbindungsstelle für die Rentenversicherung der Arbeiter.

Nach Artikel 3 obliegt den zuständigen Verbindungsstellen die allgemeine Aufklärung der betroffenen Personen über die Vereinbarung.

Nach Artikel 4 werden die Verbindungsstellen und einzelne Träger der Rentenversicherung ermächtigt, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit notwendigen Verwaltungsmaßnahmen unter Beteiligung der zuständigen Behörden zu treffen.

Artikel 5 regelt die Verwaltungshilfe der Versicherungsträger und der Verbindungsstellen und schreibt die gegen-

seitige Übermittlung von rechtserheblichen Mitteilungen und Unterlagen vor.

Artikel 6 regelt Näheres über Bescheinigungen vor allem für in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei entsandte Arbeitnehmer.

Artikel 7 bestimmt die Stellen, bei denen ein Antrag auf eine Leistung nach der Vereinbarung gestellt werden kann.

Artikel 8 enthält eine Regelung über den Austausch von Statistiken über die in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vorgenommenen Zahlungen.

Die Artikel 9 und 10 enthalten die üblichen Schlußbestimmungen.

